

Basler

Sachversicherungs-AG

**Solvency and Financial
Condition Report**

2017



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
Einleitung	5
Highlights 2017.....	5
Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	6
Governance-System.....	7
Risikoprofil.....	7
Bewertung für Solvabilitätszwecke	8
Kapitalmanagement	8
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	10
A.1. Geschäftstätigkeit.....	10
A.2. Versicherungstechnisches Ergebnis.....	12
A.3. Anlageergebnis	14
A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	15
A.5. Sonstige Angaben	16
B. Governance-System	17
B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System	17
B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit 23	
B.3. Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	25
B.4. Internes Kontrollsystem	31
B.5. Funktion der Internen Revision.....	34
B.6. Versicherungsmathematische Funktion.....	36
B.7. Outsourcing	37
B.8. Sonstige Angaben	39
C. Risikoprofil.....	40
C.1. Versicherungstechnisches Risiko	40
C.2. Marktrisiko	43
C.3. Kreditrisiko.....	47
C.4. Liquiditätsrisiko	49
C.5. Operationelles Risiko.....	51
C.6. Andere wesentliche Risiken	52
C.7. Sonstige Angaben	53
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	54
D.1. Vermögenswerte	54

D.2.	Versicherungstechnische Rückstellungen	58
D.3.	Sonstige Verbindlichkeiten	65
D.4.	Alternative Bewertungsmethoden bei fehlenden Marktpreisen.....	67
D.5.	Sonstige Angaben	68
E.	Kapitalmanagement	69
E.1.	Eigenmittel.....	69
E.2.	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	71
E.3.	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	73
E.4.	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen.....	73
E.5.	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	73
E.6.	Sonstige Angaben	74
F.	Anhang.....	75
F.1.	Betriebene Versicherungszweige und –arten	75
F.2.	Risk Map	78
F.3.	Bilanz.....	80
F.4.	Prämien, Forderungen, Aufwendungen nach Geschäftsbereichen und Ländern	82
F.5.	Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung.....	86
F.6.	Versicherungstechnische Rückstellungen Nichtlebensversicherung	89
F.7.	Bezahlte Bruttoschäden und bester Schätzwert nach Schadenjahr	93
F.8.	Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen.....	95
F.9.	Eigenmittel.....	96
F.10.	Solvenzkapitalanforderung	99
F.11.	Mindestkapitalanforderung	101
G.	Abkürzungen	103

Legal Disclaimer

Dieser Bericht wurde ausschliesslich erstellt, um den Pflichten im Rahmen der Aufsichtsberichterstattung (Bericht über Solvabilität und Finanzlage nach den §§ 40 VAG iVm den Artikeln 51 ff. der SII Rahmenrichtlinie 2009/138/EC und Art. 290 ff. der Delegierten Verordnung (EU) 2015 / 35 der Kommission vom 10. Oktober 2014) nachzukommen. Sofern in diesem Bericht nicht anders vermerkt, gehen sämtliche darin enthaltenen Aussagen und Informationen von den Gegebenheiten und vom Kenntnisstand zum Stichtag des Berichtes aus. Dies gilt auch für die in diesem Bericht enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen und Informationen wie beispielsweise Prognosen, Erwartungen, Entwicklungen, Pläne, Absichten, Annahmen, Überzeugungen oder Aussichten. Zukunftsgerichtete Aussagen werden durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. Es wird keinerlei Zusicherung, Gewährleistung oder Garantie gegeben, dass solche Aussagen überhaupt oder wie angenommen eintreten. Sodann können jederzeit neue Faktoren mit einem wesentlichen Einfluss auf zukunftsgerichtete Aussagen entstehen. Es kann nicht vorhergesagt werden, welche Faktoren diese sind und welchen Einfluss sie alleine oder in Kombination mit anderen Umständen haben. Es ist nicht beabsichtigt, aufgrund von geänderten Gegebenheiten oder neuen Erkenntnissen, zukunftsgerichtete Aussagen und Informationen zu aktualisieren, sofern hierfür keine ausdrückliche gesetzliche oder regulatorische Verpflichtung besteht.

Zusammenfassung

Einleitung

Die Basler Sachversicherungs-AG ist ein Schaden- und Unfallversicherer, der unter der Rechtsform einer Aktiengesellschaft in Deutschland tätig ist. Die Basler Sachversicherungs-AG ist Teil der Baloise Group (im Besitz der Baloise Holding AG, Schweiz). Im Herzen von Europa mit Sitz in Basel agiert die Baloise Group als Anbieter von Präventions-, Vorsorge-, Assistance- und Versicherungslösungen.

Der Zweck dieses Berichtes ist es, die Anforderungen an die öffentliche Berichterstattung unter Solvency II einschließlich der Solvabilität-II-Richtlinie 2009/138/EC, der Delegierten Verordnung der Kommission (EU) 2015/35 und den EIOPA Leitlinien für die Berichterstattung und Offenlegung zu erfüllen. Die Offenlegung bezieht sich auf die Geschäftstätigkeit und -entwicklung, das Governance-System, das Risikoprofil, die Bewertung zu Solvabilitätszwecken und das Kapitalmanagement.

Der vorliegende Bericht wurde vom Vorstand der Basler Sachversicherungs-AG am 02.05.2018 verabschiedet.

Highlights 2017

Die Baloise Group (im Folgenden auch: Konzern) ist bereit für die Zukunft. Wir setzen auf Innovation, Agilität und eine unternehmerische Kultur, ohne dabei unser Handwerk als Versicherer zu vernachlässigen. Die strategische Ausrichtung «Simply Safe» setzt für die Baloise Group ambitionierte Ziele bis 2021. Damit avanciert die Baloise Group im sich wandelnden Versicherungsumfeld zu einem innovativen Anbieter von Lösungen, die das Kerngeschäft erweitern und über das traditionelle Versicherungsgeschäft hinausgehen.

Die Basler Sachversicherungs-AG stellt den Risikoträger für das Kompositgeschäft mit Privat- und Gewerbekunden dar.

Das Jahr 2017 wurde wie das Vorjahr durch das Basler Zukunftsbild "Wir werden erste Wahl für unsere Vertriebspartner" bestimmt. Dabei fokussieren wir uns auf bestimmte Produktsegmente, optimieren in der IT und richten unseren Service konsequent auf unsere Vertriebspartner, Mitarbeiter und Kunden aus.

Im Rahmen der Fokussierung auf Produktsegmente entwickeln wir passgenaue Lösungen für Zielsegmente des Vertriebs. Das sind Kombinationen aus marktfähigen Produkten, innovativen Verkaufsansätzen und effizienten Prozessen. Damit streben wir den Ausbau unseres Bestands im tariflichen Mittelstands- und Privatgeschäft an. Produktentwicklungen, wie die Bestands- und Innovationsgarantie für verschiedene Privatmarktprodukte, der neue Hausrattarif sowie der neue Sach-Gewerbe-Tarif, sind ein Teil dieser Strategie. Im Jahr 2017 wurden mit der Bestands- und Update-Garantie in der KFZ-Versicherung, der Basler Cyber-Police für kleine und mittelständische

Unternehmen und der Rundum-Absicherung für Kunden mit 3D-Drucker neue Produkte auf den Markt gebracht.

Des Weiteren wird im Rahmen des Zukunftsbildes die Optimierung der Systeme und Prozesse vorangetrieben. Projekte, wie zum Beispiel die Anbindung an marktgängige Vergleichsrechner zur Angebotsberechnung oder die Innovation einer "Easy Trade"-Plattform zur elektronischen Antragsbearbeitung, führen zu durchgängig digitalen Arbeitsabläufen. Besonders im Gewerbebereich wurde die Online-Gewerbeplattform in diesem Jahr erweitert und optimiert.

Die Ausrichtung auf Service bedeutet zum einen verbesserte innerbetriebliche Abläufe, zum anderen die Optimierung der Zusammenarbeit mit unseren Vertriebspartnern. Der Anspruch ist es, sich in die Lage unserer Vertriebspartner hinein zu versetzen und sie mit maßgeschneiderten Lösungen zu begeistern. Dafür binden wir unsere Vertriebspartner systematisch mit ein.

Neben der Zukunftsbild-Strategie wurde die Werthaltigkeit im Firmenkundengeschäft weiter verfolgt. Daraus resultierten Bestandsmaßnahmen mit dem Ziel der Ertragsverbesserung, die sich auf definierte Zielkundensegmente konzentrierten. In diesen Segmenten wurden neue Kundenverbindungen aufgebaut, von anderen Segmenten fand eine bewusste Trennung statt.

Seit 2016 wurden mit der Zukunftsbild-Strategie wichtige Umsetzungsmaßnahmen, Initiativen und Mitarbeiterbeteiligungsformate zur Weiterentwicklung des Unternehmens etabliert. Erfolge dieser Maßnahmen zeigen sich in 2017 in durchweg positiven Umfragewerten zur Zufriedenheit unserer Mitarbeiter, Vertriebspartner und Kunden.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Breite Produktpalette und traditionell starke Position in Spezialsegmenten

Die Basler Sachversicherungs-AG bietet Privatkunden in den Sparten Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeugversicherung sowie mittelständischen und industriellen Firmenkunden in den Sparten Sach und Haftpflicht Versicherungsschutz. Die Produktpalette erstreckt sich vom Standardprodukt mit verschiedenen Leistungsstufen für Privatkunden bis zum auf den individuellen Bedarf und die Risikosituation zugeschnittenen Versicherungsschutz für mittelständische und industrielle Firmenkunden. Der Vertrieb der Produkte erfolgt hauptsächlich über die vier Vertriebskanäle Makler, Exklusivvertrieb, sowie die Beteiligungen OVB Holding AG und ZEUS Vermittlungsgesellschaft mbH.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr konnten die Prämieinnahmen leicht gesteigert werden. Die Schadenquote verschlechterte sich durch überproportionale Höhen und Häufung von Groß- und Spätschäden sowie Nachreservierungen, während die Kostenquote verbunden mit den höheren Beitragseinnahmen unter dem Vorjahresniveau blieb. Im Ergebnis führen die vorgenannten Entwicklungen zu einer Netto-Schaden-/Kostenquote von über 100 Prozent. Das versicherungstechnische HGB-Netto-Ergebnis nach Schwankungsrückstellung ist negativ. Aufgrund einer Sonderausschüttung aus dem Wertpapier-Spezialfonds sowie einer Zuschreibung auf einer Beteiligung liegt das Kapitalanlageergebnis weit über dem Ergebnis des Vorjahres. Insgesamt verzeichnet die Basler Sachversicherungs-AG einen Geschäftsjahresverlust nach HGB in Höhe von

88,6 Mio. EUR, der aufgrund eines bestehenden Gewinnabführungsvertrages vollständig von der Muttergesellschaft Basler Sach Holding AG ausgeglichen wird.

Governance-System

Wir legen Wert auf gute, verantwortungsvolle Corporate Governance

Die Baloise Group als wertschaffendes Unternehmen legt großes Gewicht auf eine gute Unternehmensführung im Sinne einer verantwortungsvollen Corporate Governance.

Als wesentliches Element des Risikomanagements sichert das Governance-System der Basler Sachversicherungs-AG eine ganzheitliche risikoorientierte Steuerung. Es gewährleistet zudem, dass das Gesamtrisikoprofil im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie, aber auch mit der aktuellen Risikotragfähigkeit steht. Die risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation, ein abgestimmtes System von schriftlichen Leitlinien und auch die Arbeit von Gremien u.a. zu den Themenbereichen Asset-Liability-Management und Gesamtrisikobeurteilung sichern den disziplinierten Umgang mit wesentlichen Risiken und die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben.

Gemäß den Anforderungen nach Solvency II hat der Vorstand für die Gesellschaft verantwortliche Inhaber von Schlüsselfunktionen benannt, die über ihren Verantwortungsbereich objektiv und frei von Einflüssen direkt an den Vorstand berichten: die Interne Revision, die Risikomanagement-Funktion, die Compliance-Funktion und die Versicherungsmathematische Funktion. Über das implementierte Fit& Proper-Verfahren in Verbindung mit dem Verhaltenskodex der Gesellschaft wird die fachliche und persönliche Qualifikation der Inhaber der Schlüsselfunktionen gewährleistet.

Für Störfälle, Notfälle und Krisen existieren Notfallpläne, die die Fortführung der wesentlichen Aktivitäten des Geschäftsbetriebs gewährleisten bzw. möglichst schnell und geordnet den normalen Geschäftsbetrieb wiederherstellen.

Das Governance-System der Basler Sachversicherungs-AG ist ausgerichtet auf langfristige Stabilität. Es hat im vergangenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Gemessen an der Art, dem Umfang und der Komplexität der vom Unternehmen eingegangenen Risiken bewerten wir das bestehende Governance-System als adäquat.

Risikoprofil

Alle wesentlichen Risiken werden identifiziert, gemessen und aktiv gesteuert

Der Risikomanagementprozess der Gesellschaft basiert auf Identifikation, Klassifizierung, Bewertung, Kontrolle und Berichterstattung wesentlicher Risiken sowie auf der Festlegung und Steuerung aller notwendigen risikomindernden Maßnahmen.

Risikoanalysen werden auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Unternehmensbereichen durchgeführt. Die regelmäßige Berechnung der Solvenz-Bedeckung erfolgt nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben anhand des Standardmodells nach Solvency II. Aufgrund der Zugehörigkeit zur Baloise Group führt die Gesellschaft zusätzlich auch Berechnungen zur Solvenz nach dem Schweizer Solvenz Test durch. In Ergänzung dazu haben wir ein System zur Einzelrisikoberichterstattung entwickelt, nach dem festgelegte Risk Owner bestehende und/ oder drohende Risiken in allen Unternehmensbereichen identifizieren und bewerten. Funktionsunabhängige Risk Controller verantworten die Durchführung eines systematischen Risiko-Controllings und Risiko-Reportings. Einen weiteren Baustein des Risikomanagementprozesses bildet das Limitsystem, welches eine Vielzahl von risikorelevanten Kennzahlen mit einem Ampel-System bewertet und damit einen Beitrag zur Risikofrüherkennung leistet.

Die bestehenden Risiken der Gesellschaft sind unverändert breit gestreut und werden im Rahmen des Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) analysiert. Das größte Risiko der Gesellschaft ist das versicherungstechnische Risiko. Hierin dominiert insbesondere das Prämien- und Reserverisiko. Hinter dem versicherungstechnischen Risiko folgt als zweitgrößtes Risiko das Marktrisiko, das wiederum vom Spread-Risiko dominiert wird.

Insgesamt besteht ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Risikokomponenten der Gesellschaft. Dies führt zu einem hohen Diversifikationseffekt und reduziert damit die Höhe der Solvenzkapitalanforderung.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

Wesentliche Unterschiede zwischen Solvency II und HGB werden analysiert und erläutert

Ausgehend von HGB-Bewertungsprinzipien werden die Vermögenswerte, wo erforderlich, mit marktnahen Bewertungsprinzipien umbewertet. Wesentliche Unterschiede zwischen den Rechnungslegungssystemen werden im Hauptteil des Berichtes erläutert. Hierbei handelt es sich nicht nur um Unterschiede in den Bewertungsgrundsätzen, sondern auch um Unterschiede bei der Erfassung und/ oder bei der Klassifizierung bestimmter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

In der Solvency II Bilanz betragen die Vermögenswerte insgesamt 1.864,7 Mio. EUR und die Verbindlichkeiten insgesamt 1.371,6 Mio. EUR. Nach einer geplanten Entnahme aus der Kapitalrücklage ergeben sich zum 31.12.2017 anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 395,6 Mio. EUR.

Kapitalmanagement

Trotz schwierigem Marktumfeld weiterhin gute Kapitalisierung

Die Basler Sachversicherungs-AG hat weder Übergangsmaßnahmen noch dauerhafte Anpassungen in Bezug auf langfristige Garantien beantragt. Die Solvency II Quote wurde mit dem Standardmodell

berechnet. Sie liegt per Ende 2017 bei 159,1 Prozent. Insgesamt beträgt die Überdeckung 146,9 Mio. EUR.

	2016	2017
in TEUR		
Zur Verfügung stehende Eigenmittel - gesamt	423.023,8	395.610,3
Solvenzkapitalanforderung	211.857,3	248.661,3
Solvency II Quote	199,7%	159,1%

Die Eigenmittel bestehen mit 374,0 Mio. EUR aus Basiseigenmitteln der Klasse "Tier 1", die unbeschränkt zur Deckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung anrechnungsfähig sind. Die Eigenmittel sinken im Vergleich zu 2016 hauptsächlich bedingt durch eine vorhersehbare Ausschüttung der Basler Sachversicherungs-AG an die Muttergesellschaft. Die Solvenzkapitalanforderungen nehmen zu, insbesondere bedingt durch höhere Schadenreserven. Beide Effekte führen zu einer Verringerung der Solvency II Quote im Vergleich zu 2016.

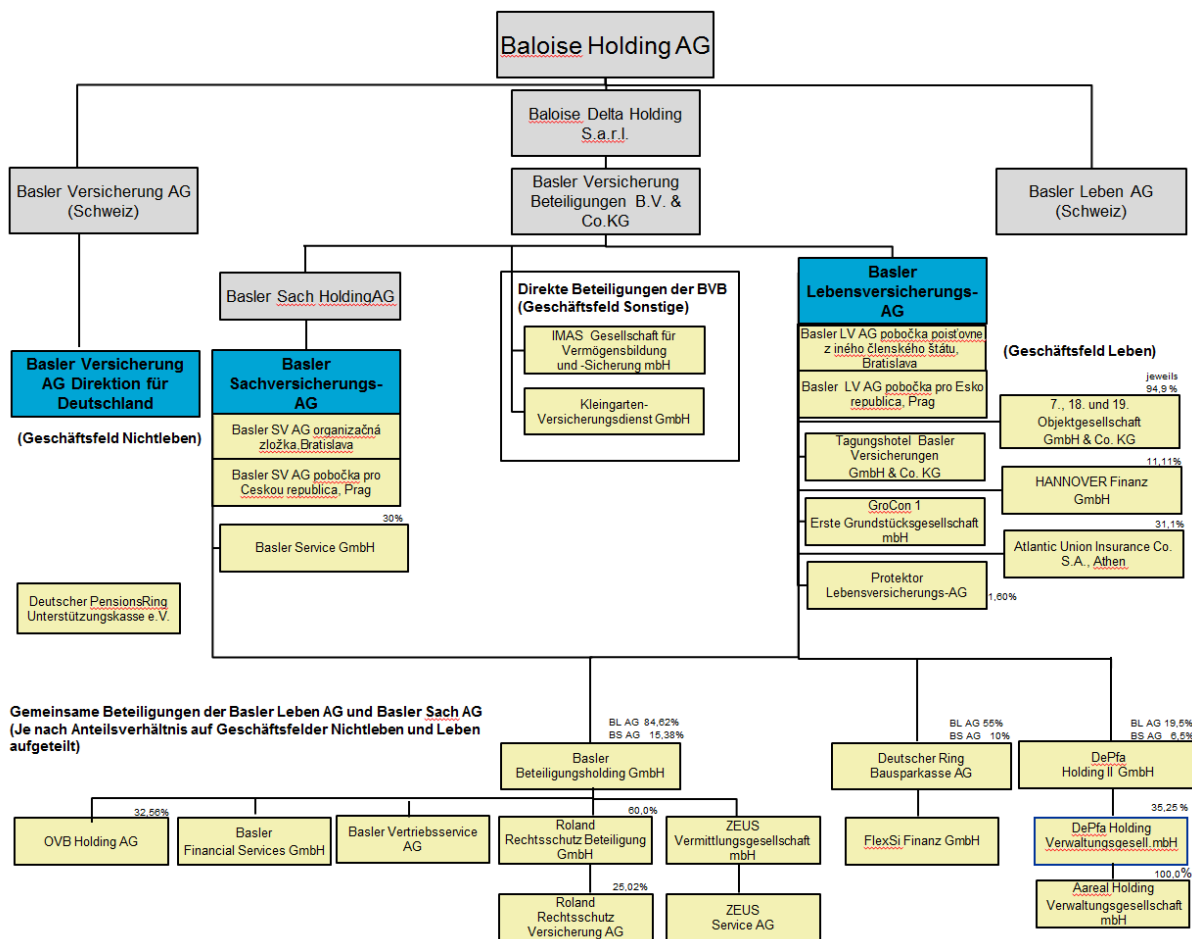
Die gesetzlichen Anforderungen werden und wurden somit jederzeit erfüllt. Insgesamt ist die Gesellschaft mit dieser Bedeckungsquote auch gegen außergewöhnliche Risiken in der Zukunft gut kapitalisiert.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1. Geschäftstätigkeit

A.1.1. Allgemeine Informationen

Die Basler Sachversicherungs-AG, Basler Straße 4, DE-61345 Bad Homburg ist eine 100 prozentige Tochtergesellschaft der Basler Sach Holding AG, Ludwig-Erhard-Str. 22, DE-20459 Hamburg, und diese wiederum eine 100 prozentige Tochtergesellschaft der Basler Versicherungen Beteiligungen B.V. & Co. KG, Ludwig-Erhard-Str. 22, DE-20459 Hamburg, und ist entsprechend der folgenden Darstellung Teil der Baloise Group.



Die Basler Versicherungen in Deutschland bestehen aus drei operativen Versicherungsgesellschaften, von denen zwei im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft und eine im Lebensversicherungsgeschäft tätig sind.

- Die **Basler Sachversicherungs-AG** stellt den Risikoträger für das Kompositgeschäft mit Privat- und Gewerbekunden dar.

- Die **Basler Versicherung AG Direktion für Deutschland**, als Niederlassung der Basler Versicherung AG (Schweiz), fungiert als Risikoträger für das individuelle Firmenkundengeschäft (Kompositgeschäft)
- Die **Basler Lebensversicherungs-AG** dient als Risikoträger für das Lebensversicherungs- und Vorsorgegeschäft.

Die Basler Sachversicherungs-AG wird in Deutschland beaufsichtigt durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, DE-53117 Bonn. Die Gesellschaft gehört zur Baloise Group in der Schweiz, welche beaufsichtigt wird durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA), Laupenstrasse 27, CH-3003 Bern.

Der Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft ist die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Flughafenstrasse 61, DE-70629 Stuttgart.

Zwischen der Basler Sachversicherungs-AG und der Basler Sach Holding AG besteht seit 21.11.2014 ein Ergebnisabführungsvertrag, der die Verwendung des gesamten Jahresergebnisses nach HGB regelt.

A.1.2. Bedeutende Geschäftstätigkeit und geografische Abdeckung

Die Basler Sachversicherungs-AG vertreibt ihre Versicherungen größtenteils deutschlandweit.

Die Gesellschaft bietet im deutschen Markt für Privatkunden in den Sparten Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeugversicherung sowie mittelständischen Firmenkunden in den Sparten Sach und Haftpflicht Versicherungsschutz. Versichert werden grundsätzlich inländische Versicherungsnehmer bzw. Risiken. Die Basler Sachversicherungs-AG vertreibt in geringem Umfang Unfallversicherungsgeschäft über Niederlassungen in Tschechien (Prag) und der Slowakei (Bratislava). Eine komplette Übersicht der betriebenen Versicherungszweige und -arten ist im Anhang F.1. aufgeführt. Die Bestandsverwaltung wird am Hauptsitz in Bad Homburg v.d.H. sowie an den Standorten Bremen, Hamburg und Nürnberg durchgeführt. Die Produktpalette erstreckt sich vom Standardprodukt mit verschiedenen Leistungsstufen für Privatkunden bis zum auf den individuellen Bedarf und die Risikosituation zugeschnittenen Versicherungsschutz für mittelständische und industrielle Firmenkunden. Der Vertrieb der Produkte erfolgt hauptsächlich über die vier Vertriebskanäle Makler, Exklusivvertrieb, sowie die Beteiligungen OVB Holding AG und ZEUS Vermittlungsgesellschaft mbH.

Im Maklerbereich wurde mit einer einheitlichen Vertriebsdatenstruktur die Konzentration auf ertragreiche Maklerverbindungen ermöglicht, die persönlich und regional betreut werden.

Neben Ihrer Funktion als Erstversicherer tritt die Gesellschaft zusätzlich als Rückversicherer ihrer Schwestergesellschaft, der Basler Versicherung AG Direktion für Deutschland auf.

A.2. Versicherungstechnisches Ergebnis

A.2.1. Versicherungstechnisches Ergebnis im Vergleich zur Vorperiode

Für das Geschäft außerhalb Deutschlands erfolgt aufgrund des geringen Volumens keine separate Darstellung.

Eine Übersicht des versicherungstechnischen Gesamtergebnisses nach HGB im Vergleich zum Vorjahr liefert die nachstehende Tabelle:

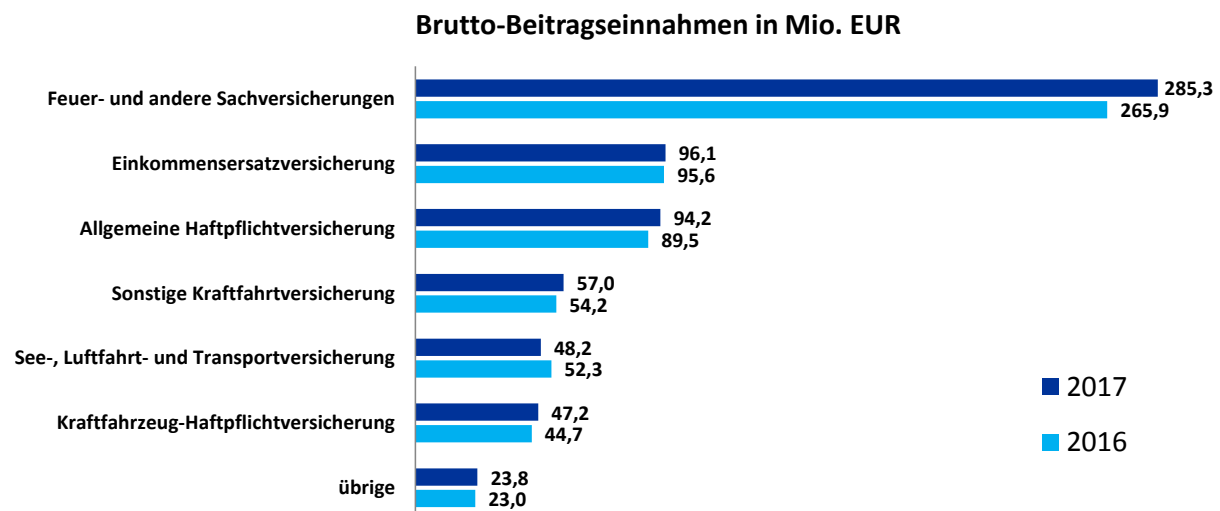
	31.12.2016	31.12.2017	Veränderung
in TEUR			
Verdiente Prämien - netto	563.877,2	586.920,4	23.043,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle - netto	312.016,9	386.849,7	74.832,7
Schadenregulierungskosten - netto	55.179,1	58.733,9	3.554,8
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen - netto	-1.091,3	3.563,4	4.654,7
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb - netto	217.819,2	221.430,5	3.611,3
Sonstige versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen	-2.082,0	-7.179,0	-5.096,9
Versicherungstechnisches Netto-Ergebnis *)	-22.128,8	-90.836,0	-68.707,2

*) + = Gewinn / - = Verlust

Die verdienten Netto-Beiträge und Netto-Aufwendungen für Versicherungsfälle sowie die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen je Geschäftsbereich zum 31.12.2017 sind der Tabelle S.05.01.02. im Anhang F.4. zu entnehmen.

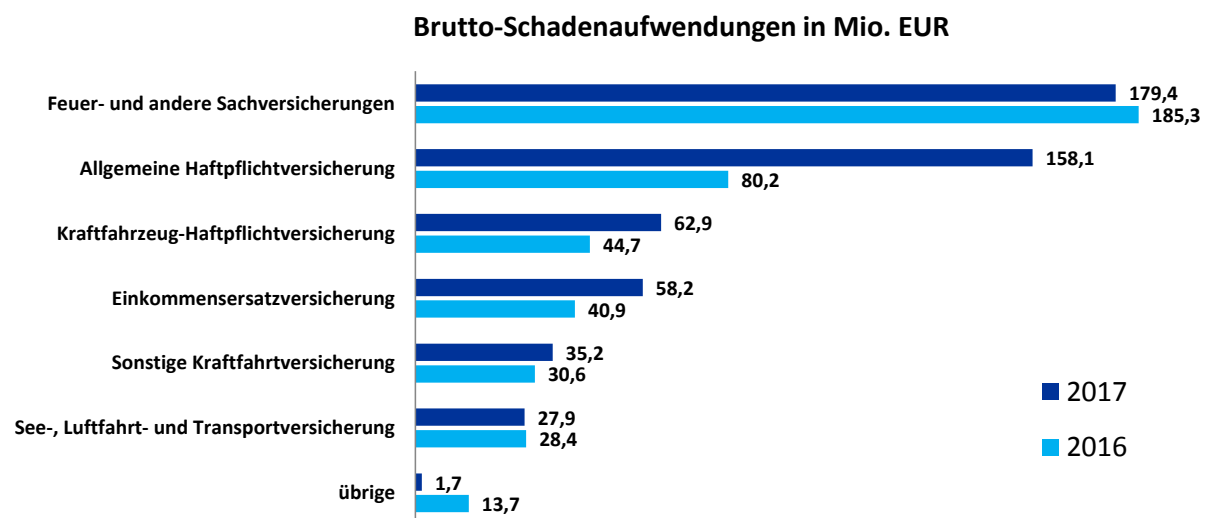
Das versicherungstechnische Nettoergebnis der Basler Sachversicherungs-AG endet wie im Vorjahr negativ. Insgesamt veränderten sich die Beiträge, Aufwendungen für Versicherungsfälle und Kosten wie folgt:

Die gebuchten Brutto-Beiträge der Gesellschaft betragen im Geschäftsjahr 2017 651,7 Mio. EUR (Vorjahr: 625,0 Mio. EUR). Die Aufteilung der Brutto-Beitragseinnahmen auf die Geschäftsbereiche zum 31.12.2017 und zum Ende des Vorjahres ist in der nachstehenden Grafik dargestellt.



Der Anstieg der Brutto-Beitragseinnahmen des Gesamtgeschäfts von 4,3 Prozent ergibt sich größtenteils aus den Geschäftsbereichen Feuer- und andere Sachversicherungen und hier insbesondere in der Verbundene Gebäudeversicherung. Der Anstieg der Beiträge in der Verbundenen Gebäudeversicherung beruht im Wesentlichen auf der Gewinnung neuer Kooperationspartner im Maklermarkt.

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle steigen im Geschäftsjahr deutlich von 423,7 Mio. EUR auf 523,5 Mio. EUR. Die Brutto-Gesamtschadenquote beläuft sich auf 80,1 Prozent (Vorjahr: 67,7 Prozent). Ursächlich hierfür ist die überproportionale Höhe und Häufung von Groß- und Spätschäden. Die Aufteilung der Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle auf die Geschäftsbereiche stellt sich wie folgt dar:



Im Geschäftsbereich Allgemeine Haftpflicht steigt der Brutto-Schadenaufwand zu einem wesentlichen Teil aus unerwartet hohen Neu- und Spätschadenmeldungen im Krankenhaushaftpflicht-Geschäft. Die interne Schadenerfahrung sowie auch jüngste Durchschnittsschäden des GDV haben gezeigt, dass gerade für Einzelschäden im geburtshilflichen Bereich der Krankenhaushaftpflichtversicherung langfristig eine höhere Vorsorge benötigt wird. Die Gesellschaft hat insbesondere für Vorjahres-schäden und die Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle Verstärkungen vorgenommen.

Ursache für den Anstieg des Brutto-Schadenaufwandes in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sind Nachreservierungen bei Personenschäden.

Die wesentlichen Gründe für den gestiegenen Brutto-Schadenaufwand in der Einkommensersatzversicherung sind eine außerordentliche Häufung von Großschäden sowie eine Erhöhung der Rentendeckungsrückstellung infolge eines gesunkenen Rechnungszinses.

Die Brutto-Kosten steigen im Geschäftsjahr 2017 auf 222,2 Mio. EUR (Vorjahr: 218,9 Mio. EUR). Verbunden mit den höheren Beitragseinnahmen bleibt die Brutto-Kostenquote gemessen an den verdienten Brutto-Beitragseinnahmen mit insgesamt 34,0 Prozent unter dem Vorjahresniveau (35,0 Prozent).

Nach einem Rückversicherungsergebnis von 9,4 Mio. EUR beträgt das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung -89,5 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2017 (Vorjahr: -27,4 Mio. EUR). Nach Veränderung der Schwankungsrückstellung schließt das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung mit -90,8 Mio. EUR Verlust ab (Vorjahr: -13,0 Mio. EUR Verlust).

A.3. Anlageergebnis

A.3.1. Anlageergebnis im Vergleich zur Vorperiode

Die Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlage je Anlageklasse aus den HGB-Abschlüssen zum 31.12.2017 und zum 31.12.2016 sowie deren Veränderung zeigt die nachstehende Tabelle:

	2016			2017			Veränderung
	Erträge, Zuschreibungen und Gewinne aus dem Abgang	Aufwendungen, Abschreibungen und Verluste aus dem Abgang	Ergebnis Kapitalanlagen	Erträge, Zuschreibungen und Gewinne aus dem Abgang	Aufwendungen, Abschreibungen und Verluste aus dem Abgang	Ergebnis Kapitalanlagen	
in TEUR							
verbundene Unternehmen und Beteiligungen	2.749,5	-1.282,4	1.467,1	7.676,9	-319,7	7.357,2	5.890,1
Grundstücke	1.842,9	-1.744,5	98,4	2.450,9	-1.369,4	1.081,5	983,1
Aktien und Investmentanteile	7.066,9	-2.740,2	4.326,7	19.402,5	-1.676,1	17.726,5	13.399,8
Festverzinsliche Wertpapiere	5.648,7	-955,0	4.693,8	4.359,5	-1.210,0	3.149,5	-1.544,2
Namenschuldverschreibungen	3.850,6	-1.243,6	2.607,1	3.872,7	-1.319,0	2.553,7	-53,3
Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.706,8	-1.213,5	4.493,3	5.846,3	-1.326,8	4.519,5	26,2
übrige Ausleihungen	478,4	-29,9	448,5	603,3	-32,2	571,1	122,6
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	-126,8	-126,8	-126,8
andere Kapitalanlagen	0	0	0	0	0	0	0
Depotforderungen	1,9	0	1,9	3,9	0	3,9	2,1
Gesamt	27.345,8	-9.209,2	18.136,7	44.216,0	-7.380,0	36.836,1	18.699,4

Aufgrund einer außerordentlichen Ausschüttung aus dem Wertpapier-Spezialfonds sowie einer Zuschreibung auf einer Beteiligung lagen die Erträge aus Kapitalanlagen insgesamt bei 44,2 Mio. EUR (Vorjahr: 27,3 Mio. EUR). Gleichzeitig sanken die Aufwendungen von insgesamt 9,2 Mio. EUR um 1,8 Mio. EUR auf 7,4 Mio. EUR. In Summe ergab sich dadurch ein Anstieg des Kapitalanlageergebnisses auf 36,8 Mio. EUR (Vorjahr: 18,1 Mio. EUR).

Im Eigenkapital direkt erfasste Gewinne und Verluste

Im Rechnungslegungsabschluss nach HGB sind keine direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen zulässig.

Investitionen in Finanzprodukte

Die Basler Sachversicherungs-AG ist nicht in Verbriefungen (gemäß Delegierte Rechtsakte Artikel 293 Absatz 3 (c)) investiert.

A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

A.4.1. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten im Vergleich zur Vorperiode

Das Ergebnis der sonstigen Tätigkeiten zum 31.12.2017 im Vergleich zum Vorjahr setzt sich wie folgt zusammen:

Ergebnis der sonstigen Tätigkeiten	2016	2017	Veränderung
in TEUR			
Sonstige Erträge			
Erträge aus Dienstleistungen	10.757,7	18.120,5	7.362,8
Sonstige Erträge intern	4.603,8	-	-4.603,8
Zinserträge	3.817,6	1.532,1	-2.285,5
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	1.337,5	2.935,5	1.598,0
Fremdschadenregulierung	593,7	611,3	17,5
Führungsfremdgeschäft	188,2	218,1	29,9
Übrige	772,1	869,2	97,1
Sonstige Erträge insgesamt	22.070,6	24.286,7	2.216,1
Sonstige Aufwendungen			
Aufwendungen für Dienstleistungen	13.778,6	16.793,0	3.014,5
Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes	3.146,2	19.859,3	16.713,0
Zinsaufwendungen	5.311,0	13.056,9	7.745,9
Übrige	5.091,7	4.467,8	-623,9
Sonstige Aufwendungen insgesamt	27.327,5	54.177,0	26.849,5

Im Berichtsjahr hat sich das Ergebnis der sonstigen Tätigkeiten um 24,6 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr aufgrund diverser Faktoren negativ entwickelt.

Die Erträge für erbrachte Dienstleistungen in Höhe von 18,1 Mio. EUR beinhalten insbesondere Erträge aus der Versicherungsvermittlung für andere Versicherungsunternehmen. Der Anstieg des Ergebnisses (Erträge minus Aufwendungen) resultiert maßgeblich aus einer erhöhten Produktion aus diesem Geschäft.

Unter sonstige Erträge intern wurde im Vorjahr der einmalige Ertrag aus einem Genussrecht der Basler Financial Services GmbH von 4,6 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Entwicklung des Zinsergebnisses (Zinserträge minus Zinsaufwendungen) beruht im Wesentlichen aus dem Absenken des Rechnungszinses für die Pensionsverpflichtungen. Der verwendete Rechnungszins ergibt sich hierbei gemäß § 253 Abs. 2 HGB aus einem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre (Vorjahr: durchschnittlicher Marktzins der vergangenen sieben Jahre). Dies führt im Vergleich zum Vorjahr zu einem Aufwand aus dem Zinsänderungseffekt der bilanziell erfassten Pensionsrückstellung in Höhe von 5,3 Mio. EUR (Vorjahr: Ertrag in Höhe von 2,0 Mio. EUR).

Der Anstieg aus den Erträgen aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus der Auflösung der Rückstellung für Personalmaßnahmen sowie der Auflösung der Rückstellung für Agenturgewinnbeteiligungen in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. EUR.

Der Anstieg der Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes ergibt sich im Wesentlichen aus der im Geschäftsjahr erfolgten Änderung der prozentualen Verteilungsparameter auf die Funktionsbereiche insgesamt. Die Verteilung verlagert sich insbesondere von dem Funktionsbereich

Abschluss auf die Bereiche Verwaltung sowie auf den Bereich Unternehmen als Ganzes, so dass sich tendenziell ein höherer Ausweis von nicht-technischen Kosten in den sonstigen Aufwendungen ergibt.

A.4.2. *Wesentliche sonstige erwartete Erträge und Aufwendungen in der Zukunft*

Im Prognosezeitraum wird ein moderater Anstieg des Zinsniveaus im Vergleich zum historisch niedrigen Niveau im Jahr 2017 erwartet. Zur Ermittlung der Pensionsrückstellung wird ein Diskontierungszins herangezogen, der auf Basis eines gleitenden Durchschnittzinssatzes der letzten zehn Jahre ermittelt wird. Die erwartete weitere Verringerung dieses Diskontierungszinses wird in den nächsten Jahren zu signifikanten Aufwendungen für die Zuführung zur Pensionsrückstellung führen. Dadurch würde das nichtversicherungstechnische Ergebnis von 2018 bis 2019 fortgesetzt erheblich belastet werden. Zusätzlich werden die geplanten IT-Investitionen in den nächsten Jahren zu höheren Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes führen.

A.5. *Sonstige Angaben*

Mit verbundenen Unternehmen bestehen insbesondere Transaktionen hinsichtlich konzerninternen Rückversicherungen und Dienstleistungsbeziehungen.

B. Governance-System

B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System

Zur Unterstützung der Geschäftsstrategie und der laufenden Geschäftstätigkeit ist eine transparente Aufbau- und Ablauforganisation definiert worden. Mit Hilfe des Governance-Systems der Basler Versicherungen soll die Erreichung der Ziele des Vorstandes und des Aufsichtsrates gefördert und zudem die Erfüllung der Anforderungen aus Solvency II gesichert werden. Für alle mit wesentlichen Risiken behafteten Geschäftsabläufe werden schriftliche Leitlinien aufgestellt. Diese bilden in ihrer Gesamtheit das Governance-Leitliniensystem der Basler Versicherungen.

Die Organisationsstruktur ist nicht statisch, sondern wird an die sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Sie unterliegt einer laufenden Bewertung und Weiterentwicklung. Der Vorstand hat stringente Kriterien hierfür festgelegt. Ziel ist die klare Definition und Abgrenzung von Aufgaben sowie Verantwortlichkeiten insbesondere auch bei wesentlichen Geschäftsentscheidungen. Hierbei werden Schnittstellen zwischen verschiedenen Bereichen berücksichtigt und Vertretungsregelungen definiert. Auf die Festlegung von Berichtslinien zur Sicherstellung eines vollständigen und zeitnahen Informationsflusses wird ebenso geachtet wie auf eine angemessene Trennung der Zuständigkeiten. So wird das Ziel verfolgt, potentielle Interessenkonflikte zu vermeiden, insbesondere zwischen dem Aufbau und der Überwachung und Kontrolle wesentlicher Risikopositionen.

Das Governance-System der Gesellschaft unterliegt einer jährlichen internen Überprüfung. Ziel der Überprüfung ist es, die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems in Bezug auf die Entstehung von Risiken und die Unterstützung der geltenden Geschäfts- und Risikostrategie zu beurteilen sowie Verbesserungspotential zu identifizieren. Die Überprüfung wird regelmäßig durch den Bereich Risikosteuerung durchgeführt. Gemäß der risikobasierten Prüfungsplanung lagen die Schwerpunkte der Prüfung im Geschäftsjahr 2017 in den Bereichen Unternehmensstruktur, Leitliniensystem, Erfüllung der Vergütungs-Anforderungen und Outsourcing. Die Überprüfung ergab, dass die Gesellschaft über ein angemessenes und wirksam aufgestelltes Governance-System verfügt. Es ergeben sich daraus aktuell keine wesentlichen Risiken.

B.1.1. Governance-Struktur: Überblick und wesentliche Änderungen

Die Geschäftsführung der Gesellschaft erfolgt durch den Vorstand, welcher durch den Aufsichtsrat überwacht wird. Zur Unterstützung seiner Arbeit hat der Vorstand verschiedene Gremien etabliert. Zudem wurden verantwortliche Inhaber von Schlüsselfunktionen benannt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat führt seine Geschäfte nach den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat. Er besteht aus sechs Mitgliedern. Aufgrund der Mitarbeiterzahl unterliegt das Unternehmen dem Drittelbeteiligungsgesetz und besteht damit aus vier Aktionärsvertretern und zwei Arbeitnehmervertretern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit

bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem sie ihr Amt antreten, nicht mitgerechnet. Wird ein Aufsichtsratsmitglied anstelle eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds gewählt, so besteht sein Amt für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds.

Der Aufsichtsrat tagt regulär einmal im Kalenderhalbjahr und, bei entsprechender Beschlussfassung, mehrmals im Kalenderhalbjahr.

Aufgabe des Aufsichtsrates ist die Kontrolle der Tätigkeit des Vorstandes. Dies wird konkretisiert durch den gemäß § 111 Abs. 4 S. 2 AktG zu regelnden Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte und Maßnahmen sowie von Geschäften und Maßnahmen, über die der Aufsichtsrat vorab zu informieren ist.

Der Aufsichtsrat bildet aus seiner Mitte zwei Ausschüsse: das Präsidium und den Finanzausschuss.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft nach den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung sowie nach den Vorschriften der Geschäftsordnung für den Vorstand. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl und beschließt über die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder. Zurzeit besteht der Vorstand aus fünf Mitgliedern. Vorstandsmitglieder bestellt der Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Sie bedarf eines erneuten Aufsichtsratsbeschlusses, der frühestens ein Jahr vor Ablauf der bisherigen Amtszeit gefasst werden kann. Die Verteilung der Geschäfte unter den Vorstandsmitgliedern erfolgt nach dem Geschäftsverteilungsplan.

Die Geschäftsverteilung der Basler Sachversicherungs-AG gliederte sich im Jahr 2017 in folgende Ressorts:

- Vorsitzender des Vorstands, verantwortlich für die Bereiche Interne Revision, Unternehmenskommunikation & Zentrales Marketing, Recht / Compliance, Risikosteuerung und Personal, Dr. Jürg Schiltknecht.
- Bereich Exklusivvertrieb, bis August 2017 geleitet durch Markus Jost, ab September 2017 geleitet durch Maximilian Beck.
- Bereiche Kapitalanlage, Finanzielle Steuerung, Buchhaltung, Aktuarate und Projekte und Prozesse, bis Januar 2017 interimsmäßig geleitet durch Dr. Jürg Schiltknecht, ab Februar 2017 geleitet durch Julia Wiens.
- Bereiche Privatkundengeschäft NL, Firmenkundengeschäft NL, Schaden, Kundenmanagement Sach Spezial, Kundenmanagement Sach Standard, IT-Koordination NL/ Projekte NL, Vertriebsförderung NL, Maklervertrieb NL, Partnervertriebe NL, Key Account Management und Vertriebe Ausland, geleitet durch Dr. Alexander Tourneau.
- Bereiche ADM Vertrieb & Querschnitt, ADM Bestand & In-/Output, IT-Betrieb & -Governance, Interne Dienste und Zentraler Einkauf, geleitet durch Ralf Stankat.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2017 ist zum 1. Januar 2018 Herr Christoph Willi in den Vorstand der Gesellschaft berufen worden. Er hat die Bereiche von Herrn Dr. Alexander Tourneau übernommen.

Die Geschäftsverteilung auf Ressorts mit zugehörigen Bereichen stellt sich im übergreifenden Organigramm der Basler Versicherungen Deutschland zum 1. Januar 2018 wie folgt dar:



Unabhängig von der Geschäftsverteilung sind gemäß Geschäftsordnung für den Vorstand bestimmte Beschlüsse bzw. Maßnahmen dem Gesamtvorstand vorbehalten.

Gremien

Zur Beschlussvorbereitung und zur Entlastung der Sitzungen hat der Vorstand die Bildung diverser Gremien festgelegt.

Die Risikokonferenz wird zweimal jährlich einberufen. Aufgaben dieses Gremiums sind u.a. die Diskussion von Einzelrisiken und Limit-Kennzahlen, insbesondere diejenigen mit gelber oder oranger Warnampel, die Diskussion der Ergebnisse verschiedener Risikoanalysemodelle sowie die Gesamtrisikoeinschätzung der Gesellschaft.

Im Asset-Liability-Management-Gremium werden in bereichsübergreifender Runde Themen erörtert, die sowohl die Aktiv- als auch die Passivseite gleichermaßen betreffen. Es werden Handlungsempfehlungen auf der Aktiv- und Passivseite diskutiert und Entscheidungsvorlagen oder Empfehlungen an den Vorstand erarbeitet.

Um die Aktivitäten im Rahmen der Notfallprävention unternehmensweit abzustimmen und zu koordinieren, verfügt die Organisation des Business Continuity Managements im Rahmen der Notfallprävention über ein sogenanntes BCM-Gremium. Die Hauptaufgabe dieses im Berichtsjahr neu

gebildeten Gremiums ist die Planung, der Aufbau, der Betrieb und die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung des Business Continuity Managements.

In der reaktiven Notfallorganisation ist das Krisenentscheidungsgremium das oberste Gremium, das die normale Aufbauorganisation zur Bewältigung des Notfalls durchbricht und abteilungsübergreifende Kompetenzen bündelt.

Das IT Executive Board bildet das höchste Gremium der IT-Organisation. Zielsetzung des Gremiums ist die Steuerung und Überwachung der gesamtstrategischen Ausrichtung der IT über alle Bereiche hinweg.

Schlüsselfunktionen

Es sind die Schlüsselfunktionen Interne Revision, Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion eingerichtet worden.

Folgende Personen wurden in 2017 vom Vorstand als verantwortliche Schlüsselfunktionsinhaber festgelegt:

Schlüsselfunktion	Verantwortlicher Inhaber
Risikomanagement-Funktion	bis 30.09.2017 Julia Wiens, Vorstand Finanzen/ Kapitalanlagen ab 01.10.2017 Dirk Grönke, Bereichsleitung Risikosteuerung
Versicherungsmathematische Funktion	Dr. Dieter Köhnlein, (extern) Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ausgliederungsbeauftragter: Dirk Grönke
Compliance-Funktion	Oliver Matthes, Bereichsleitung Recht/ Compliance
Funktion der Internen Revision Teilausgliederung Interne Revision IT	Patrick Steib, Bereichsleitung Interne Revision Konzernrevision CH, Ausgliederungsbeauftragter: Patrick Steib

Durch einen Wechsel auf der oberen Führungsebene der Gesellschaft wurde zum 1.10.2017 mit Herrn Dirk Grönke ein neuer Inhaber der Risikomanagement-Funktion benannt. Als Ergebnis einer internen Neubewertung weisen wir zudem die Auslagerung der IT-Revision neu als Teilausgliederung der Funktion der Internen Revision aus. Die Versicherungsmathematische Funktion wird durch ein Gremium wahrgenommen. Als verantwortlicher Inhaber dieser Funktion ist Dr. Dieter Köhnlein benannt worden. Herr Dr. Köhnlein ist ein Mitarbeiter der Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und nimmt die Funktion als Externer für einen begrenzten Zeitraum wahr, bis diese von einem geeigneten internen Mitarbeiter übernommen werden kann.

Bei der Ausgliederung von Schlüsselfunktionen wurden alle aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben beachtet. Es erfolgt ein laufendes Risikomonitoring. Weitere Informationen hierzu finden sich im nachfolgenden Kapitel zum Thema Outsourcing.

Die Unabhängigkeit der Schlüsselfunktionen auch untereinander wird gewährleistet. Für jede Schlüsselfunktion wurden im Rahmen einer schriftlichen Leitlinie die Aufgaben, Befugnisse und Abgrenzungen gegenüber anderen Schlüsselfunktionen definiert.

Um die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems sicherzustellen, erfolgen ein laufender Informationsaustausch und eine enge Zusammenarbeit der Schlüsselfunktionen

untereinander. Dabei kann es zu abweichenden Beurteilungen oder Stellungnahmen gegenüber der Geschäftsleitung kommen. Alle vier Schlüsselfunktionen stehen im engen Austausch bei ihrer Aufgabenplanung und stimmen sich sowohl zeitlich als auch inhaltlich ab. Die Schlüsselfunktionen informieren sich gegenseitig über Arbeitsergebnisse und berücksichtigen diese Informationen ggf. in ihrer eigenen Risikobeurteilung.

B.1.2. Vergütungspolitik

Grundsätze und Zielsetzung des Vergütungssystems

Der Erfolg des Unternehmens hängt wesentlich von den Fähigkeiten und der Leistung der Mitarbeitenden ab. Daher ist es entscheidend, gut qualifizierte, leistungsfähige und hochmotivierte Mitarbeitende und Führungskräfte zu gewinnen, zu entwickeln und an das Unternehmen zu binden. Die von der Baloise Group ausgerichteten Vergütungen sind marktkonform und leistungsgerecht ausgestaltet. Die Baloise Group gibt eine Vergütungsrichtlinie vor, die auch für die Basler Versicherungen Deutschland implementiert wurde.

Zielsetzung des Vergütungssystems ist, die Leistungsorientierung in der Baloise Group zu unterstützen sowie die Bindung von Fach- und Führungskräften an die Organisation zu stärken.

Neben der markt- und leistungsgerechten Entlohnung der Mitarbeiter ist der Baloise Group ein längerfristiger, an den Interessen der Aktionäre orientierter Fokus der Führungskräfte wichtig.

Vergütungskomponenten

Die Baloise Group betrachtet ihre Vergütung gesamtheitlich und berücksichtigt unter diesem Gesichtspunkt das Grundgehalt, die kurz- und langfristige Vergütung, aber auch andere materielle und nicht materielle Leistungen wie Vorsorgebeiträge, Zusatzleistungen oder Mitarbeiterentwicklung und Mitarbeiterförderung.

Grundgehalt

Das Grundgehalt repräsentiert die Entlohnung entsprechend den Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Position und den für die Erreichung der Geschäftsziele notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen des Mitarbeitenden. Die Baloise Group strebt bei der Festlegung des Grundgehalts eine Positionierung im Median des Markts an. Im Sinne des Baloise Code of Conduct gelten bei der Festlegung des Grundgehalts der Grundsatz «Gleicher Lohn bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit» sowie die Berücksichtigung der internen Lohngerechtigkeit.

Kurzfristige variable Vergütung

Zentrale Einflussfaktoren für die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütung sind die individuell erbrachte Leistung und das Gesamtergebnis beziehungsweise die ökonomische Wertschöpfung des Unternehmens. Die Baloise Group legt großen Wert auf eine nachhaltige Führung des Geschäfts und auf eine hohe Übereinstimmung zwischen Aktionärs- und Managementinteressen. Komponenten der kurzfristigen variablen Vergütung sind die Leistungsvergütung und der Performance Pool.

Ab dem Jahr 2018 wird die Vergütung des Vorstandes sowie aller Mitarbeitenden, die unter das Vergütungsreglement der Baloise Group fallen, in der Form umgestellt, dass die kurzfristige variable Vergütung zukünftig ausschließlich über den Performance Pool ausgerichtet wird – die Leistungsvergütung wird abgeschafft. Der Fokus wird damit stärker auf die Erreichung der strategischen Unternehmensziele gelegt, aus welchen die individuellen Beiträge direkt abgeleitet werden.

Leistungsvergütung

Die Leistungsvergütung berücksichtigt die individuell erbrachte Leistung des Mitarbeitenden und vergütet die entsprechende Zielerreichung.

Der für die Berechnung der Leistungsvergütung relevante Prozentsatz vom Grundgehalt beträgt für den Vorsitzenden des Vorstands 30,0 Prozent, für die Mitglieder des Vorstands 20,0 Prozent und für die Ebene unterhalb des Vorstands 15,0 Prozent des Jahresgrundgehalts. Der Zielerreichungsgrad kann zwischen 0 und 150,0 Prozent schwanken.

Ab dem Jahr 2018 entfällt diese Vergütungskomponente zugunsten einer Erhöhung des Grundgehaltes und des Anteils des Performance Pools an der Gesamtvergütung.

Performance Pool

Der Performance Pool berücksichtigt die Leistung der gesamten Baloise Group. Seine Höhe wird vom Vergütungsausschuss der Baloise Group ex post festgelegt, wobei er anhand einer systematischen Analyse folgende Indikatoren berücksichtigt:

- Strategieumsetzung
- Geschäftserfolg
- Eingegangene Risiken
- Kapitalmarktsicht im Vergleich zu Wettbewerbern

Für den Vorstand besteht die Pflicht, einen bestimmten Anteil der Zuteilung aus dem Performance Pool in Aktien zu beziehen. Dieser Anteil beträgt beim Vorsitzenden des Vorstands 40 Prozent, bei den Mitgliedern des Vorstands 30 Prozent. Die Aktien werden mit einem Discount von 10 Prozent ausgegeben und haben eine Sperrfrist von drei Jahren.

Für die "direct reports" zum Vorstand erstellt jedes Vorstandsmitglied auf Grund einer Gesamtbeurteilung von Leistung, Führung und Verhalten einen Vorschlag für die individuelle Zuteilung aus dem der SGE Deutschland zugeteilten Performance Pool. Die individuelle Zuteilung aus dem Performance Pool wird auf Grund des Vorschlags der Vorstände im Rahmen einer Beurteilungsdiskussion – "Performance Roundtable" – diskutiert. Der endgültige Entscheid über die individuelle Zuteilung liegt beim Vorstand.

Unterhalb der "direct reports" gibt es keine Ausschüttung aus dem Performance Pool.

Langfristige variable Vergütung: Performance Share Units

Die Baloise Group richtet dem Vorstand als langfristige variable Vergütungskomponente zusätzlich Performance Share Units (PSU) aus. Das PSU-Programm lässt den Vorstand verstärkt an der

Wertentwicklung des Unternehmens teilhaben und unterstützt eine langfristige Anbindung von Leistungsträgern an das Unternehmen.

Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhalten eine Vergütung, deren Höhe von der Hauptversammlung festgelegt wird. Darüber hinaus wird keine Vergütung gezahlt.

Zusatzrenten/Vorruhestandsregelung

Wesentliche Punkte der Vorstandsversorgung sind:

- Die Vorstandsversorgung gilt nur für die Dauer, in der das Vorstandsmitglied auch Vorstandsmitglied ist, Vordienstzeiten werden nicht angerechnet. Soweit vorab eine betriebliche Altersversorgung bestand, wird diese für die Dauer der Bestellung als Vorstandsmitglied beitragsfrei gestellt.
- Obergrenze für den Beitragsaufwand der Gesellschaft für Vorstandsmitglieder sind 37,5 Prozent des jeweiligen versorgungsfähigen Gehaltes, maximal jedoch 120,0 TEUR im Jahr.
- Die für die Vorstände zu berücksichtigenden "Verrentungsfaktoren" basieren auf einer internen Verzinsung von 2,5 Prozent.

B.1.3. Materielle Transaktionen

Es haben im Berichtszeitraum keine materiellen Transaktionen mit Anteilseignern, mit Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder mit Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans stattgefunden.

B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1. Fit & Proper: Richtlinien und Prozesse

Die Basler Versicherungen haben eine "Fit & Proper" Leitlinie verabschiedet, die die Verfahren zur Feststellung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Personen beschreibt, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder eine Schlüsselfunktion innehaben.

Kritische Funktionsträger innerhalb der Basler Versicherungen, welche von dieser Richtlinie betroffen sind:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstandes
- Die Inhaber der Schlüsselfunktionen: Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Interne Revision

B.2.2. Überprüfung der Kriterien "fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit"

Prüfung "fachliche Qualifikation"

Rekrutierungsprozesse umfassen Anwendungs- und Bewertungsmethoden, die sicherstellen, dass frühere Erfahrungen, Qualifikationen, Kenntnisse und Fähigkeiten im Hinblick auf die in der Stellenbeschreibung sowie dem Jobprofil definierten spezifischen Kompetenzen berücksichtigt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass die kritischen Funktionsträger das nötige Wissen und die notwendige Erfahrung mitbringen, um die Geschäftstätigkeiten, strategischen Initiativen und wichtigsten Transaktionen verstehen und kontinuierlich hinterfragen zu können.

Das kollektive Wissen, die Kompetenz und die Erfahrungen von wichtigen Funktionsträgern sollten mindestens ein Bewusstsein für und Verständnis von folgenden Aspekten umfassen:

- das breitere Geschäfts-, Wirtschafts- und Marktumfeld, in welchem die Baloise Group operiert
- die Geschäftsstrategie und das Geschäftsmodell des Unternehmens
- das Governance-System (Risikomanagement, Aufsicht und Kontrollen)
- finanzielle und aktuarielle Analysen
- das aufsichtsrechtliche Rahmenwerk sowie wichtige Anforderungen und Erwartungen in diesem Zusammenhang.

Für extern rekrutierte und intern beförderte Personen und Amtsinhaber von "Fit & Proper"-Positionen prüfen die direkten Vorgesetzten und der Bereich Personal die fachliche Eignung anhand der spezifischen Anforderungen, so wie diese in der Stellenbeschreibung beschrieben sind. Für die Risikomanagement-Funktion sowie die Versicherungsmathematische Funktion sind dies u.a. ein abgeschlossenes betriebswirtschaftliches oder (finanz-) mathematisches Studium, idealerweise eine Weiterbildung als Aktuar (DAV) und / oder eine fachspezifische Weiterbildung im Bereich Enterprise Risk Management. Für die Compliance-Funktion sind ein abgeschlossenes juristisches Studium sowie fachspezifische Compliance-Weiterbildungen erforderlich. Für die Interne Revision sind ein abgeschlossenes juristisches bzw. wirtschaftswissenschaftliches Studium und spezifische Weiterbildungen als CIA (Certified Internal Auditor) oder Wirtschaftsprüfer notwendig. Die finale Entscheidung hinsichtlich der notwendigen fachlichen Eignung einer Person liegt bei deren Vorgesetzten.

Prüfung "persönliche Zuverlässigkeit"

Die Gesellschaft prüft in spezifischen Tests, ob ein Kandidat ehrlich, zuverlässig, finanziell solide ist und einen guten Ruf hat.

Bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitern oder im Falle von internen Beförderungen sind Mindestkontrollen festgelegt. Alle Dokumente aus den Prüfungen werden von der Personalabteilung angefordert und geprüft, bevor ein Anstellungsentscheid getroffen wird. In persönlichen Gesprächen

mit den Kandidaten notieren die Interviewer zentrale Aussagen und Beobachtungen zum Thema Integrität.

Die "Fit & Proper" Leitlinie erfordert sowohl eine Erstbewertung als auch eine jährliche Bewertung. Die Kriterien Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, finanzielle Solidität und guter Ruf, welche bei der Rekrutierung zur Beurteilung von dessen Integrität eines Kandidaten verwendet werden, kommen auch bei der laufenden Beurteilung von dessen Integrität zur Anwendung.

Alle Inhaber kritischer Funktionen sind verpflichtet, ein Training zu den lokalen und gruppenspezifischen Verhaltensregeln (wie beispielsweise Sensibilisierung für regulatorische Anforderungen, Insiderhandel oder Geldwäschebekämpfung) zu besuchen. Die Compliance-Funktion führt regelmäßig Schulungen zum Code of Conduct durch.

Die laufende Beurteilung der fachlichen Eignung und Integrität aller kritischen Funktionsträger ergab im Jahr 2017 keine Auffälligkeiten.

Adäquanz des Aufsichtsrats und der Geschäftsleitung

Die Ernennung von Mitgliedern des Aufsichtsrates und der Geschäftsleitung beruht auf einer Reihe von Schlüsselanforderungen, um einen ausreichenden Mix an Qualifikationen, Kompetenzen und einschlägigem Fachwissen zur Verfügung zu stellen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

B.3. Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1. Ziele des Risikomanagements

In der aktuellen Geschäftsstrategie der Gesellschaft sind die geschäftspolitischen Ausrichtungen sowie die Zielsetzungen und Planungen über einen angemessenen Zeithorizont beschrieben. Die daraus abgeleitete Risikostrategie beschreibt die Auswirkungen der Geschäftsstrategie auf die Risikosituation des Unternehmens, den Umgang mit den vorhandenen Risiken und die Fähigkeit des Unternehmens, neu hinzugekommene Risiken zu tragen. Sie bündelt des Weiteren die angemessenen Reaktionen auf Risiken, die sich aus der Geschäftsstrategie ergeben, und schafft die Rahmenbedingungen für den Umgang mit diesen Risiken. Der Bereich Risikosteuerung unterstützt den Vorstand bei der Durchsetzung der Risikostrategie mit dem Hauptziel, die Solvenzbedeckung zu sichern. Sind unterjährig entscheidende geschäftspolitische Änderungen geplant, untersucht Risikosteuerung die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Risikotragfähigkeit und passt ggf. die Risikostrategie an.

Die Geschäftsaktivitäten werden auf der Grundlage von schriftlich fixierten und an die Mitarbeiter kommunizierten Richtlinien betrieben. Zur weiteren Konkretisierung der Risikostrategievorgaben

wurde auf Basis der Risikotragfähigkeit ein Limitsystem eingeführt, das risikokritische Kennzahlen mit einem Ampelsystem bewertet.

B.3.2. Risikomanagement-Funktion

Organisation

Der Bereich Risikosteuerung beschäftigt sich mit allen Themen der Risikoermittlung, -bewertung, -steuerung, -kontrolle und -berichterstattung sowie deren Berücksichtigung in verschiedenen Risikomanagementsystemen. Der Bereichsleiter nimmt die Risikomanagement-Funktion (synonym: unabhängige Risikocontrolling-Funktion) wahr und ist direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt.

Um die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems zu gewährleisten, erfolgt eine Zusammenarbeit auch mit den anderen Schlüsselfunktionen. Die Schlüsselfunktionen stehen im engen Austausch bei ihrer Aufgabenplanung und informieren sich gegenseitig über Arbeitsergebnisse. Dabei kann es, die Unabhängigkeit der Schlüsselfunktionen bewahrend, zu abweichenden Beurteilungen oder Stellungnahmen gegenüber der Geschäftsleitung kommen.

Als Teil der Baloise Group organisiert die Gesellschaft ihr Risikomanagement auch auf Basis der konzernweit optimierten sogenannten Group Risk Managements Standards (GwRMS). Die Risikomanagement-Funktion und auch einzelne Mitarbeiter des Bereichs sind daher regelmäßig Teilnehmer bestehender Gremien, in denen risikorelevante Themenstellungen diskutiert werden.

Aufgaben und Kompetenzen

Die Kernaufgaben der Risikomanagement-Funktion sind die ganzheitliche Koordination und Kontrolle der Risikomanagement-Aufgaben, die Erfassung und Beurteilung der Gesamtrisikosituation der Gesellschaft einschließlich der Früherkennung möglicher Risiken. Damit trägt sie die Verantwortung für die Umsetzung und Beförderung des definierten Risikomanagementsystems.

Über interne Leitlinien wird sichergestellt, dass die Risikomanagement-Funktion jederzeit frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung verhindern. Damit ist auch die Abgrenzung gegenüber anderen Schlüsselfunktionen definiert. Die Risikomanagement-Funktion nimmt regelmäßig an den Vorstandssitzungen teil. Bei wesentlichen Geschäftsentscheidungen sind themenbezogenen Stellungnahmen der Risikomanagement-Funktion mit zu berücksichtigen sowie die Art und Weise der Berücksichtigung angemessen zu dokumentieren.

Die Risikomanagement-Funktion und auch die für sie tätigen Mitarbeiter haben im Rahmen ihrer Aufgaben ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Sie müssen von anderen Bereichen über relevante Sachverhalte zeitnah, gegebenenfalls ad hoc, informiert werden.

Berichterstattung

Die Risikomanagement-Funktion berichtet der Geschäftsleitung und der Versicherungsaufsicht regelmäßig über die Effizienz und mögliche Schwachstellen des Risikomanagementsystems sowie die Ergebnisse der unternehmenseigenen Risiko- und Solvenzbewertung (ORSA). Sie führt zudem die jährliche Überprüfung des Governance-Systems auf Angemessenheit und Wirksamkeit in Bezug auf die geltende Geschäfts- und Risikostrategie durch und berichtet darüber.

B.3.3. Risikodefinition

Ein Risiko ist konzernweit definiert als ein Ereignis, das mit einer entsprechenden Wahrscheinlichkeit zu einem direkten oder indirekten maßgeblichen Verlust an Risikokapital führen kann. Zur Bewertung der Risiken wird primär eine betriebswirtschaftliche Sichtweise eingenommen.

Eine konzernweit festgelegte sogenannte Risk Map (vgl. hierzu die Abbildung im Anhang F.2.) bildet alle Einzelrisiken gegliedert nach Risikoart, Risikounterart und Risikotyp ab. Sie bildet das Grundgerüst zur Risikobewertung der Gesellschaft. Zu allen in der Risk Map genannten Risikotypen hat der Vorstand verantwortliche Risk Owner und Risk Controller festgelegt.

Jeder Risk Owner hat die direkte Verantwortung für das ihm zugeteilte Risiko. Er steuert dieses Risiko bzw. seine Wirkung im Rahmen seiner fachlichen Verantwortlichkeit. Weiterhin beschreibt und dokumentiert er die Strategien für die Risikobewältigung (Maßnahmen) so ausführlich, dass ihre tatsächliche Anwendung und ihre Wirksamkeit nachvollzogen werden kann.

Jeder Risk Controller verschafft sich ein objektives Bild über die von ihm überwachten Risiken und kommt zu einer unabhängigen Einschätzung. Er zieht dazu die im Einzelfall mit dem Risk Owner festgelegten Frühwarnindikatoren heran, die er regelmäßig beobachtet.

B.3.4. Definition von Wesentlichkeitsgrenzen in Bezug auf Risiken

Um Risiken einheitlich erfassen zu können, sind gesellschaftsinterne Wesentlichkeitsgrenzen definiert worden, bei deren Überschreitung eine planmäßige Risikosteuerung ansetzt. Ein Wesentlichkeitskonzept als Teil der Leitlinie Risikomanagement fasst alle festgelegten Wesentlichkeitsgrenzen in einer umfassenden Darstellung zusammen.

Die Erfassung und Klassifizierung von Einzelrisiken erfolgt derzeit ab einer Verlusthöhe von 100 TEUR nach Risiko mindernden Maßnahmen. Bei außerordentlichen Entwicklungen oder bei Feststellung eines neuen Risikos ist "ad hoc" zu berichten.

Wesentliche Entscheidungen sind solche, die ungewöhnlich sind oder erhebliche Auswirkungen auf das Unternehmen haben werden oder haben könnten. Ebenso sind dies solche Entscheidungen, die bedeutende finanzielle Folgen oder größere Auswirkungen für die Versicherten oder die Beschäftigten haben werden oder haben könnten.

Die konkrete Materialitätsgrenze für wesentliche Risiken ist von der jeweils aktuellen Risikotragfähigkeit der Gesellschaft abhängig und kann nicht pauschal festgelegt werden. Im Wesentlichkeitskonzept werden daher Entscheidungskriterien vorgegeben, deren Zutreffen im Einzelfall geprüft werden muss. Diese Kriterien können allerdings nicht abschließend sein. Die Prüfung auf Wesentlichkeit unterliegt letztlich der Eigenverantwortung des jeweiligen Entscheidungsträgers. Sie ist jedoch zumindest nach dem Vier-Augen-Prinzip zu validieren und ggf. mit dem Bereich Risikosteuerung abzustimmen.

B.3.5. Prozess der unternehmenseigenen Risiko- und Solvenzbewertung (ORSA)

Die Basler Versicherungen haben einen ORSA-Prozess definiert, um die Analysen des Governance-Systems, der Risiken und Kontrollen sowie die Modelle und Berechnungen zur Solvenzposition zu einem Stichtag zusammenzuführen und zukunftsgerichtete Aussagen dazu treffen zu können.

Der ORSA-Prozess hat zum Zweck,

- einen allumfassenden Überblick über sämtliche mögliche und tatsächliche Risiken zu erhalten, denen die Gesellschaft auch aufgrund der aktuell festgelegten Geschäftsstrategie ausgesetzt ist
- aufzuzeigen, wie solche Risiken gemanagt werden
- den daraus resultierenden Solvenzbedarf zu bestimmen.

Der ORSA-Prozess wird regulär einmal pro Jahr durchgeführt. Es werden jedoch auch kontinuierlich strategische Entscheide und deren Auswirkungen auf den Solvenzbedarf von Risikosteuerung beurteilt. Er ist als integraler Bestandteil des Geschäftsplanungsprozesses, der Risikostrategie und des internen Kontrollsystems zu betrachten und beleuchtet konsequent die wesentlichen Risiken, die sich aus der Umsetzung geschäftsstrategischer Entscheidungen ergeben.

Zusätzlich zum regulären ORSA-Prozess ist ein sogenannter Ad-hoc-ORSA durchzuführen, sofern wesentliche Vorfälle/Auslöser eine Änderung des Risikoprofils der Gesellschaft nach sich ziehen und der Vorstand hierzu einen erneuten Durchgang beschließt. Als wesentliche Auslöser für einen Ad-hoc-ORSA gelten gemäß internem Wesentlichkeitskonzept unter anderem die folgenden:

- Änderungen in der Unternehmensstruktur (Kauf, Verkauf oder Verschmelzung von Gesellschaften) sowie Bestands-/ Teilbestandsübernahmen oder –verkäufe
- Entscheidungen über die Einführung neuer Geschäftsfelder, neuartiger Produkte oder neuer Assetklassen in der Kapitalanlage sowie auch wesentliche Änderungen in der geplanten Asset Allocation)
- gravierende Anpassungen des Projektportfolios mit Auswirkungen auf die Erreichung von festgelegten Unternehmenszielen und/ oder auf den Geschäftsbetrieb.

Einzelne Schritte des ORSA Prozesses werden auch separat unterjährig angestoßen, um eine kontinuierliche Risikokontrolle zu gewährleisten. So erfolgt unter anderem eine detaillierte vierteljährliche Analyse der Gesamtsolvvenz gemäß Solvency II Vorgaben sowie eine vereinfachte monatliche Fortschreibung der Solvenzquoten. Auch eine Analyse und Bewertung der wesentlichen Einzelrisiken wird mindestens halbjährlich durchgeführt.

ORSA-Bericht

Der ORSA-Durchlauf und seine Ergebnisse werden im jährlichen ORSA-Bericht dokumentiert, der für das Management eine umfassende Informationsbasis zur Risikobeurteilung der Gesellschaft bildet. Die Mindestinhalte der ORSA-Berichte aller Gesellschaften der Basler Versicherungen werden über interne Vorgaben des Konzerns (ORSA-Policy) standardisiert, da sie sowohl den Anforderungen der Schweizer als auch der deutschen Versicherungsaufsicht genügen müssen.

Der Vorstand bestätigt nach eingehender Prüfung die Richtigkeit und Vollständigkeit des ORSA-Berichtes und genehmigt damit die Weiterleitung an den vorgesehenen Empfängerkreis. Spätestens im dritten Quartal des Jahres wird der Bericht zum Vorjahresende der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), dem Konzern, dem Aufsichtsrat, den Wirtschaftsprüfern und auch der Führungsebene unterhalb des Vorstandes zur Verfügung gestellt. Die letztgenannte Gruppe soll auf diesem Wege über das konzernweite Risikomanagementsystem informiert und – zur Förderung der Risikokultur im Unternehmen – fest eingebunden werden.

Unterjährig erhält das Management Zwischenberichte zu Einzelanalysen, die die wesentlichen Risiken beurteilen und deren Veränderungstendenzen darstellen.

Businessplanung und Risikomanagement

Im Rahmen der Business-Planung werden wesentliche risikorelevante Entscheidungen für die kommenden Geschäftsjahre getroffen. Daher spielt der Business-Planungsprozess eine entscheidende Rolle für die künftigen Kapitalanforderungen im Betrachtungsrahmen des ORSA. Es ist sicherzustellen, dass auch in den Planungsperioden ausreichend Kapital für eine Bedeckung der Solvenzkapitalanforderungen vorhanden ist. Diese Bedeckung muss auch realistischen Stressbedingungen Stand halten. Das bedeutet, dass die Businesspläne Grundlage für in die Zukunft gerichtete Solvenzprojektionen sind und in der Folge dann wiederum für eine Revalidierung der Businesspläne herangezogen werden. Sollte aufgrund der Projektionen ein Unterschreiten der definierten Solvenz-Limits absehbar sein, sind im Rahmen des Planungsprozesses spezifische Risiko begrenzende Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Wichtige Planungsergebnisse, wie Eigenkapital, SCR, Solvenzquoten sowie Risiko begrenzende Maßnahmen, werden im ORSA-Bericht dokumentiert.

Ergebnis und Konsequenzen aus dem ORSA

Die Ergebnisse des ORSA-Prozesses werden mit dem Vorstand in der Risikokonferenz intensiv diskutiert und der oberen Führungsebene der Gesellschaft bekanntgegeben.

Sofern der ORSA-Prozess ein für die Gesellschaft unangemessenes Risikoprofil offenlegt oder für den Fall, dass das Risikoprofil signifikant von den grundlegenden Annahmen der Solvenzberechnung abweicht oder aber die Unternehmens-Governance inadäquat scheint, ist ein angemessener Aktionsplan zur Minderung der Risiken aufzustellen. Der Vorstand entscheidet, ggf. in Absprache mit den Konzernverantwortlichen, über geeignete Maßnahmen.

B.3.6. Risikoidentifizierung und Risikomessung

Zur Identifizierung und Messung von Risiken werden im Laufe des ORSA verschiedene Methoden und Modelle verwendet, die auf unterschiedlichen Herangehensweisen basieren. Die Ergebnisse liefern in der Zusammenschau ein Bild, das eine Beurteilung der Gesamtrisikolage der Gesellschaft erlaubt.

Einzelrisikoberichterstattung

Im Rahmen der von der Gesellschaft übernommenen Group wide Riskmanagement Standards (GwRMS) ist eine konzernweite Risk Map definiert worden, anhand der alle identifizierten Downside-Risiken kategorisiert werden. Die Gesellschaft hat Risk Owner und Risk Controller festgelegt, die

halbjährlich über Risiken ihres Verantwortungsbereiches im Rahmen eines konzerneinheitlichen Reportingtools Bericht erstatten. Weiterhin sind geeignete Frühwarnindikatoren zur Risikofrüherkennung festgelegt.

Modelle zur Solvenzberechnung

Die vollständige rechnerische Analyse der Gesamtsolvvenz nach betriebswirtschaftlicher Sichtweise ermitteln wir vierteljährlich nach den Vorschriften von Solvency II mit dem Standardmodell. Zusätzlich erfolgt für die Monate zwischen den Quartalen eine vereinfachte Fortschreibung der Bedeckungsquote durch das Konzern-Risikomanagement. Berichtet werden die Ergebnisse im sog. iBISS-Reporting des Konzerns (iBISS = immediate-Baloise Internal Solvency System) in dem auch eine Ampelbewertung nach Konzernkriterien gemäß GwRMS vorgenommen wird. Dies dient der Kontrolle der fortlaufenden Einhaltung der lokalen Solvenzanforderungen (Solvency II).

Als Teil eines Schweizer Konzerns führen wir zudem eine jährliche Berechnung des von der Schweizer Aufsichtsbehörde (FINMA) geforderten Swiss Solvency Test (SST) durch. Vom Risikomanagement des Konzerns werden im monatlichen iBISS-Reporting die Jahres-Ergebnisse des SST fortgeschrieben und verschiedenen Kapitalmarkt-Stress-Szenarien unterworfen.

Der Bereich Risikosteuerung übernimmt bei den Modellrechnungen verschiedene Spezialaufgaben sowie die zentrale Aufgabe der Zusammenführung aller Teilergebnisse, den Abgleich mit den vorgegebenen internen und externen Limits sowie deren Dokumentierung. Zusätzlich stellt Risikosteuerung die Ergebnisse im Vergleich (Vorjahr bzw. Vorperiode) dar und plausibilisiert diese. Für die Bewertung der unterschiedlichen Kapitalausstattungsrechnungen hat der Konzern strategische Limits festgelegt, die laufend überwacht und berichtet werden.

B.3.7. Risikomanagementprozess

Im Rahmen des definierten Risikomanagementprozesses werden die Ergebnisse aller Risikoanalysen zusammengeführt, interpretiert und mit den Vorgaben bzw. Limits verglichen. Eine Präsentation und Diskussion der Ergebnisse erfolgt in verschiedenen Gremien, in denen ggf. auch eine Diskussion zu Risiko mindernden Maßnahmen angestoßen wird.

Das Asset-Liability-Management Gremium und die Risikokonferenz werden regelmäßig einberufen und beschäftigen sich mit risikorelevanten Themenstellungen. In den halbjährlichen Investmentgesprächen werden die Ergebnisse des Kapitalanlagemanagements erörtert. Auch aktuelle Kapitalmarktentwicklungen sowie Vorgaben oder Änderungen in Bezug auf die interne Asset Allocation der Gesellschaft werden diskutiert. Teilnehmer der Gespräche sind der Vorstand, Vertreter aus den Bereichen Kapitalanlagen, Risikosteuerung und themenbezogen der Verantwortliche Aktuar sowie Vertreter aus dem Konzernbereich Asset Management und dem Group Risk Management.

B.3.8. Berichterstattung

Die Ergebnisse aller genannten Risikomanagementaktivitäten einer Periode in Bezug auf Kapitalausstattung und Solvenz, wesentliche Einzelrisiken, die Ergebnisse aus den Swiss Solvency Tests und die Berechnungen nach Solvency II sowie die Gesamtbeurteilung der Risikolage der

Gesellschaft bilden die Grundlage für die umfangreichen Risikoberichte der Gesellschaft an verschiedene Adressatenkreise.

B.4. Internes Kontrollsystem

B.4.1. Überblick über das interne Kontrollsystem

Im Rahmen des integrativen Risikomanagements ist das Interne Kontrollsystem (IKS) als wichtiger Bestandteil des unternehmensweiten Risikomanagements etabliert. Wirksamkeit, Nachvollziehbarkeit und Effizienz der implementierten Maßnahmen sowie die Konzentration auf die wesentlichen Risiken sind dabei wichtige Grundsätze für die Ausgestaltung und Durchführung der internen Kontrolle. Das Interne Kontrollsystem der Basler Versicherungen deckt neben der finanziellen Berichterstattung auch die Compliance und Operationelle Risiken ab.

Das Interne Kontrollsystem der Basler Versicherungen verfolgt die Ziele der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung sowie Sicherstellung der Effektivität von Geschäftsprozessen, um die Erreichung der Unternehmensziele zu unterstützen. Bei der Umsetzung des IKS verfolgen die Basler Versicherungen die Strategie, das Risikobewusstsein auf allen Unternehmensebenen zu schärfen und auf die Identifikation und Steuerung von wesentlichen Risiken des Unternehmens zu fokussieren, welche einen ordnungsgemäßen betrieblichen Ablauf und damit den Unternehmenserfolg gefährden könnten.

Bei den Basler Versicherungen werden im Rahmen des IKS, je nach Wesen der abzudeckenden Risiken, Unternehmensweite Kontrollen (sogenannte Entity Level Controls, ELC), Generelle IT Kontrollen (sogenannte IT General Controls ITGC) sowie Prozesskontrollen eingesetzt. Die Maßnahmen des IKS sind in die Betriebsabläufe integriert und werden auf allen Stufen des Unternehmens ausgeübt. Die Wirksamkeit wird periodisch beurteilt und bei Mängeln werden geeignete Maßnahmen eingeleitet.

Der Vorstand der Basler Sachversicherungs-AG ist für ein funktionierendes Internes Kontrollsystem verantwortlich und definiert in Abstimmung mit dem Konzern in der Schweiz sowohl die Strategie, die Ziele als auch den Ausbaugrad des IKS. Er stellt zudem angemessene Kontrollen zur Wirksamkeit des IKS sicher und berichtet regelmäßig an die Konzernleitung.

Im Rahmen der Kontrollbewertungen wurde im vergangenen Geschäftsjahr das Risikobewusstsein der Kontroll- und Prozessowner durch Schulungen weiter geschärft. Die Bewertungen bestätigten, dass das Interne Kontrollsystem vollständig und wirksam ist. Einzelne Auffälligkeiten konnten durch entsprechende Maßnahmen behoben werden. Die Systematik der IT General Controls wurde überarbeitet und damit den IT-Strukturen (Rollen und Verantwortlichkeiten) Rechnung getragen. Damit einher ging auch in diesem Bereich eine Sensibilisierung der Kontrollowner. Durch Prozess-Workshops, initiiert durch das IKS-Office, wurde die Qualität der prozessbezogenen Kontrollen weiter erhöht.

B.4.2. Compliance-Funktion

Konzern-Regularien

Für die Unternehmen der Baloise Group bildet der Code of Conduct die Grundlage für Compliance, indem er allen Mitarbeitern den Mindeststandard für ethisch und rechtlich einwandfreies Verhalten vorgibt.

Die Group Compliance Policy beinhaltet Definitionen, Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen. Sie wird von der Konzernleitung verabschiedet und kann als „Verfassung“ bezeichnet werden. Die Group Compliance Controlling Standards regeln den Compliance-Reporting-Prozess insbesondere zu den Compliance-Einzelrisiken und können als „Gesetz“ bezeichnet werden. Die lokale Geschäftsleitung ist für die lokale Compliance Organisation und für die Einhaltung der lokalen Vorschriften verantwortlich. Sie beurteilt die lokale Compliance Situation aufgrund der Berichterstattung des lokalen Compliance Verantwortlichen.

Die für die Basler Versicherungen in Deutschland identifizierten Compliance-Risiken sind mit einer Vielzahl an wirksamen Kontrollen hinterlegt. Diese Compliance-Kontrollen werden regelmäßig wiederholend durchgeführt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

Organisation

Die Schlüsselfunktion "Compliance-Funktion" wird vom Leiter des Bereichs Recht und Compliance wahrgenommen. Er ist dem Vorstandsvorsitzenden direkt unterstellt und wird dabei durch vier Volljuristen, eine Assistenzkraft sowie das Team Compliance, das aus zwei weiteren Volljuristen besteht, unterstützt.

Seine Aufgaben sind zu unterteilen in strategische Aufgaben, Beratung und Unterstützung, Überwachung und Verbesserung sowie Berichterstattung. Diese Aufgaben stellen in ihrer Gesamtheit die Compliance-relevanten Maßnahmen dar, welche die Compliance-Funktion im Berichtszeitraum in Wahrnehmung ihrer Aufgaben konkret durchgeführt hat:

Strategische Aufgaben

- Umsetzung und Einhaltung der Compliance-Leitlinie,
- Identifikation und Beurteilung des mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundenen Risikos (Compliance-Risikoanalyse),
- Erlass sowie Aktualisierung von Weisungen und Regelungen zu Compliance-Themen und
- Erstellung eines Compliance-Plans (Jahresplanung von Compliance-Aktivitäten über das Geschäft der Basler Versicherungen Deutschland aufgrund eines risikobasierten Ansatzes).

Beratung und Unterstützung

- Beratung der Geschäftsleitung in Bezug auf die Einhaltung der Gesetze und Verwaltungsvorschriften, die für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts gelten,
- Beratung und Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Wahrnehmung der Verantwortung für Compliance,

- Sicherstellung und Koordination des Kontakts zu den Aufsichtsbehörden in Compliance-relevanten Themen,
- Beratung der Bereichsleitungen bei der Umsetzung der Compliance-Standards,
- Zentraler Ansprechpartner für Mitarbeiter für Fragen und Meldungen im Zusammenhang mit dem Code of Conduct und
- regelmäßige Unterrichtung sowie fachliche Beratung der Mitarbeiter.

Kontrolle, Überwachung und Verbesserung

- Überwachung der Angemessenheit und Wirksamkeit des Compliance Management Systems und Beobachtung der wesentlichen Rechtsentwicklungen mit unternehmensweitem Einfluss,
- Beurteilung der möglichen Auswirkungen von wesentlichen, geplanten Änderungen auf die Tätigkeit der Basler Versicherungen Deutschland und frühzeitige Mitteilung an die Geschäftsleitung und an Group Compliance bei wesentlichen Änderungen,
- angemessene Überwachung der Einhaltung der (aufsichts-) rechtlichen Bestimmungen,
- Analyse der Arbeitsprozesse und Identifikation, Beurteilung und Überwachung der vorhandenen Compliance-Risiken,
- Mitspracherecht oder Eskalationsrecht (falls Zustimmung durch Compliance nicht erfolgt) bei Compliance-relevanten Themen,
- Bearbeitung eingetretener Compliance-relevanter Vorgänge und
- Umsetzung neuer Maßnahmen bei Feststellung von Änderungsbedarf.

Berichterstattung

Halbjährliche Berichterstattung über die Compliance-Tätigkeit und Compliance-Risiken gemäß der Group Compliance Controlling Standards an die Geschäftsleitung und an Group Compliance sowie ad hoc-Berichterstattung an diese Stellen bei wesentlichen Compliance-relevanten Vorfällen, welche Strafverfahren gegen Mitarbeiter oder die Gesellschaft, aufsichtsrechtliche Maßnahmen oder Reputationsschäden mit sich bringen können.

Der Vorstand stellt sicher, dass die fachlichen Kompetenzen und die Ressourcen der Compliance-Funktion und deren Mitarbeiter ausreichend sind, um ihre Arbeit im Rahmen der unternehmerischen Zielsetzung und des betrieblichen Umfeldes sach- und risikogerecht erfüllen zu können. Hierzu gehören i.d.R. eine juristische Ausbildung, Berufserfahrung und fachspezifisches Wissen, was durch regelmäßige Fortbildungen unterstützt wird.

Verantwortung und Kompetenzen

Die Compliance-Funktion hat ein Recht auf Unabhängigkeit, was insbesondere durch ungehinderten Zugang zur Geschäftsleitung, Ungebundenheit bei der Beurteilung Compliance relevanter Sachverhalte, ausreichende Kapazitäten für die übertragenen Aufgaben und besondere Einstellungs- und Kündigungsverfahren sichergestellt wird. Weiterhin hat die Compliance-Funktion ein uneingeschränktes Auskunfts-, Zugangs- und Einsichtsrecht, um Compliance relevante Sachverhalte zu analysieren und zu kontrollieren. Zudem besteht insoweit ein Recht auf Information gegenüber den Linienverantwortlichen.

B.5. Funktion der Internen Revision

B.5.1. Organisation und Unabhängigkeit der internen Revisionsfunktion

Aufgaben und Ziele

Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft.

Grundlagen der Internen Revision

Aufgabenstellung, Befugnisse und Verantwortung der Internen Revision werden formell in der jährlich zu überprüfenden Geschäftsordnung der Internen Revision (Schriftliche Leitlinie zur Internen Revision) bestimmt. Dieser Leitlinie liegen die Mission und deren verbindliche Elemente zu Grunde. Diese bilden die international einheitlichen Grundlagen für die berufliche Praxis der Internen Revision (die Grundprinzipien für die berufliche Praxis der Internen Revision, der Ethikkodex sowie die Standards und die Definition der Internen Revision).

Organisation & Unabhängigkeit

Die Interne Revision Deutschland ist dezentral organisiert und disziplinarisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt. Der Leiter Interne Revision ist als Schlüsselfunktion benannt worden und ist als Teil des Governance-Systems unabhängig und in keine Linienfunktionen eingebunden. Die IT-Prüfungen sind an Group Internal Audit (GIA) ausgelagert. Bei dieser wichtigen Teilausgliederung der Schlüsselfunktion wurden alle aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben beachtet. Es erfolgt ein laufendes Risikomonitoring. Weitere Informationen hierzu finden sich im nachfolgenden Kapitel zum Thema Outsourcing.

Um eine einheitliche Vorgehensweise in methodischen Revisionsfragen sicherzustellen, wird den fachlichen Vorgaben des GIA gefolgt, sofern diese Vorgaben nicht nationalem Recht bzw. aufsichtsbehördlichen Vorgaben widersprechen.

Die Interne Revision ist nicht Teil von Kontrollsystemen zur operativen Steuerung (z.B. Controlling, Risikomanagement, Qualitätssicherung, usw.). Bei projektbegleitenden Prüfungen sind die Revisoren nicht umsetzend tätig. Die Interne Revision besitzt anderen Stellen gegenüber keine Weisungsbefugnis.

Mit der Geschäftsleitung findet ein regelmäßiger Austausch statt. Ebenso werden mit den Wirtschaftsprüfern regelmäßige Kontakte gepflegt. Außerdem findet ein Erfahrungsaustausch mit anderen Konzerngesellschaften, anderen Versicherungsgesellschaften und Verbänden statt. Es gibt einen regelmäßigen Informations- und Gedankenaustausch mit GIA, um Erkenntnisse und Einschätzungen zu diskutieren und um die jeweiligen Tätigkeiten zu koordinieren.

Befugnisse der Internen Revision

Durch Überlassung sämtlicher Richtlinien, Vollmachts- und Zuständigkeitsregelungen, Arbeitsanweisungen, jeglicher Änderungen hierzu sowie der Unternehmensziele und Informationen zu den Sitzungen des Vorstandes wird die Interne Revision über die jeweils aktuelle Zielsetzung des Vorstands informiert. Der Vorsitzende des Vorstandes informiert die Leitung Interne Revision regelmäßig mündlich und/oder schriftlich über die aktuellen Entwicklungen in den Unternehmen, genauso informiert der Leiter GIA die Leitung Interne Revision regelmäßig mündlich und/oder schriftlich über die aktuellen Entwicklungen in der Gruppe und im GIA. Die Leitung Interne Revision hat ungehinderten Zugang zum Vorsitzenden des Vorstands und zum Leiter GIA in Basel.

Der Vorstand informiert die Interne Revision umgehend über Pflichtverletzungen, Unregelmäßigkeiten oder schwerwiegende Mängel sowie andere für die Geschäftsentwicklung und die Betriebsüberwachung der Basler Versicherungen bedeutsamen Beobachtungen und Feststellungen.

Jahresplanung

Die risikoorientierte Prüfungsplanung wird mit dem Vorstandsmitglied der zu prüfenden Bereiche und dem Leiter GIA detailliert besprochen und vom Gesamtvorstand verabschiedet.

Berichterstattung

Über die Ergebnisse jeder Prüfung erstellt die Interne Revision zeitnah einen schriftlichen Bericht. Berichtsempfänger sind der Gesamtvorstand, der/die Verantwortliche des geprüften Bereichs, die Leitung Recht und Compliance, die Leitung Risikosteuerung und der Leiter GIA in Basel. In Ausnahmefällen kann in Absprache mit dem Vorsitzenden des Vorstands der Adressatenkreis verändert werden.

Die Interne Revision legt allen Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie der Leitung GIA einen Gesamtbericht über ihre Tätigkeiten im abgelaufenen Geschäftsjahr vor.

Maßnahmenverfolgung

Mittels eines Follow-up Prozesses wird die fristgerechte Umsetzung der mit der geprüften Einheit vereinbarten korrigierenden Maßnahmen überwacht. Die Verantwortung für den Follow-up Prozess obliegt der Leitung Interne Revision.

Qualitätssicherung

Die Leitung der Internen Revision entwickelt und pflegt ein Programm zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung, das alle Aufgabengebiete der Internen Revision einbezieht sowie ihre Effizienz und Effektivität kontinuierlich überwacht. Die Interne Revision lässt in regelmäßigen Abständen, aber mindestens alle fünf Jahre, eine Qualitätsprüfung (Quality Assessment) ihrer Arbeit von einer externen, fachlich qualifizierten Stelle durchführen – analog der Anforderungen der IIA Standards. Alternativ dazu existiert die Variante eines Self-Assessments mit unabhängiger Validierung.

Fachliche Kompetenzen und Weiterbildung

Der Vorstand stellt sicher, dass die fachlichen Kompetenzen und die Ressourcen der Internen Revision ausreichend sind, um die Revisionsarbeit im Rahmen der unternehmerischen Zielsetzung und des betrieblichen Umfeldes sach- und risikogerecht erfüllen zu können.

Die Leitung und die Mitarbeiter der Internen Revision haben das Recht und die Pflicht, sich in angemessenem Umfang regelmäßig fortzubilden, um über die zur Prüfung der Betriebs- und Geschäftsabläufe erforderlichen fachlichen und revisionsspezifischen Qualifikation zu verfügen.

B.6. Versicherungsmathematische Funktion

B.6.1. Organisation und Schlüsselverantwortlichkeiten

Aufgaben und Ziele

Die Aufgaben und Ziele der Versicherungsmathematischen Funktion (VMF) sind in einer internen Leitlinie im Einzelnen festgelegt. Die VMF koordiniert die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, gewährleistet die Angemessenheit der dazu verwendeten Methoden und bewertet die Hinlänglichkeit und Qualität der zugrunde gelegten Daten. Des Weiteren formuliert sie eine Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen. Darüber hinaus leistet die VMF Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Risikomanagement-Funktion, insbesondere in aktuariellen Fragestellungen

Organisation

Die VMF der Basler Sachversicherungs-AG wird durch das VMF-Gremium Nicht-Leben wahrgenommen. Dem Gremium gehören die folgenden Mitglieder an:

- Verantwortlicher Inhaber der VMF: Dr. Dieter Köhnlein (seit 1.12.2016)
- Leitung Aktuariat Nicht-Leben: Martin Wrede
- Team Aktuarielle Modelle Nicht-Leben: Baris Anul und Stefan Neuenschwander

Folgende Mitarbeiter sind nicht stimmberechtigte Gäste des VMF-Gremiums NL:

- Leitung Rückversicherung: Alarich Jans
- Leitung Aktuarate: Marianne Findekling
- Leitung Firmenkundengeschäft: Hans-Joachim Hofmann
- Leitung SHU Privat: Thilo Hahn
- Ausgliederungsbeauftragter der VMF NL: Dirk Grönke

Verantwortung und Kompetenzen

Die VMF ist so eingerichtet, dass sie jederzeit frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können. Im Hinblick auf die Beurteilung

versicherungsmathematischer Sachverhalte agiert sie daher unabhängig und frei von Weisungseinflüssen.

Der Vorstand stellt sicher, dass die fachlichen Kompetenzen und die Ressourcen der VMF ausreichend sind, um die Arbeit im Rahmen der unternehmerischen Zielsetzung und des betrieblichen Umfeldes sach- und risikogerecht erfüllen zu können.

Berichterstattung

Die VMF erstellt jährlich einen Bericht an den Vorstand über das Ergebnis ihrer gesamten Tätigkeiten. Es werden die wesentlichen Tätigkeiten der VMF und deren Ergebnisse dokumentiert, eventuelle Unzulänglichkeiten im Umfeld der VMF Themen benannt und Empfehlungen zur Abhilfe gegeben

B.6.2. Aktivitäten und Beiträge zum Risikomanagement

Neben der Erfüllung Ihrer originären Aufgaben (vgl. B.6.1) sowie Beratungen der RMF in Bezug auf verschiedene Solvency II Risikobewertungen und allgemeine aktuarielle Fragestellungen unterstützten in 2017 einzelne Mitglieder der VMF die RMF verschiedenen internen Projekten. Weiter unterstützten Mitglieder der VMF bei Risikoanalysen im Rahmen des Produktentwicklungsprozesses. Hierbei wurden potenzielle Auswirkungen neuer Produkte/ Produkterweiterungen auf versicherungstechnische Rückstellungen sowie Zeichnungspolitik und Rückversicherung analysiert. Die RMF nutzte die gewonnenen Erkenntnisse für ihre Risikoanalysen und die für den Produktentwicklungsprozess benötigte Risikoeinschätzung

B.7. Outsourcing

B.7.1. Ziele und Prozess des Outsourcings

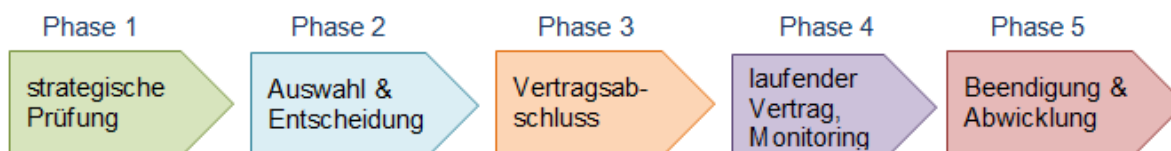
Unter aufsichtsrechtlich relevantem Outsourcing wird die dauerhafte Auslagerung einer Funktion, Dienstleistung, Tätigkeit oder eines Prozesses auf Dritte verstanden, die ansonsten von der Gesellschaft selbst erbracht werden würde. Ein aufsichtsrechtlich relevantes Outsourcing liegt auch dann vor, wenn diese für die Gesellschaft erheblich bzw. von großer Bedeutung ist. Die ausgegliederte Funktion ist dann als wichtig einzustufen, wenn sie für den Betrieb des Versicherungsgeschäftes unverzichtbar ist, da ohne diese die Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungskunden nicht möglich wäre. Im Rahmen der Kosten/Nutzen-Optimierung sind Ausgliederungen Teil der Geschäftsstrategie der Basler Versicherungen Deutschland.

Jedes Outsourcing ist an sich mit operativen Risiken verbunden, z.B. durch die Bildung externer Schnittstellen. Zudem werden Risiken der ausgegliederten Tätigkeit in das beauftragte Dienstleistungsunternehmen verlagert. Die Verantwortung für die ausgegliederte Funktion und deren reibungslosen Ablauf verbleibt jedoch in jedem Fall bei der ausgliedernden Gesellschaft. Jedes Outsourcing-Engagement der Basler Versicherungen hat daher den in der Leitlinie Outsourcing

festgelegten risikoorientierten Vergabeprozess sowie im Weiteren die laufenden Kontrollprozesse (Monitoring) zu durchlaufen.

Die Entscheidungsfindung erfolgt immer unter Abwägung von Risiken, Zielen, Kosten und Nutzen des Outsourcing und erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen dem outsourcenden Fachbereich sowie den Bereichen Recht/Compliance und Risikosteuerung, dem Outsourcing-Koordinator sowie ggf. dem jeweiligen Ausgliederungsbeauftragten.

Die Phasen eines Outsourcing-Engagements der Basler Versicherungen stellen sich wie folgt dar.



B.7.2. Risikobeurteilung

Die Basler Sachversicherungs-AG hat aufsichtsrechtlich relevante sowie wichtige Ausgliederungen vorgenommen, dabei wurden auch zwei Schlüsselfunktionen im Sinne von Solvency II (teil-) ausgegliedert.

Die zurzeit als wichtig identifizierten Outsourcing-Engagements, die unter besonderer Beobachtung stehen, sind die folgenden:

Nr.	Name Dienstleister und Sitz	Leistung	Gründe für die Ausgliederung
1.	Basler Versicherung AG, Schweiz	IT-Dienstleistungen, Host und Services	Nutzung von konzernweit einheitlichen IT-Systemen und Services gemäß Konzernstrategie, Effizienzsteigerung und zentrales Risikomanagement, Nutzung von Synergieeffekten
2.	Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Deutschland	Wahrnehmung der Versicherungsmathematischen Funktion gemäß § 31 VAG durch einen bei dem Dienstleister angestellten Diplom Mathematiker und Aktuar DAV	Fehlende zeitliche Ressourcen bei Wissensträgern und noch fehlendes Know-How bei zukünftigen Funktionsträgern
3.	Baloise Holding AG, Schweiz	Der Auftragnehmer (Group Internal Audit) übernimmt in Zusammenarbeit und nach Absprache mit dem Revisionsbeauftragten des Auftraggebers für den Auftraggeber die Interne Revision der Informationstechnologie (IT).	Synergieeffekte, Know-How Transfer (viele IT-Prozesse liegen in der Schweiz), Kosteneinsparung (Ausbildungs- und Reisekosten)
4.	Carl Schröter GmbH & Co. KG, Deutschland	Erteilte Vollmacht zum Abschluss rechtsverbindlicher Verträge für die BS AG	Erteilung der Vollmachten ist marktüblich und spiegelt das Geschäftsmodell des Vertriebspartners wider. Service aus einer Hand. Synergieeffekte und Kosteneinsparung.
5.	Ecclesia Gruppe Assekuranz Service GmbH, Deutschland	Erteilte Vollmacht zum Abschluss rechtsverbindlicher Verträge für die BS AG	Erteilung der Vollmachten ist marktüblich und spiegelt das Geschäftsmodell des Vertriebspartners wider. Service aus einer Hand. Synergieeffekte und Kosteneinsparung.
6.	ECCLESIA Versicherungsdienst, Deutschland	Durchführung des Prämieninkasso	Erteilung der Vollmachten ist marktüblich und spiegelt das Geschäftsmodell des Vertriebspartners wider. Service aus einer Hand. Synergieeffekte und Kosteneinsparung.

7.	Lampe & Schwartze KG, Deutschland	Erteilte Vollmacht zum Abschluss rechtsverbindlicher Verträge für die BS AG	Erteilung der Vollmachten ist marktüblich und spiegelt das Geschäftsmodell des Vertriebspartners wider. Service aus einer Hand. Synergieeffekte und Kosteneinsparung.
----	--------------------------------------	--	---

Die unter Nr. 2 genannte Versicherungsmathematische Funktion wird durch ein versicherungsmathematisches Gremium wahrgenommen. Als verantwortlicher Inhaber dieser Funktion ist der erfahrene Aktuar Herr Diplom-Mathematiker Dr. Dieter Köhnlein benannt worden. Herr Dr. Köhnlein ist ein Mitarbeiter der Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und nimmt die Funktion als Externer wahr. Dabei wurden alle aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben für wichtige Ausgliederungen eingehalten. Als Ausgliederungsbeauftragte war bis September 2017 Frau Julia Wiens benannt, ab Oktober 2017 übernahm Herr Dirk Grönke diese Kontrollfunktion. Er überwacht nun den Dienstleister bei der Durchführung der ausgegliederten Schlüsselaufgabe und trägt die operative Verantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung des Auftrags. Es wird vertraglich sichergestellt, dass der Dienstleister eine ausreichende Qualifikation besitzt und die Fit & Proper-Kriterien der Basler Versicherungen erfüllt.

Die unter Nr. 3 genannte Teilausgliederung "Interne Revision der Informationstechnologie (IT)" haben wir nach einer Neubewertung im Rahmen des jährlichen Risikomonitorings 2017 als wichtige Ausgliederung i.S.d. §§ 7 (2) und 32 VAG sowie Rz. 256 i.V.m. Rz. 253 MaGo eingestuft. Als Ausgliederungsbeauftragter wurde der Bereichsleiter Interne Revision, Herr Patrick Steib, benannt. Er überwacht den Dienstleister bei der Durchführung der teilausgegliederten Schlüsselaufgabe und trägt weiterhin die operative Verantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung des Auftrags der Internen Revision. Es wird vertraglich sichergestellt, dass der Dienstleister eine hierfür ausreichende Qualifikation besitzt und die Fit & Proper-Kriterien der Basler Versicherungen erfüllt.

Einige der vorgenannten Outsourcing-Engagements (Nr. 1, 4, 5 und 6) sind als sogenannte wesentliche Risiken gekennzeichnet, da sie die für Einzelrisiken festgelegte Grenze zur Berichtspflicht überschreiten. Vgl. hierzu nähere Ausführungen im Kapitel B.3.

Im Rahmen des jährlich dokumentierten Risikomonitorings werden alle Outsourcing-Engagements überwacht, die intern festgelegten Sicherheitsvorkehrungen werden kontrolliert und ggf. Maßnahmen mit den Dienstleistern abgestimmt. Dabei wird insbesondere Wert gelegt auf bestehende Notfallpläne, ein internes Kontrollsystem sowie adäquates Risikomanagement.

B.8. Sonstige Angaben

Es liegen keine sonstigen relevanten Informationen vor.

C. Risikoprofil

C.1. Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1. Risikoexponierung

Versicherungstechnische Risiken werden nach der Art der zugrundeliegenden Verpflichtung aufgeteilt in Nichtleben, Kranken und Leben. Die Berechnungen erfolgten mit der Solvency II Standardformel. Es wurden die von der EIOPA ermittelten Marktparameter verwendet.

Versicherungstechnisches Risiko Nichtleben

Das versicherungstechnische Risiko Nichtleben besteht aus dem Prämien- und Reserverisiko, dem Katastrophenrisiko und dem Stornorisiko.

2017	Kapitalanforderung
in TEUR	
Prämien- und Reserverisiko	188.172,0
Stornorisiko	5.452,5
Katastrophenrisiko	74.659,0
Diversifikation innerhalb des Submoduls	-49.110,6
Versicherungstechnisches Risiko Nichtleben	219.173,0

Das Prämien- und Reserverisiko ist das größte Teilrisiko. Das Prämienrisiko quantifiziert die aus dem Geschäft, bei dem die Basler Sachversicherungs-AG bereits im Risiko steht, resultierenden Schwankungen der Schaden- und Kostenlast. Werttreibend sind insbesondere die unbekannte Anzahl und Höhe künftiger Schäden. Das Reserverisiko spiegelt die Unsicherheit künftiger Abwicklungsergebnisse aus zum Stichtag bereits eingetretenen Schäden wider.

Das Prämien- bzw. Reserverisiko wird mittels des Standardmodells pro Geschäftsbereich jeweils mit einer Lognormalverteilung modelliert. Die Volatilität wird durch die vorgegebenen Marktparameter beschrieben. Die Volumenmaße sind die erwarteten Netto-Prämien bzw. die Netto-Schätzwerte der Schadenrückstellungen je Geschäftsbereich.

Das größte Prämienvolumen hat der Geschäftsbereich Feuer- & andere Sachversicherungen mit etwas mehr als der Hälfte des gesamten Prämienvolumens. Der Geschäftsbereich mit dem größten Reservevolumen ist Allgemeine Haftpflichtversicherung mit etwas mehr als der Hälfte des gesamten Reservevolumens der Basler Sachversicherungs-AG.

Im Katastrophenrisiko wird der Kapitalbedarf aus vorgegebenen Szenarien ermittelt. Die Szenarien umfassen Katastrophen aus Naturereignissen, von Menschen verursachten Ereignissen sowie andere Katastrophenereignisse. Der größte Teil der Kapitalanforderung stammt hierbei aus dem Sturm- und dem Überschwemmungsszenario. Bei Verwendung des Standardmodells übersteigt in diesen Szenarien die modellierte Brutto-Schadenlast die Rückversicherungskapazität.¹

¹ Die Kapazität der externen obligatorischen Rückversicherung bezieht sich auf die gesamte Baloise Group. Sie wurde für die Ermittlung des Katastrophenrisikos auf die einzelnen Gesellschaften verteilt. Nach unternehmenseigener Einschätzung

Das Stornorisiko, das die Unsicherheit des Fortbestehens von profitablen Erst- und Rückversicherungsverträgen darstellt, spielt eine untergeordnete Rolle.

Versicherungstechnisches Risiko Leben

Das versicherungstechnische Risiko Leben resultiert aus Rentenverpflichtungen aus den Geschäftsbereichen Kfz-Haftpflicht und Allgemeine Haftpflicht. Die relevanten Komponenten sind das Langlebighkeits-, das Kosten- sowie das Revisionsrisiko.

2017	Kapitalanforderung
in TEUR	
Langlebighkeitsrisiko	1.907,8
Kostenrisiko	1.498,4
Revisionsrisiko	824,1
Diversifikation innerhalb des Submoduls	-1.065,8
Versicherungstechnisches Risiko Leben	3.164,5

Die Kapitalanforderung des Langlebighkeitsrisikos entspricht dem Verlust an Eigenmitteln, der sich aus einem unmittelbaren dauerhaften Rückgang der zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Sterblichkeitsrate um 20 Prozent ergibt. Zur Berechnung wurde die vereinfachte Berechnungsformel verwendet.

Die Kapitalanforderung des Kostenrisikos entspricht dem Verlust an Eigenmitteln, der sich aus dem Anstieg der Kosten um 10 Prozent und einem Anstieg der Kosteninflation um einen Prozentpunkt ergibt.

Die Kapitalanforderung des Revisionsrisikos entspricht dem Verlust an Eigenmitteln, der sich aus einem unmittelbaren dauerhaften Anstieg des Betrags der Rentenleistungen um drei Prozent ergibt.

Rentenverpflichtungen haben im Vergleich zu den Nichtlebensverpflichtungen geringe Kapitalanforderungen, da die zugrundeliegenden Rechnungsgrundlagen relativ stabil sind.

Versicherungstechnisches Risiko Kranken

Versicherungstechnisches Risiko Kranken wird durch den Geschäftsbereich Einkommensersatzversicherung, in den die Allgemeine Unfall- sowie die Kfz-Unfallversicherung fällt, generiert. Das Risiko ist unterteilt in Kranken nach Art der Schadenversicherung, Kranken nach Art der Lebensversicherung sowie Katastrophenrisiko.

2017	Kapitalanforderung
in TEUR	
Kranken nach Art der Schadenversicherung	44.939,9
Kranken nach Art der Lebensversicherung	17.757,4
Katastrophenrisiko	2.282,5
Diversifikation innerhalb des Submoduls	-8.325,6
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	56.654,2

überschätzt die Standardformel den Brutto-Schadenaufwand der Naturkatastrophenszenarien (insbesondere Sturm und Überschwemmung) deutlich.

Das versicherungstechnische Risiko Kranken nach Art der Schadenversicherung ist in die Teilmodule Prämien- und Reserverisiko sowie Stornorisiko unterteilt. Diese sind identisch wie beim versicherungstechnischen Risiko Nichtleben aufgebaut und auch hier ist das Prämien- und Reserverisiko dominierend. Da es sich nur um einen Geschäftsbereich handelt, ist der Diversifikationseffekt innerhalb des Prämien- und Reserverisikos geringer als beim versicherungstechnischen Risiko Nichtleben.

Das versicherungstechnische Risiko Kranken nach Art der Lebensversicherung behandelt die Renten aus der Einkommensersatzversicherung. Die Quantifizierung erfolgt identisch zum versicherungstechnischen Risiko Leben mit Ausnahme der Tatsache, dass kein Revisionsrisiko besteht, da es sich um Summenversicherungen handelt.

Die Katastrophenszenarien werden jeweils von der Rückversicherung gedeckt, so dass der Schadenaufwand der einzelnen Szenarien lediglich dem Selbstbehalt entspricht. Daher ist es von untergeordneter Bedeutung.

C.1.2. Risikokonzentration

Die Basler Sachversicherungs-AG bietet Privatkunden in den Sparten Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeugversicherung sowie mittelständischen und industriellen Firmenkunden in den Sparten Sach, Haftpflicht und Transport Versicherungsschutz an. Die Produktpalette erstreckt sich vom standardisierten Retailprodukt mit verschiedenen Leistungsstufen für Privatkunden bis zum individuell auf den Bedarf und die Risikosituation zugeschnittenen Versicherungsschutz für mittelständische und industrielle Firmenkunden.

Die Risiken befinden sich überwiegend innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und sind dort breit gestreut. Die örtliche Verteilung ist insbesondere bei Naturkatastrophen relevant.

C.1.3. Risikominderungstechnik

Zur Minderung wird eine auf historischen Schadenerfahrungen basierte Annahme- und Zeichnungspolitik verwendet und ständig weiterentwickelt. Durch Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse und zukünftiger Entwicklungen werden Zielsegmente identifiziert und fokussiert. Der Betrieb verschiedenster Sparten im Bereich Schaden/Unfall sowie die Verteilung über die gesamte Bundesrepublik reduzieren die Bündelung und somit auch das Risiko.

Dem Risiko unerwarteter Großschäden wird mit angemessenen Zeichnungslimiten und einem umfangreichen Rückversicherungsprogramm mit bonitätsstarken Rückversicherungspartnern begegnet. Das Programm beinhaltet überwiegend Schadenexzedenten-Rückversicherungsverträge.

C.1.4. Risikosensitivität

Die Kapitalanforderungen werden insbesondere durch das Prämien-, das Reserve- sowie das Katastrophenrisiko geprägt.

Das größte Prämienvolumen der Basler Sachversicherungs-AG hat der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen. Bei einer Erhöhung des Prämienvolumens um 10 Prozent in diesem Geschäftsbereich steigt das SCR um weniger als drei Mio. EUR und die Bedeckungsquote sinkt um weniger als zwei Prozentpunkte.

Das größte Reservevolumen der Basler Sachversicherungs-AG hat der Geschäftsbereich Allgemeine Haftpflicht. Bei einer Erhöhung des Netto-Reservevolumens um 10 Prozent sowie gleichzeitiger Erhöhung des Brutto-Reservevolumens um den gleichen absoluten Betrag steigt das SCR und gleichzeitig sinken die Eigenmittel. Im Ergebnis führt dieses Szenario zu einer Reduktion der Bedeckungsquote um über fünfzehn Prozentpunkte.

Das Katastrophenrisiko reagiert vereinzelt sensitiv auf Erhöhungen der modellierten Bruttoschäden einzelner Naturkatastrophenszenarien. Durch die Diversifikation mit den anderen versicherungstechnischen Risiken sowie dem Markt- und Ausfallrisiko wird die Auswirkung auf den gesamten SCR deutlich reduziert.²

C.2. *Marktrisiko*

Die strategische Grundausrichtung der Basler Sachversicherungs-AG bestimmt auch die Kapitalanlagestrategie. Oberste Priorität bei der Strukturierung des Anlageportfolios genießt der Grundsatz der Sicherheit. Darüber hinaus sind in der Leitlinie Kapitalanlage die internen Anlagegrundsätze verbindlich festgelegt. Bei der Zusammensetzung der Kapitalanlagen berücksichtigen wir neben den aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung auch die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft sowie die Kriterien Liquidität und Rentabilität. Wir vermeiden Risiken, die nicht zuverlässig eingeschätzt, kalkuliert und abgesichert werden können. Zur Reduktion von Risikopositionen nutzen wir derivative Finanzinstrumente, insbesondere zur Absicherung gegen Einbrüche am Aktienmarkt. Ferner ermöglicht die tägliche Beobachtung der Risikolage eine Risikofrüherkennung.

Die Basler Sachversicherungs-AG ist investiert in den Anlageklassen Grundbesitz, Zinstitel, Aktien, Geldanlagen, Beteiligungen und Private Equity.

Beschreibung des Marktrisikos

Marktrisiken spiegeln sich in Verlusten wider, die sich durch veränderte beziehungsweise schwankende Marktpreise ergeben und die zu einer potenziellen Wertminderung der gehaltenen Vermögenspositionen führen können. Die Höhe des Risikos ist dabei abhängig vom Ausmaß der Preisschwankungen auf dem Markt und von der Höhe des Exposures.

² Die genaue Höhe der Auswirkungen ist schwer zu quantifizieren, da in jedem Szenario die genaue Rückversicherungsentlastung der Konzerndeckung von der jeweiligen Schadenhöhe der anderen Ländergesellschaften der Baloise Group abhängen, welche ebenfalls durch den Konzernvertrag gedeckt sind.

Das Marktrisiko der Gesellschaft zum 31.12.2017 als Teil der Kapitalanforderung nach Solvency II betrug 95,4 Mio. EUR. Die Berechnung aller Komponenten erfolgte mit der Solvency II Standardformel auf der Grundlage von Marktwerten.

Eine Zusammensetzung nach Komponenten liefert die folgende Übersicht:

	2017
	Kapital- anforderung
in TEUR	
Zinsänderungsrisiko	14.782,9
Aktienrisiko	24.704,1
Immobilienrisiko	19.510,6
Spreadrisiko	51.534,8
Marktrisikokonzentration	2.715,8
Währungsrisiko	2.849,9
Diversifikation innerhalb des Submoduls	-20.746,5
Marktrisiko - gesamt	95.351,5

C.2.1. Risikoexponierung

Zinsänderungsrisiko

Unter dem Zinsänderungsrisiko versteht man die Gefahr, dass sich aufgrund von Zinsschwankungen an den Geld- und Kapitalmärkten negative Auswirkungen auf die ökonomischen Werte von Aktiva und Passiva ergeben. Das Einkommen einer Gesellschaft kann sich ebenso verringern (Einkommenseffekt) wie der Marktwert des Portfolios von zinssensitiven Produkten (Vermögenseffekt). Neben dem ökonomischen Risiko, dass Aktiva im Verhältnis zu Passiva nicht fristenkongruent investiert sind, entsteht ein bilanzielles Risiko. Entsprechend kann eine Veränderung der Zinsen oder der Zinsstruktur bewirken, dass sich im Falle einer notwendigen Wiederanlage die Konditionen deutlich verschlechtern.

Für die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos wurde die Basiszinskurve sowie die geschockte Zinskurve der EIOPA zum Stichtag 31.12.2017 verwendet. Der Zinsrückgang war das maßgebende Szenario für die Kapitalanforderung.

Zum Jahresende betragen die zinssensiblen Vermögenswerte der Gesellschaft 1.362,5 Mio. EUR und der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie Pensionsverpflichtungen 1.092,0 Mio. EUR.

Aktienrisiko

Unter dem Aktienrisiko versteht man den potenziellen finanziellen Verlust, der aufgrund von Veränderungen der Marktwerte oder der Volatilität von Aktien sowie Marktwertänderungen von Beteiligungen entstehen kann.

Das Gesamtrisiko der Gesellschaft zum 31.12.2017 schließt börsennotierte Aktien mit einem Marktwert in Höhe von 71,0 Mio. EUR und nicht börsennotierte Aktien mit einem Marktwert von 21,8 Mio. EUR sowie die strategischen Beteiligungen "Basler Beteiligungsholding GmbH" und "Basler Service GmbH", deren gesamter Marktwert 26,0 Mio. EUR betrug, mit ein.

Immobilienrisiko

Unter Immobilienrisiko versteht man den potentiellen finanziellen Verlust im Falle einer negativen Entwicklung der Immobilienpreise oder der Marktwerte von Investmentfonds.

Die Basler Sachversicherungs-AG besitzt eigen- und fremdgenutzte Immobilien und ist investiert in Immobilien-Beteiligungen sowie Immobilien-Spezialfonds. Der Marktwert des Gesamtimmobilien-Exposures betrug 78,0 Mio. EUR zum Jahresende 2017.

Spreadrisiko (Kreditrisiko)

Unter dem Spreadrisiko sind alle potenziellen Verlustrisiken zu verstehen, die sich durch eine negative Veränderung der Bonität eines Schuldners bzw. eines Emittenten oder durch Wertverminderung der Sicherheiten ergeben.

Das Spreadrisiko spiegelt das Kreditrisiko von Anleihen und Darlehen wider, deren Marktwerte auf eine Änderung von Spreads gegenüber der risikofreien Zinsstrukturkurve reagieren. Das Kreditrisiko der restlichen Vermögenswerte wird unter dem Ausfallrisiko bewertet (vgl. hierzu Abschnitt C.3.).

Für die Gesellschaft unterlagen festverzinsliche Anleihen, Darlehen und Schuldverschreibungen mit einem gesamten Marktwert von 1.146,7 Mio. EUR dem Spreadrisiko.

Währungsrisiko

Als Währungsrisiko bezeichnet man den potenziellen finanziellen Verlust, der sich durch Veränderungen der Devisen- beziehungsweise Wechselkurse ergibt.

Für die Basler Sachversicherungs-AG bestanden Kapitalanlagen an offenen Fremdwährungen mit einem Marktwert in Höhe von 12,3 Mio. EUR zum Jahresende 2017 bzw. 0,9 Prozent am Marktwert des Gesamtbestandes der Kapitalanlagen.

C.2.2. Risikokonzentration

Als Marktrisikokonzentrationen werden die zusätzlichen Risiken bezeichnet, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation der Kapitalanlagen oder durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko einer einzelnen Gegenpartei verursacht werden.

Zum Stichtag 31.12.2017 bestand für die Basler Sachversicherungs-AG gemäß dem Standardmodell gegenüber einer Bank eine Marktrisikokonzentration. Der Marktwert der Investition betrug insgesamt 33,0 Mio. EUR.

C.2.3. Risikominderungstechnik

Um das Marktrisiko in Bezug auf die Risikoexponierung der Gesellschaft zu begrenzen und zu überwachen, sind zahlreiche risikomindernde Maßnahmen vorhanden.

Für zinsensitive Aktiv- und auch Passivposten wird eine benchmarkorientierte Laufzeitensteuerung betrieben. Durch die Anlageplanung und ein geeignetes Asset Liability Management wird sichergestellt, dass das Auseinanderfallen der Laufzeiten und damit das Zinsrisiko unter Berücksichtigung der vorhandenen Risikotragfähigkeit gesteuert werden. Dabei werden als Frühwarnsystem zusätzlich Stresstests definiert und durchgeführt (vgl. hierzu Kapitel C.2.4. Risikosensitivität).

Das Aktienrisiko wird durch eine Streuung der Risiken über Länder, Branchen und Unternehmen diversifiziert. Zur Absicherung gegen Kursverluste der Aktien sind in 2017 Put-Optionen auf den Eurostoxx50 gekauft worden. Die Absicherung wurde Ende 2017 für ein weiteres Jahr verlängert.

Das Risiko der Immobilienanlage ist durch eine Streuung der Investitionen auf verschiedene Standorte, Lagen und Objekte diversifiziert. Um das Kumulrisiko der Immobilienanlage zu verringern, wird die Höhe einer Investition in ein Einzelobjekt im Anlagenreglement der Gesellschaft begrenzt. Ferner wurde für den Immobilienbestand eine Maximalquote unterhalb 9,0 Prozent der Asset Allokation festgelegt.

Um das Kredit- und Kreditkumul-Risiko zu begrenzen, hat die Gesellschaft Maximalgrenzen je Emittent bzw. Schuldner sowie Ratingklassen festgelegt. Zur Begrenzung der Marktrisikokonzentrationen wurde eine Maximalquote je Emittent festgelegt.

Für offene Währungsanlagen wurde als internes Limit eine Maximalquote von 3,0 Prozent am gesamten Kapitalanlagebestand festgelegt. Ferner wurde zur Risikoreduzierung das Exposure in USD-Bonds von 52,0 Mio. USD vollständig über Devisentermingeschäfte abgesichert.

Die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand über die Entwicklung der Kapitalanlagen und Auslastungen der intern gesetzten Limits ermöglicht eine genaue Überwachung der Risikoexponierung.

C.2.4. Risikosensitivität

Die Gesellschaft führt monatliche Stresstests durch, um die Auswirkungen von Änderungen in den Marktdaten wie Zinsen, Credit Spreads und Aktien auf die Solvabilität abschätzen zu können. Hierfür bilden die fortgeschriebenen Solvency II Bedeckungsquoten die Grundlage. Die Stresstests beziehen sich ausschließlich auf die Eigenmittel. Für die Berechnungen der gestressten Solvency II Quote wird das SCR jeweils konstant gelassen. Für die Berechnungen werden Szenarien angenommen, die in ihren Bandbreiten der hohen Volatilität der Kapitalmärkte in den vergangenen Jahren Rechnung tragen. Die Ergebnisse stellen damit eine denkbare Entwicklung der Solvenzquote dar.

Die von uns aktuell berechneten Kapitalmarktszenarien sind:

Parallelshift der Zinskurve

Bei diesem Szenario wird die Zinskurve um bis zu +/- 100 Basispunkte verschoben.

Änderung der Credit Spreads

Es wird die Annahme getroffen, dass alle Credit Spreads um 100 Basispunkte zurückgehen bzw. ansteigen.

Marktwertänderung der Aktien

Es wird angenommen, dass sich die Aktienkurse um bis zu +/- 50 Prozent ändern.

Da in allen durchgeführten Stresstests die Solvency II Bedeckungsquote deutlich über 120 Prozent liegt, werden hieraus zu den bestehenden Risikominderungstechniken keine weiteren Maßnahmen zur Risikobegrenzung abgeleitet.

C.3. Kreditrisiko

Mit dem Kreditrisiko werden Risiken, die sich aus Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern ergeben, ermittelt.

Unter Solvency II wird das Kreditrisiko sowohl im Spreadrisiko als auch im Ausfallrisiko abgebildet. Das Spreadrisiko wird gemäß der Standardformel innerhalb des Marktrisikomoduls berechnet (vgl. hierzu Abschnitt C.2.1.).

Die Berechnung der Kapitalanforderung des Ausfallrisikos zum Stichtag 31.12.2017 für die Vermögenswerte außerhalb des Spreadrisikos erfolgte mit dem Helper-Tab des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

C.3.1. Risikoexponierung

Die für die Ermittlung erforderliche Einordnung der Risikoexponierung in zwei unterschiedliche Kategorien wurde für die Gesellschaft wie folgt vorgenommen:

Kategorie: Typ 1 mit Bonitätseinstufung

- Festgelder und laufende Guthaben bei Kreditinstituten
- Rückversicherungsvereinbarungen
- Aktienderivate (PUT)

Kategorie: Typ 2 ohne Bonitätseinstufung

- Forderungen an Versicherungsnehmer
- Außenstände von Versicherungsvermittlern

Das Ergebnis der Berechnung liefert die folgende Übersicht:

2017	Kapitalanforderung
in TEUR	
Typ 1 mit Bonitätseinstufung	12.364,4
Typ 2 ohne Bonitätseinstufung	11.892,8
Diversifikation	-1.566,1
Ausfallrisiko - gesamt	22.691,2

Für das Ausfallrisiko beträgt die Kapitalanforderung 22,7 Mio. EUR. Dies entspricht einem Anteil von 8,0 Prozent am Basis-SCR der Basler Sachversicherungs-AG.

C.3.2. Risikokonzentration

Die fünf größten Risikokonzentrationen des Ausfallrisikos Typ 1 sind in der folgenden Tabelle aufgelistet:

2017	Name der Gegenpartei	Verlust bei Ausfall	Ausfallwahrscheinlichkeit
in TEUR			
1	Basler Versicherungen, Basel	130.209,9	0,050%
2	Deutsche Postbank	23.461,2	0,010%
3	Dt. Borse AG (WP-Name: SX5E 12/21/18 P3050)	19.119,2	0,010%
4	Helvetia, Ffm.	11.124,6	0,050%
5	Commerzbank	6.628,7	0,010%

Bei der ersten Position handelt es sich um die konzerninterne Rückversicherungsbeziehung gegenüber dem Schwesterunternehmen in der Schweiz. Die Basler Versicherung AG, Basel wurde in 2017 von der Ratingagentur Standard & Poor's mit "A" bewertet.

Das zweitgrößte Gegenpartei-Ausfallrisiko war das laufende Guthaben zuzüglich Tagesgeld bei der Dt. Postbank zum Stichtag 31.12.2017. Die Höhe des Tagesgeldes sowie des Banksaldos wird im Rahmen des bestehenden Liquiditätsmanagements überwacht.

Alle weiteren Einzelausfallrisiken lagen jeweils unter 8,5 Prozent des Gesamtausfallrisikos der Kategorie Typ 1.

Die Kapitalanforderung zu Typ 2 basierte auf ausstehenden Forderungen von 49,7 Mio. EUR; hiervon entfallen 5,9 Mio. EUR auf Außenstände von Vermittlern, die älter sind als drei Monate.

C.3.3. Risikominderungstechnik

Gegen das Ausfallrisiko bestehen verschiedene Risikominderungsmaßnahmen.

Bei der Wahl der Rückversicherungspartner achten wir insbesondere auf Bonitätsstärke. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls von Rückversicherungsforderungen weitgehend reduziert. Gemäß den konzernweit geltenden Risikomanagement-Standards dürfen Rückversicherungsverträge lediglich mit Gegenparteien abgeschlossen werden, die im Voraus durch den Finanzbereich des Konzerns

zugelassen wurden. Die Rückversicherer haben in der Regel ein Mindestrating von "A" von Standard & Poor's. In Ausnahmefällen und unter gewissen Voraussetzungen ist auch ein "BBB+"-Rating oder ein vergleichbares Rating einer anderen anerkannten externen Ratingagentur zugelassen. Diese Regelung gilt nicht für Captives und Pools als aktive Rückversicherungsgesellschaften, die in der Regel kein Rating haben.

Das Ausfallrisiko der Rückversicherer wird vom Konzernbereich Rückversicherung regelmäßig überprüft. Über Rückversicherer, die in Konkurs gegangen sind oder Zahlungsschwierigkeiten haben, wird eine "Watchlist" geführt. In dieser Liste werden detailliert alle Beziehungen, offene und abgeschriebene Forderungen sowie Rückstellungen gegenüber diesen Rückversicherern geführt und regelmäßig aktualisiert.

Die Gesellschaft verfügt über ein konsequentes Liquiditätsmanagement, welches u.a. eine Liquiditätsplanung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme mit geeigneten Sicherheitspuffern koordiniert.

Die Risiken des Ausfalles von Beitragsforderungen werden zum einen durch ein maschinelles Mahnverfahren im Zentralinkasso und zum anderen durch direkte Zahlungsaufforderungen und ständige Kontrollen im Vermittlerinkasso begrenzt.

C.3.4. Risikosensitivität

Die Zahlungsmodalitäten der Versicherungsvermittler wirken sich auf die Höhe des Ausfallrisikos aus. Speziell für die Hauptjahresfälligkeit Januar werden in größerem Umfang pro rata temporis-Zahlungen geleistet, die unterjährig zu hohen Außenständen führen, welche älter sind als drei Monate, und damit zu ansteigenden Kapitalanforderungen.

Für Schaden/Unfallversicherungen stellt das Ausfallrisiko auf Grund von diversen Forderungen gegenüber Gegenparteien (z.B. Rückversicherungen) mitunter ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Ein entscheidender Parameter für die Höhe des Ausfallrisikos ist das jeweilige Rating der Gegenpartei. Daher haben wir die Sensitivität des Ausfallrisikos mit der Annahme quantifiziert, dass sich alle Rückversicherer um eine Ratingstufe verschlechtern, d.h. im Modell statt einem "AA" ein "A" oder statt einem "A" ein "BBB" angesetzt. Das SCR steigt in diesem Szenario um weniger als drei Mio. EUR und die Bedeckungsquote sinkt um weniger als zwei Prozentpunkte.

C.4. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass liquide Mittel zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder nur zu überhöhten Kosten beschafft werden können.

C.4.1. Risikoexponierung

Die Gesellschaft stellt sicher, dass sie jederzeit in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um allen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachkommen zu können. Im Rahmen eines konsequenten Liquiditätsmanagements erfolgen verschiedene Analysen, deren Ergebnisse frühzeitig auf eventuelle Liquiditätsrisiken hinweisen.

Hinsichtlich eines potentiellen Risikos mangelnder Liquidität ist, in der ökonomischen Betrachtung, die Liquidierbarkeit der ökonomischen Eigenmittel und somit die Höhe des einkalkulierten Gewinns aus zukünftigen Prämien (expected profits in future premiums, EPIFP) von Bedeutung. Dieser erwartete Gewinn wird nach Art. 260 Abs. 2-4 Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 ermittelt. Er resultiert aus dem erwarteten Barwert künftiger Zahlungsströme aufgrund künftiger Prämien bestehender Versicherungsverträge, die in die Berechnungen der versicherungstechnischen Rückstellungen einfließen. Bei der Berechnung des EPIFP wird nicht berücksichtigt, dass die genannten Prämien möglicherweise nicht fließen werden, da gesetzliche und vertragliche Möglichkeiten der Versicherungsnehmer bestehen ihre Verträge vorzeitig zu beenden.

Der EPIFP der Gesellschaft wurde per 31.12.2017 berechnet und beträgt brutto 28,1 Mio. EUR.

C.4.2. Risikokonzentration

Risikokonzentrationen innerhalb des Liquiditätsmanagements bestehen nicht.

C.4.3. Risikominderungstechnik

Um bei einer vorzeitigen Veräußerung von Kapitalanlagen ausreichend hochliquide Anlagen zur Verfügung zu haben, wurde über die Anlagerichtlinien eine Mindestquote festgelegt, deren Einhaltung monatlich über ein Ampelsystem bewertet wird. Der prozentuale Anteil von Pfandbriefen und Staatsanleihen I (d.h. solchen mit Rating AA- oder besser) einschließlich dem Anteil an (Termin-) Geldern und Cash in Spezialfonds gerechnet in Prozent des gesamten Kapitalanlage-Volumens der Gesellschaft muss mindestens 10 Prozent betragen. Zum Stichtag wurde die Mindestquote weit überschritten, die Ampelwertung liegt im grünen Bereich.

In der über ein Jahr rollierenden Liquiditätsplanung auf Monatsbasis werden erwartete Ein- und Auszahlungen gegenübergestellt (Bruttoausweis) und miteinander verglichen, um mögliche Liquiditätsdefizite oder -überschüsse zu erfassen. Die Zahlungsströme resultieren aus Kapitalanlagen, dem Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäft sowie Steuern, Gehältern und Sonstigem. In der Berechnung werden sukzessive Plan-Zahlen durch die tatsächlichen Ist-Zahlen ersetzt, um systematische Abweichungen offenzulegen und die Qualität der Planung zu verbessern. Ferner ist mit den Rückversicherungspartnern eine Abrechnungsmöglichkeit (Cash Call Option) zur Absicherung von außerplanmäßigen Liquiditätsengpässen aufgrund der Schadenlast vereinbart. Aus der laufenden Liquiditätsplanung sind aktuell keine wesentlichen Risiken für die Gesellschaft zu erkennen.

Im Rahmen des langfristigen Asset-Liability-Managements (ALM) erfolgt regelmäßig eine Gegenüberstellung der abschätzbaren Auszahlungsverpflichtungen und der voraussichtlichen Zahlungsflüsse aus Kapitalanlagen.

C.4.4. Risikosensitivität

Im Vergleich zu den über die Standardformel ermittelten Teilrisiken spielt das Liquiditätsrisiko nur eine untergeordnete Rolle für die Gesellschaft. Daher führen wir nur vereinfachte Stresstests auf die Liquiditätslage durch. Die Ergebnisse haben unsere jederzeitige Zahlungsfähigkeit bestätigt.

C.5. Operationelles Risiko

Operationelle Risiken umfassen Betrugs-, Fehlerrisiken aus Prozessabläufen, Personal- Rechts- und Compliance-Risiken, Risiken der Informatik-Sicherheit sowie Risiken aus Risikoanalysen und Risikoberichterstattung. In diesem Zusammenhang sind als wesentliche Risikotreiber externe Veränderungen, interne Verfahren, Systeme sowie Verhaltensweisen der Mitarbeiter anzusehen. Operationelle Risiken sind keine Kernrisiken der Basler Versicherungen und werden in dem Umfang akzeptiert, in welchem sie nicht weiter reduziert, vermieden oder auf eine kosteneffiziente Art und Weise transferiert werden können.

Operationelle Risiken gehen zum einen pauschal in die Berechnungen zum Solvency II Standardmodell ein und werden zudem auch im Basler System zur Erfassung von Einzelrisiken quantifiziert.

C.5.1. Risikoexponierung

Im Rahmen des Einzelrisikoberichtssystems der Gesellschaft wurden zum Jahresende 2017 insgesamt 43 operationelle Risiken dokumentiert, die nach risikomindernden Maßnahmen über der Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 100 TEUR liegen. Im Vordergrund stehen hier Risiken in Bezug auf die Nutzung von IT-Systemen (Software, Hardware, Network), solche in Bezug auf interne Abläufe von Geschäftsprozessen sowie Compliance-Risiken (vgl. hierzu Kapitel B.3.7.).

Die Kapitalanforderung für operationelle Risiken aus dem Standardmodell sind auf Basis der versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen ohne Risikomarge berechnet worden und belaufen sich zum Jahresende 2017 auf 25,3 Mio. EUR bzw. 10,2 Prozent des SCR der Gesellschaft.

C.5.2. Risikokonzentration

Wesentliche Risikokonzentrationen innerhalb der operationellen Risiken bestehen nicht.

C.5.3. Risikominderungstechnik

Der Vielzahl an operationellen Risiken treten wir mit einer Reihe an differenzierten Risiko-steuerungsmaßnahmen auf verschiedensten Wegen entgegen:

- Ein internes Kontrollsystem sichert die Prozessabläufe (vgl. hierzu Kapitel B.4.).
- Umfangreiche Vollmachten-Systeme regeln die Zahlungs- und Anweisungsvollmachten sowie Zugriffsberechtigungen.
- Ein Rechts-/Compliance-Konzept sichert die Einhaltung und Kontrolle von Weisungen zu Compliance-Themen (vgl. hierzu Kapitel B.4.2.).
- Das Business Continuity Management regelt die Notfallvorsorge (Prävention) und die Notfallbewältigung (Reaktion) zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes.
- Ein übergreifendes IT-Sicherheitskonzept dient zum Schutz der Systeme und Daten.

C.5.4. Risikosensitivität

Auf Grund des geringen Anteils operationeller Risiken innerhalb der Gesamtkapitalanforderung nach Solvency II führen Risikosensitivitäten lediglich zu nicht signifikanten Verschlechterungen der Bedeckungsquote.

Zu den spezifischen Auswirkungen von Änderungen der in der Standardformel verwendeten Parameter in Bezug auf die verdienten Brutto-Prämien und versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen verweisen wir auf die Sensitivitäten des versicherungstechnischen Risikos in Kapitel C.1.4..

C.6. Andere wesentliche Risiken

Sonstige Risiken gemäß Risk Map umfassen Geschäfts- und Umweltrisiken sowie Management- und Informationsrisiken. Sie entstehen direkt oder indirekt über das Geschäftsumfeld oder die strategischen Aktivitäten eines Unternehmens. Daraus hervorzuheben sind insbesondere die Reputations- und strategischen Risiken im Zusammenhang mit der Erreichung wesentlicher unternehmerischer Zielsetzungen sowie externe Ereignisse wie u.a. Erdbeben- und Pandemierisiken.

Reputationsrisiken beziehen sich auf einen möglichen Verlust von Versicherungsbeständen aufgrund einer Verschlechterung des Firmenrufs (Firmenreputation). Einflussfaktoren können die Veröffentlichung von rechtlichen oder moralischen Verfehlungen des Unternehmens bzw. handelnder Personen sein. Dazu zählen u.a. systematische Falschberatung von Kunden, Veruntreuung von Kundengeldern, fehlerhafte Produkte oder die Verbreitung falscher oder unsachgemäßer Informationen.

Zur Reduzierung von Reputationsrisiken fördern wir rechtlich und moralisch einwandfreies Verhalten aller Mitarbeiter nicht zuletzt durch Schulung in Bezug auf unseren Code of Conduct. Die Kommunikationsabteilung hält zudem einen intensiven Kontakt zu Journalisten ("Vertrauenspartner-

schaft") und stellt eine zügige Reaktion auf negative oder falsche Presseberichterstattung sowie eine umfassende Vorbereitung des Managements vor Pressekonferenzen und Pressegesprächen sicher. Auch unser qualitativ hochwertiger Service gegenüber Vertriebspartnern und Kunden zur Vermeidung von Beschwerden sowie ein gutes Beschwerdemanagement wirken präventiv gegen Reputationsrisiken.

Strategische Risiken im Zusammenhang mit der Erreichung wesentlicher unternehmerischer Zielsetzungen liegen im besonderen Blick des Vorstandes. Ein permanenter Abgleich zwischen strategischer Zielplanung und Zielerreichung ist Inhalt des laufenden umfassenden Management-Informationssystems. Wesentliche Abweichungen in Bezug auf die Zielerreichung und/oder Änderungen im Marktumfeld sind Thema der regelmäßig stattfindenden Vorstandssitzungen.

Externe Ereignisse wie Erdbeben- und Pandemierisiken können die laufenden Geschäftsaktivitäten beeinträchtigen. Als risikomindernde Maßnahmen hat die Gesellschaft hierfür vorbeugende und notfallspezifische Maßnahmen festgelegt. Ferner ist die Fortführung bzw. der Wiederanlauf der wesentlichen Geschäftsprozesse über ein Konzept zum Business Continuity Management (BCM) dokumentiert, welches regelmäßig aktualisiert und auch getestet wird. Im konkreten Fall koordiniert ein Krisenentscheidungsgremium als zentrale Organisation die Bewältigung der Notlage. Im laufenden Geschäftsbetrieb wird über ein sog. BCM-Gremium die Weiterentwicklung und Verfeinerung des Business Continuity Managements der Gesellschaft unterstützt.

Um ein umfassendes Bild der Gesamtrisikosituation der Gesellschaft zu erhalten, führen wir neben dem regulären Risk Assessment jährlich auch eine Einschätzung der möglichen Emerging Risks durch, um frühzeitig auf externe Entwicklungen reagieren zu können. Emerging Risks sind für die Gesellschaft solche neuartigen Risiken, die für sie gegebenenfalls in Zukunft wichtig und wesentlich werden können und für die folgende Kriterien gelten:

- Zusammenhang zwischen Ursache und Schaden ist nicht eindeutig herzustellen
- Schaden- oder Chancenpotenzial ist ungewiss, wird aber als hoch angenommen (z.B. katastrophenträchtige Auswirkungen mit zeitlich großem Abstand)
- Ursächlichkeit, Wahrscheinlichkeit und Höhe des Eintretens eines Schadens sind unbekannt oder nur schwer festzustellen.

Zu möglichen Emerging Risks findet auch auf Konzernebene regelmäßig ein Erfahrungsaustausch statt.

C.7. Sonstige Angaben

Es liegen keine sonstigen relevanten Informationen vor.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

In diesem Kapitel werden, gesondert für jede wesentliche Gruppe von Vermögenswerten, versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten, die für die Bewertung für Solvabilitätszwecke verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen beschrieben sowie die wesentlichen Unterschiede zum Handelsrecht erläutert. Im Kapitel D.1. wird die Aktivseite, in den Kapiteln D.2. und D.3. die Passivseite der Bilanz behandelt.

D.1. Vermögenswerte

Die Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.

Sofern keine aktiven Marktpreise verfügbar sind, werden zur Wertermittlung alternative Bewertungsmethoden genutzt. Im Falle deren Anwendung wird darauf in den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen.

Es erfolgten keine Veränderungen der vorjährigen verwendeten Ansatz- und Bewertungsgrundlagen.

In der folgenden Tabelle sind die Vermögenswerte nach Aufsichtsrecht und nach Handelsrecht zum 31.12.2017 sowie deren Bewertungsdifferenzen dargestellt.

	2017		
Vermögenswerte	Solvabilität-II-Wert	HGB-Wert	Differenz
in TEUR			
Geschäfts- oder Firmenwert		-	-
Abgegrenzte Abschlusskosten		-	-
Immaterielle Vermögenswerte	-	290,9	-290,9
Latente Steueransprüche	83.032,2	-	83.032,2
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	-	-	-
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	14.077,3	6.917,7	7.159,6
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	1.349.523,3	1.278.305,8	71.217,4
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	6.570,0	1.704,1	4.865,9
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	56.229,1	51.490,5	4.738,6
Aktien	905,3	905,3	-
<i>Aktien – notiert</i>	905,3	905,3	-
<i>Aktien – nicht notiert</i>	-	-	-
Anleihen	867.195,8	829.563,1	37.632,6
<i>Staatsanleihen</i>	286.039,6	275.373,7	10.665,9
<i>Unternehmensanleihen</i>	581.156,1	554.189,4	26.966,7
<i>Strukturierte Schuldtitel</i>	-	-	-
<i>Besicherte Wertpapiere</i>	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen	399.623,1	375.642,8	23.980,3
Derivate	-	-	-
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	19.000,0	19.000,0	-
Sonstige Anlagen	-	-	-
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	-	-	-
Darlehen und Hypotheken	268,8	268,8	-
<i>Policendarlehen</i>	-	-	-
<i>Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen</i>	-	-	-
<i>Sonstige Darlehen und Hypotheken</i>	268,8	268,8	-
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	242.391,7	234.574,4	7.817,3
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung	199.420,3	198.295,9	1.124,5
<i>Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen</i>	191.634,9	192.336,9	-702,0
<i>Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen</i>	7.785,5	5.959,0	1.826,5
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen	42.971,3	36.278,5	6.692,8
<i>Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen</i>	10.152,0	10.431,0	-279,0
<i>Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen</i>	32.819,3	25.847,5	6.971,8
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	-	-	-
Depotforderungen	168,0	168,0	-
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	47.801,5	47.379,5	422,0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	1.694,7	1.694,7	-
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	110.688,6	110.688,6	-
Eigene Anteile (direkt gehalten)	-	-	-
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	-	-	-
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	14.292,5	14.292,5	-
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	758,9	758,9	-
Vermögenswerte insgesamt	1.864.697,6	1.695.339,9	169.357,7

Für jede wesentliche Gruppe von Vermögenswerten werden nachfolgend die für die Bewertung für Solvabilitätszwecke verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen beschrieben. Zusätzlich werden die wesentlichen Unterschiede zwischen den für die Bewertung für Solvabilitätszwecke und den für die Bewertung nach Handelsrecht verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen erläutert.

Immaterielle Vermögenswerte

Die nach HGB bestehenden immateriellen Vermögensgegenstände werden in der Solvenzbilanz mit null bewertet, da für die immateriellen Vermögensgegenstände kein aktiver Markt besteht.

Latente Steueransprüche

Die latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten werden durch Anwendung des für die Gesellschaft maßgebenden Steuersatzes von 30,7 Prozent (Vorjahr: 30,7 Prozent) auf die Bewertungsdifferenzen zwischen Solvency II Bilanz und Steuerbilanz unter Berücksichtigung der Steuerfreiheit von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften ermittelt.

Im laufenden Jahr ergaben sich steuerlich Verluste in Höhe von 72,6 Mio. EUR (im Vorjahr steuerlicher Verlust von 15,6 Mio. EUR).

In der Solvenzbilanz werden Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten im Gegensatz zu HGB getrennt ausgewiesen und nicht saldiert.

Die sich aus dem SCR-Schock rechnerisch ergebende verlustabsorbierende Wirkung latenter Steuern wurde nur insoweit angesetzt, wie wahrscheinlich ist, dass nach Erleiden des unmittelbaren Verlustes zukünftig ausreichend steuerpflichtige Gewinne verzeichnet werden.

Nach HGB ergibt sich nach Saldierung der latenten Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten ein Aktivüberhang. Es wurde auf die Bilanzierungsmöglichkeit dieser latenten Steuerforderung nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Nach HGB werden die eigengenutzten Grundstücke mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach linearer Methode vorgenommen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich angemessener planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Berechnung der eigengenutzten Grundstücke und Gebäude zum Marktwert erfolgt nach der Ertragswertmethode. Für die übrigen Sachanlagen wurde als Marktwert der Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibung angesetzt.

Anlagen (außer Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Die **Kapitalanlagen** werden gemäß des Complementary Identification Codes in Kategorien eingeteilt und den Positionen der Solvency II Bilanz zugeordnet.

Sämtliche Kapitalanlagen werden zu Marktwerten angesetzt, die wie folgt ermittelt werden:

- Die fremdgenutzten Immobilien werden zum Fair Value nach der Discounted Cash Flow (DCF) Methode bewertet. Sie umfassen sowohl Grundstücke als auch Gebäude, die zur Erzielung von Mieterträgen und / oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Ist bei gemischt genutzten Liegenschaften (selbst genutzt / fremd genutzt) keine Aufteilung möglich, erfolgt die Zuordnung des gesamten Objekts aufgrund des mehrheitlichen Verwendungszwecks der Nutzungsfläche. Der aktuelle Fair Value einer Immobilie wird bei der DCF Methode durch die Summe aller in Zukunft zu erwartenden, auf den heutigen Zeitpunkt diskontierten Nettoerträge (vor Zinszahlungen, Steuern, Abschreibungen und Amortisationen) und unter Berücksichtigung der Investitionen beziehungsweise Instandsetzungskosten bestimmt. Die Nettoerträge werden pro Liegenschaft individuell, in Abhängigkeit der jeweiligen Chancen und Risiken bestimmt und marktgerecht und risikoadjustiert diskontiert.

- Bei Beteiligungen wird der Marktwert aufgrund von allgemein anerkannten Methoden (Ertragswert, Barwertmethode etc.), unabhängigen Bewertungen durch Vergleich mit Marktpreisen ähnlicher Instrumente und der aktuellen Marktsituation geschätzt. Beteiligungen an Immobiliengesellschaften werden mit dem anteiligen Kapitalanteil unter Berücksichtigung des Marktwertes der Immobilien angesetzt.
- Kapitalanlagen in börsennotierten Aktien werden zum Börsenwert bilanziert.
- Staatsanleihen und Unternehmensanleihen werden, sofern es sich um Inhaberschuldverschreibungen oder andere festverzinsliche Wertpapiere handelt, mit dem Börsenwert angesetzt. Die Zeitwerte von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie Namensschuldverschreibungen, die Genussrechte oder stille Beteiligungen verbriefen, werden im Rahmen einer Einzelbewertungsmethode ermittelt. Dabei wird jedem Papier in Abhängigkeit vom Schuldner und der Laufzeit ein individueller marktgängiger Zinsaufschlag auf die Euro-Swapkurve zugeordnet.
- Die Marktwerte der Investmentfonds werden anhand der Rücknahmepreise ermittelt.
- Die Einlagen außer Zahlungsmittel werden mit den Nominalforderungen angesetzt.

Abweichend zur Bewertungsmethode nach Solvency II (Marktwertansatz) werden die Kapitalanlagen nach HGB gemäß den folgenden Bewertungsmethoden angesetzt:

- Fremdgenutzte Immobilien werden nach HGB mit den Anschaffungskosten- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.
- Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um aufgrund der Zeitwertermittlung erforderliche Abschreibungen wegen dauerhafter Wertminderung, angesetzt.
- Staatsanleihen und Unternehmensanleihen werden, sofern es sich um Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere handelt, nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsenwert angesetzt. Schuldscheindarlehen sind nach HGB zu amortisierten Anschaffungskosten angesetzt. Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert bilanziert. Agiobeträge wurden aktivisch abgegrenzt und laufzeitanteilig verteilt. Disagiobeträge wurden durch passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.
- Investmentfonds sind nach HGB mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsenwert angesetzt.

Hypotheken und Darlehen

Die Gesellschaft vergibt keine Hypothekendarlehen. Die übrigen Darlehen werden mit den Nominalforderungen angesetzt. Es gibt keine Bewertungsunterschiede zwischen Aufsichtsrecht und Handelsrecht.

Depotforderungen

Die Depotforderungen wurden mit den Nominalforderungen angesetzt, da ausschließlich Laufzeiten bis zu 12 Monaten bestehen. Die Bewertung nach Solvency II erfolgt analog zu HGB. Es gibt keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Forderungen an Versicherungsnehmer und Vermittler werden zu fortgeführten Anschaffungskosten und somit nach der Amortised Cost Methode, abzüglich Einzelwertberichtigungen für gefährdete Forderungen, bilanziert. Die nach HGB angesetzte Pauschalwertberichtigung findet nach Solvency II keinen Ansatz.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die Forderungen an Rückversicherer werden zu fortgeführten Anschaffungskosten und somit nach der Amortised Cost Methode, bilanziert. Die Bewertung erfolgt analog zu HGB. Es gibt keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Die Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten und somit nach der Amortised Cost Methode, bilanziert. Die Bewertung erfolgt analog zu HGB. Es gibt keine Bewertungsunterschiede.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel werden mit dem Nominalwert angesetzt und setzen sich im Wesentlichen aus Bargeld, Sichteinlagen und geldnahen Mitteln zusammen. Geldnahe Mittel sind insbesondere kurzfristige liquide Anlagen sowie noch nicht eingelöste Schecks. Die Bewertung nach Solvency II erfolgt analog zu HGB. Es gibt keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Die sonstigen Vermögenswerte werden zum Nennwert bilanziert. Die Bewertung nach Solvency II erfolgt analog zu HGB. Es gibt keine Bewertungsunterschiede.

D.2. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II umfassen den besten Schätzwert der Schadenrückstellung, den besten Schätzwert der Prämienrückstellung sowie die Risikomarge. Dabei werden die besten Schätzwerte aus zukünftigen diskontierten Zahlungsströmen für bestehende Verpflichtungen auf der Basis von geschätzten Erwartungswerten gebildet.

Die **Schadenrückstellung** wird für bereits eingetretene (ggf. noch unbekannte), aber noch nicht vollständig regulierte Schäden gebildet. In der Bewertung der Schadenrückstellung sind daher die folgenden Unsicherheiten zu berücksichtigen:

- Bekanntwerden weiterer bisher unbekannter Schäden,
- Höhe und Auszahlungsdauer der bereits bekannten Schäden,
- Kosten für die Regulierung bekannter und unbekannter Schäden.

Demgegenüber bewertet die **Prämienrückstellung** Verpflichtungen aus zukünftigen Risiken des vorhandenen Versicherungsbestandes einschließlich des bereits abgeschlossenen Neugeschäfts. Sie wird somit zur Regulierung künftiger, noch nicht eingetretener Schäden aus Geschäft, für das die Basler Sachversicherungs-AG bereits im Risiko steht, gebildet. Zu diesen eingegangenen Verpflichtungen zählen neben künftigen Schäden auch künftige Beitragszahlungen und sämtliche noch anfallende Kosten aus Schadenregulierung und Vertragsverwaltung einschließlich Vertriebskosten. Der Umfang der zu berücksichtigenden Beiträge, Schäden und Kosten wird durch die Vertragsgrenzen bestimmt. In der Bewertung der Prämienrückstellung sind daher die folgenden Unsicherheiten zu berücksichtigen:

- Umfang der gewährten Versicherungsdeckungen,
- Umfang des vertraglich vereinbarten Prämienvolumens und des noch nicht erhaltenen Anteils daran,
- damit zusammenhängende noch nicht gezahlte Vertriebskosten,
- Eintritt künftiger Schäden unter dieser Deckung,
- Höhe und Auszahlungsdauer der Schäden,
- Kosten der Regulierung dieser Schäden und
- Kosten der Vertragsverwaltung.

Die Prämienrückstellung kann bei einer auskömmlichen Tarifierung negativ sein.

Unter Solvency II wird der Reserveunsicherheit durch Bildung einer **Risikomarge** systematisch Rechnung getragen. Sie ist nicht im besten Schätzwert selbst enthalten, sondern wird durch ein Kapitalkostenverfahren ermittelt und dargestellt.

D.2.1. Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Einen Überblick der versicherungstechnischen Rückstellungen je Sparte zeigt die folgende Tabelle:

	Bester Schätzwert	einforderbare Beträge aus Rückversicherung	Risikomarge	vt. Netto-Rückstellungen
in TEUR				
Nichtlebensversicherungsverpflichtungen				
Einkommensersatzversicherung	55.867,2	7.785,5	3.599,2	51.681,0
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	135.091,9	33.330,2	4.286,8	106.048,4
Sonstige Kraftfahrtversicherung	5.387,5	882,4	737,3	5.242,3
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	18.186,3	2.107,5	1.423,0	17.501,8
Feuer- und andere Sachversicherungen	181.747,7	48.028,3	7.042,1	140.761,5
Allgemeine Haftpflichtversicherung	371.621,8	67.838,7	16.081,6	319.864,7
Kredit- und Kautionsversicherung	351,4		83,6	435,0
Rechtsschutzversicherung	4.149,7		135,8	4.285,5
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	27.078,7	25.606,0	615,5	2.088,2
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	8,6	5,8	1,9	4,8
Nichtproportionale Sachrückversicherung	16.004,5	13.835,9	518,9	2.687,5
Gesamt nach Art der Schadenversicherung	815.495,5	199.420,3	34.525,7	650.600,8
Lebensversicherungsverpflichtungen				
Renten aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	63.998,5	32.819,3	2.702,3	33.881,5
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungsverpflichtungen in Zusammenhang stehen	110.678,3	10.152,0	14.424,6	114.950,9
Gesamt nach Art der Leben	174.676,8	42.971,3	17.126,9	148.832,4
Versicherungstechnische Rückstellungen insgesamt	990.172,3	242.391,7	51.652,6	799.433,2

Es wurde weder eine Volatilitätsanpassung gemäß Artikel 77d noch eine Übergangsmaßnahme bei den risikofreien Zinssätzen oder den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Artikel 308c bzw. 308d nach der Richtlinie 2009/138/EG angewandt.

Vertragsgrenzen

Vertragsgrenzen der Schadenrückstellungen

Schadenrückstellungen beziehen sich auf bereits eingetretene Versicherungsfälle und damit auf Deckungszeiträume bis 31.12.2018. Neben den IFRS-Schadenreserven sind Nachverrechnungsprämien Teil der Schadenrückstellungen. Offene Beitragsforderungen werden dagegen in der Bilanz unter "Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern" ausgewiesen.

Vertragsgrenzen der Prämienrückstellungen

Die Bewertungsgrundlage bilden die Beitragszahlungen. Für zukünftige Deckungsperioden eines Vertrages gilt entweder, dass der Versicherungsnehmer den Beitrag bereits bezahlt hat oder ihn noch bezahlen muss. Im ersten Fall sind die IFRS-Beitragsüberträge angesetzt worden. Für den zweiten Fall wurde auf einzelvertraglicher Ebene das Vertragsende im Sinne von Solvency II und die künftigen Zahlungen in diesem Zeitraum ermittelt. Kurzfrist- und Projektverträge sowie Verträge aus dem indirekten Geschäft blieben unberücksichtigt.

Bester Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen (brutto)

Schadenrückstellungen für Nichtlebens(rück)versicherungsverpflichtungen

Für die Sparten der Nichtlebens(rück)versicherungsverpflichtungen werden die IFRS-Reserven mittels erwarteter Cash-Flow-Pattern in die Zukunft projiziert und mit der für die Solvency II-Berechnung vorgegebenen Zinskurve diskontiert.

Für Haftpflichtsparten wird das Zahlungsdreieck der letzten 15 Ereignisjahre mit jeweils 15 Abwicklungsjahren betrachtet und für die restlichen Sparten das Zahlungsdreieck der letzten 10 Ereignisjahre mit jeweils 10 Abwicklungsjahren.

Bei der See-, Luftfahrt- & Transportversicherung sind innerhalb der Schadenrückstellungen zusätzlich die Nachverrechnungsbeiträge als Prämienzufluss berücksichtigt.

Schadenrückstellungen für Lebensversicherungsverpflichtungen

Für bereits bestehende Renten werden die Cash Flows analog zur Lebensversicherung unter Verwendung der Sterbetafel DAV06HUR zweiter Ordnung deterministisch ermittelt und unter Berücksichtigung der für die Solvency II Berechnung vorgegebenen Zinskurve sowie Inflation zusammengefasst.

Die verwendete Inflationskurve basiert auf einem Verbraucherpreisindex, kurzfristigen Projektionen, langfristigen Vorgaben von Zentralbanken und - soweit verfügbar - inflationsabhängigen Anleihen. Bei Rentenverpflichtungen zu Unfallversicherungen (Summenversicherungen) wird die Inflationskurve nur auf die Kosten angewendet.

Prämienrückstellungen für Nichtlebens(rück)versicherungsverpflichtungen

Basierend auf den Vertragsgrenzen wurden die künftig erwarteten Prämienzahlungen sowie erwartete ausgehende Zahlungsströme (Schadenaufwendungen und Kosten) projiziert. Das Zahlungsmuster der Schadenaufwendungen wird auf derselben Datengrundlage wie bei den Schadenrückstellungen ermittelt.

Risikomarge

Die Risikomarge wird gemäß Stufe 1 der technischen Spezifikationen TP.5.32 ermittelt. Dazu wird zunächst das Solvenzkapital eines fiktiven Unternehmens ermittelt, das die versicherungstechnischen Verpflichtungen übernimmt und ansonsten kein weiteres Geschäft betreibt. Die einzelnen Komponenten der Risikomarge werden jeweils mit passenden Mustern in die Zukunft fortgeschrieben, um den zukünftigen Risiken des aktuellen Geschäfts Rechnung zu tragen. Die Risikomarge selbst entspricht dem Barwert der Kapitalkosten auf diese fortgeschriebenen Komponenten.

Aus Rückversicherungsverträgen und von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge

Schadenrückstellungen aus Nichtlebens(rück)versicherungsverpflichtungen

Für den besten Schätzwert der vertraglich vereinbarten einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen wurden aus dem zedierten IFRS-Wert je Segment Cash Flows ermittelt und diskontiert. Der resultierende Wert wurde abschließend um den besten Schätzwert des erwarteten Verlustes aufgrund des Ausfalls der Gegenpartei reduziert. Der Ausfall wird gemäß der technischen Spezifikation TP.2.183 ermittelt.

Einforderbare Beträge von Schadenrückstellungen aus Lebensversicherungsverpflichtungen

Die einforderbaren Beträge werden proportional zu den gebuchten IFRS-Reserven angesetzt. Analog zu den einforderbaren Beträgen von Schadenrückstellungen aus Nichtlebens(rück)versicherungsverpflichtungen wird der Betrag um den Ausfall der Gegenpartei angepasst.

Prämienrückstellungen aus Nichtlebens(rück)versicherungsverpflichtungen

Für die Ermittlung der einforderbaren Beträge werden aus dem Verhältnis der Brutto-Prämien zu den Netto-Prämien "RV-Faktoren" bestimmt und mit den Brutto-Zahlungsströmen des Schadenaufwands, der Kosten sowie der Prämien verrechnet. Für die implizit in den Prämienrückstellungen enthaltene Schadenreserve wird die Anpassung um den Ausfall der Gegenpartei gemäß TP.2.183. ermittelt. Die Bonitätseinstufung der Rückversicherer entspricht dabei jener, wie bei der Ermittlung der Schadenrückstellungen.

Kosten

Kosten innerhalb der Schadenrückstellungen

Es werden die internen und externen Schadenbearbeitungskosten aus dem IFRS-Abschluss angesetzt sowie die Verwaltungs- und Abschlusskosten, die der Nachverrechnungsprämie gegenüberstehen.

Kosten innerhalb der Prämienrückstellungen

In der Kostenquote für zukünftige Prämien wurden spartenweise sämtliche Kosten und Provisionen aus dem versicherungstechnischen Ergebnis des IFRS-Abschlusses inkl. Feuerschutz- und zzgl. Versicherungssteuer berücksichtigt. Die Kostenquote für die Bewertung der Beitragsüberträge enthält keine Provisionen.

Zusätzlich sind die Kapitalanlagekosten für die Verwaltung der die Verpflichtungen bedeckenden Kapitalanlagen enthalten. Sie wurden mit den Leistungsströmen der Schaden- und Prämienrückstellungen fortgeschrieben.

Beschreibung des Grades der Unsicherheit

Unsicherheitsfaktoren für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus den folgenden Sachverhalten:

Bei den versicherungstechnischen Rückstellungen für Lebensversicherungsverpflichtungen (Renten aus Nicht-Leben-Verträgen im Zusammenhang mit Kranken bzw. ohne Kranken) resultiert Unsicherheit aus den Annahmen der Zinskurve und der Sterblichkeit. Die folgende Tabelle zeigt die relative Veränderung des besten Brutto-Schätzwertes der Schadenrückstellungen für Lebensversicherungsverpflichtungen bei Verwendung der Zinsschocks des Marktrisikos und bei Veränderung der Sterbewahrscheinlichkeit um ± 10 Prozent.

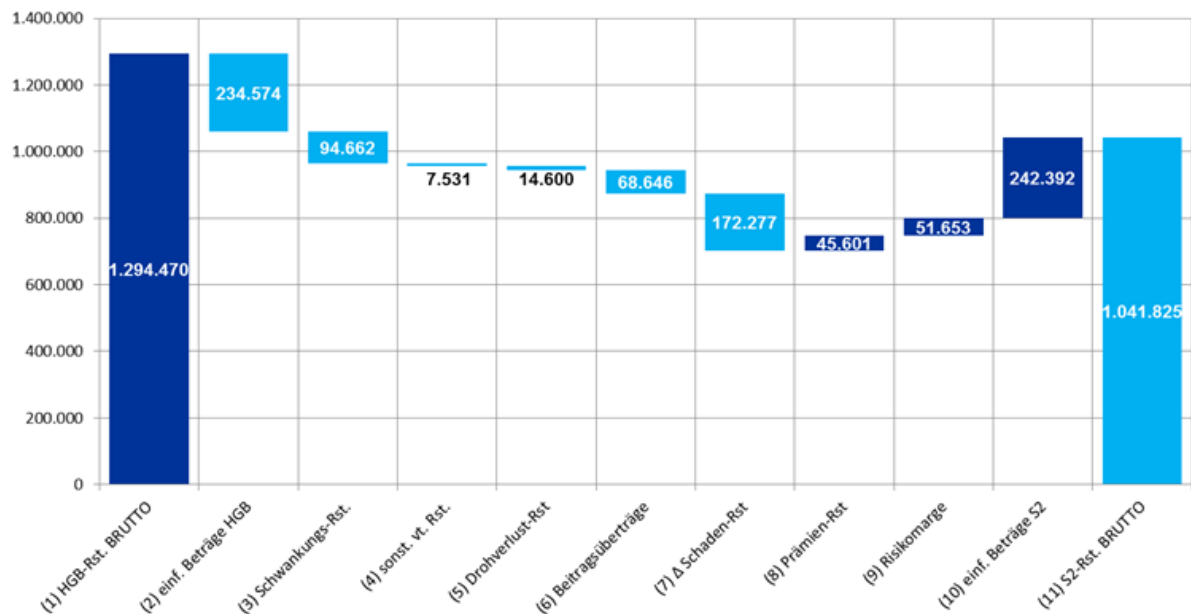
	Up	Down
Zinskurve	-14%	8%
Sterbewahrscheinlichkeit	-2%	2%

Zur Bestimmung der Prämienrückstellungen werden Plan-Schadenquoten verwendet. Die tatsächlich realisierte Schadenquote unterscheidet sich auf Grund von Unsicherheit über Anzahl und Höhe künftiger Schäden notwendigerweise von der erwarteten. Die Bewertungsunsicherheit wird zukünftig im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse analysiert und quantifiziert.

Wesentliche Änderungen bei der Berechnung

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen gab es gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen bei den zugrunde gelegten relevanten Annahmen.

D.2.2. Überleitung zum Finanzreporting



Das Diagramm leitet die Brutto-HGB-Rückstellungen (1) in den besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II (11) über. In (2) bzw. (10) werden die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsvereinbarungen abgezogen bzw. addiert.

Die Überleitung von (3) bis (9) erfolgt damit auf Netto-Werten. Zunächst werden die Schwankungs- (3) sowie sonstige vers.tech. Rückstellungen (4) abgezogen. Eine entsprechende Gegenposition besteht nicht unter Solvency II.

Anschließend werden die Drohverlustrückstellung (5) sowie Beitragsüberträge (6) abgezogen. Die Prämienrückstellungen (8) ist unter Solvency II die Position, die im Prinzip diese beiden beinhaltet.

In (7) wird die Bewertungsdifferenz der Schadenrückstellungen aufgeführt. Sie ist negativ, da unter HGB das Vorsichtsprinzip dominiert und unter Solvency II das Prinzip des besten Schätzwerts.

Zusätzlich wird unter Solvency II noch die Risikomarge (9) angesetzt.

In der folgenden Tabelle sind die Bewertungsunterschiede je Sparte dargestellt:

2017	Solvency II	HGB	Differenz
in TEUR			
Nichtlebensversicherungsverpflichtungen			
Einkommensersatzversicherung	59.466,4	102.324,2	-42.857,8
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	139.378,6	166.589,7	-27.211,1
Sonstige Kraftfahrtversicherung	6.124,8	24.080,9	-17.956,2
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	19.609,3	55.292,3	-35.683,0
Feuer- und andere Sachversicherungen	188.789,8	293.827,7	-105.037,9
Allgemeine Haftpflichtversicherung	387.703,4	450.559,4	-62.855,9
Kredit- und Kautionsversicherung	435,0	956,7	-521,7
Rechtsschutzversicherung	4.285,5	4.447,5	-161,9
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	44.228,1	42.893,1	1.335,1
Gesamt nach Art der Schadenversicherung	850.021,1	1.140.971,5	-290.950,4
Lebensversicherungsverpflichtungen			
Renten aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	66.700,8	49.075,4	17.625,5
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungsverpflichtungen in Zusammenhang stehen	125.102,9	104.423,1	20.679,8
Gesamt nach Art der Leben	191.803,7	153.498,4	38.305,3
Versicherungstechnische Rückstellungen gesamt	1.041.824,8	1.294.470,0	-252.645,1

Es gibt zwei Haupttreiber für die Differenzen in der Bewertung der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen nach HGB und Solvency II. Zum einen gibt es nach HGB Schwankungsrückstellungen in Höhe von 94,7 Mio. EUR, die nach Solvency II nicht angesetzt werden. Zum anderen baut die Solvency II Bewertung der Rückstellungen primär auf IFRS Bewertungen auf, welche sich durch aktuarielle Bewertungen bereits deutlich von den HGB Rückstellungen unterscheiden.

Weitere Unterschiede unter Solvency II ergeben sich durch die Diskontierung der Zahlungsströme aus Rentenverpflichtungen: Sie werden mit der Solvency II Zinskurve diskontiert und die Inflation wird explizit berücksichtigt. Weiter werden Nachverrechnungsprämien in der Sparte See-, Luftfahrt- und Transportversicherung berücksichtigt und es werden in den versicherungstechnischen Rückstellungen Kosten für die Verwaltung von Kapitalanlagen berücksichtigt, welche die Rückstellungen bedecken.

D.3. Sonstige Verbindlichkeiten

In der folgenden Tabelle sind die Werte der sonstigen Verbindlichkeiten gemäß Aufsichtsrecht und Handelsrecht zum 31.12.2017 sowie deren Bewertungsdifferenzen dargestellt.

	2017		
Sonstige Verbindlichkeiten in TEUR	Solvabilität-II-Wert	HGB-Wert	Differenz
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	10.623,8	10.618,8	5,0
Rentenzahlungsverpflichtungen	162.462,4	112.353,7	50.108,7
Depotverbindlichkeiten	4.130,1	4.130,1	-
Latente Steuerschulden	61.448,2	-	61.448,2
Derivate	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	39.794,3	39.794,3	-
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	3.908,0	3.908,0	-
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	47.388,3	47.617,7	-229,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	2,0	2,0	-
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	329.757,1	218.424,6	111.332,5

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

Zur Bewertung der Verbindlichkeiten wird die gleiche Bewertungshierarchie angewendet wie für Vermögenswerte (siehe Kapitel D.1.).

Für jede wesentliche Gruppe sonstiger Verbindlichkeiten werden nachfolgend die für die Bewertung für Solvabilitätszwecke verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen beschrieben. Zusätzlich werden die wesentlichen Unterschiede zwischen den für die Bewertung für Solvabilitätszwecke und den für die Bewertung nach dem Handelsrecht verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen erläutert.

Eventualverbindlichkeiten

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine Eventualverbindlichkeiten.

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Finanzielle Rückstellungen für Umstrukturierungen und Rechtsansprüche werden für gegenwärtige, rechtliche oder faktische Verbindlichkeiten gebildet, die wahrscheinlich zu einem künftigen, zuverlässig schätzbaren Mittelabfluss führen werden. Die Bemessung stützt sich auf die bestmögliche Einschätzung der erwarteten Ausgaben. Der geringe Unterschiedsbetrag in Höhe von 5 TEUR zwischen Aufsichtsrecht und Handelsrecht resultiert aus dem Ansatz von unterschiedlichen Zinssätzen.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Die hauptsächlichen Vorsorgeleistungen sind Altersvorsorge. Die Leistungen werden nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses erbracht; ihre Finanzierung findet während der Aktivitätszeit der Mitarbeitenden statt. Die Vorsorgeleistungen bestehen ausschließlich aus leistungsorientierten Plänen. Die Verbindlichkeiten werden nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Anwartschaftsbarwertverfahren oder Projected Unit Credit Method) berechnet. Folgende Parameter wurden angenommen:

- Diskontierungszinssatz: 1,48 Prozent
- Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen: 1,5 Prozent
- Erwartete Erhöhung der Pensionsleistung: 1,75 Prozent.

Nach HGB erfolgt die Berechnung der Pensionsrückstellungen nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren – der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC) – in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Neben den gegenwärtigen werden auch künftige Entwicklungen, Trends und Fluktuationen berücksichtigt. Der verwendete Rechnungszinssatz wird den von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) zum Stichtag 30. November 2017 ermittelten und veröffentlichten Zinsinformationen für eine Restlaufzeit von 15 Jahren entnommen (§ 253 Abs. 2 HGB) und auf Basis der Marktverhältnisse zu diesem Zeitpunkt auf den Bilanzstichtag prognostiziert.

Es werden nachstehende versicherungsmathematische Parameter für die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen verwendet:

- Gehaltsdynamik: 1,5 Prozent
- Rentendynamik: 1,75 Prozent
- Zinssatz: 3,68 Prozent

Es ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen Bewertungen einen Wertunterschied zwischen dem Aufsichtsrecht und dem Handelsrecht in Höhe von 50,1 Mio. EUR.

Depotverbindlichkeiten

Die Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, da die Fälligkeit innerhalb 12 Monaten liegt. Nach Handelsrecht entspricht der Zeitwert dem Rückzahlungsbetrag. Es gibt keinen Bewertungsunterschied zwischen Aufsichtsrecht und Handelsrecht.

Latente Steuerschulden

Vgl. hierzu die Erläuterungen im Kapitel D.1. Latente Steueransprüche.

Derivate

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine Derivate.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Nach Handelsrecht entspricht der Zeitwert dem Erfüllungsbetrag. Es gibt daher keine Bewertungsunterschiede zwischen Aufsichtsrecht und Handelsrecht.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Nach Handelsrecht entspricht der Zeitwert dem Erfüllungsbetrag. Es gibt daher keinen Bewertungsunterschied zwischen Aufsichtsrecht und Handelsrecht.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Diese Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Nach Handelsrecht entspricht der Zeitwert dem Erfüllungsbetrag. Der Unterschied zwischen dem Aufsichtsrecht und dem Handelsrecht in Höhe von -0,2 Mio. EUR resultiert aus den Verbindlichkeiten die größer 1 Jahr sind und in Solvency II mit einem anderen Zinssatz abgezinst werden als nach HGB, und den Aufwendungen für interne Jahresabschlusskosten. Diese Verbindlichkeiten werden bei Solvency II nicht angesetzt.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine nachrangigen Verbindlichkeiten.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Nach Handelsrecht entspricht der Zeitwert dem Erfüllungsbetrag. Es gibt daher keinen Bewertungsunterschied zwischen Aufsichtsrecht und Handelsrecht. Es handelt sich dabei um Rechnungsabgrenzungsposten.

D.4. Alternative Bewertungsmethoden bei fehlenden Marktpreisen

Alternative Bewertungsmethoden wurden angewendet, um nicht verfügbare Marktwerte zu substituieren. Die Verfahren sind in den vorhergehenden Kapiteln beschrieben.

D.5. Sonstige Angaben

Es liegen keine sonstigen relevanten Informationen vor.

E. Kapitalmanagement

E.1. Eigenmittel

E.1.1. Kapitalmanagement: Ziele, Grundsätze und Prozesse

Das Kapitalmanagement der Basler Sachversicherungs-AG erfolgt in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Prinzipien des Konzerns. Beschlüsse zu den Eigenmitteln werden immer unter Berücksichtigung der internen und regulatorischen Beschränkungen vorgenommen. Entscheidungen über Dividendenzahlungen basieren zudem auf der jährlich aktualisierten mittelfristigen Geschäfts- und Eigenmittelplanung. Diese beinhaltet Solvenzprognosen über die nächsten drei Jahre. Vorschläge zur Dividendenzahlung des abgelaufenen Geschäftsjahres erfolgen unter Berücksichtigung der Einhaltung der Mindest- und Solvenzkapitalbedeckung. Das Kapitalmanagement umfasst im Einzelfall auch Beschlüsse über eventuelle Kapitalerhöhungen in den lokalen Geschäftseinheiten zur Vermeidung von Kapitalunterdeckungen.

Mit Hilfe der Kapitalmanagementplanung sorgt die Basler Sachversicherungs-AG dafür, dass die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen auch in der Zukunft, insbesondere im Businessplan-Zeitraum, gewährleistet ist. Diese Bedeckung soll auch realistischen Stressbedingungen Stand halten. Wird aufgrund der Projektionen ein Unterschreiten der definierten Solvenz-Limits absehbar, werden im Rahmen des Planungsprozesses spezifische Risiko begrenzende Maßnahmen entwickelt.

Für die Gesellschaft besteht seit 21.11.2014 ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Basler Sach Holding AG. Der Vertrag regelt, dass vom jeweiligen Geschäftsjahresgewinn nur der Betrag abgeführt werden darf, der unter Berücksichtigung von Gesetz, Verordnung, Satzung oder aufsichtsbehördlichen Vorgaben verbleibt. Ein Geschäftsjahresverlust ist von der Basler Sach Holding AG auszugleichen.

E.1.2. Analyse der Eigenmittel

	2016	2017	Tier 1 unbeschränkt	Tier 1 beschränkt	Tier 2	Tier 3
in TEUR						
Gezeichnetes Kapital	15.080,0	15.080,0	15.080,0	-	-	-
Kapital-Gewinnreserven	167.365,3	167.365,3	167.365,3	-	-	-
Entnahme aus der Kapitalrücklage	-	-97.505,4	-97.505,4	-	-	-
Ausgleichsrücklage	231.066,5	289.086,3	289.086,3	-	-	-
Latente Steuern	9.511,9	21.584,0	-	-	-	21.584,0
Basiseigenmittel	423.023,8	395.610,3	374.026,2	-	-	21.584,0

Die Eigenmittel bestehen größtenteils aus Basiseigenmitteln der Klasse "Tier 1". Lediglich 5,5 Prozent bzw. 21,6 Mio. EUR sind Basiseigenmittel der Klasse "Tier 3". Die anrechnungsfähigen Eigenmittel für die Bedeckung des SCR betragen 395,6 Mio. EUR. Zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung (MCR) wurden die unbeschränkt anrechnungsfähigen Basiseigenmittel der Klasse "Tier 1" von 374,0 Mio. EUR herangezogen.

Bei der Gesellschaft gab es eine wesentliche Veränderung der Eigenmittel innerhalb des Berichtszeitraumes. Es wurde eine Entnahme aus der Kapitalrücklage von 97,5 Mio. EUR zu Gunsten

der Basler Sach Holding AG vorgenommen. Emittierte Eigenmittelbestandteile, getilgte Instrumente und Emissionen für Tilgungsfinanzierungen sowie nachrangige Verbindlichkeiten bestanden nicht.

In der nachstehenden Tabelle wird die Ausgleichsrücklage in Einzelpositionen zum 31.12.2017 und im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2016	2017
in TEUR		
Eigenkapital nach HGB	182.445,3	182.445,3
Umbewertungen:		
Immaterielle Vermögenswerte	-454,9	-290,9
Assets	91.186,4	78.799,1
Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	202.016,9	260.462,4
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	-61.845,9	-50.113,7
Übrige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmer	164,1	229,4
Latente Steuern	9.511,9	21.584,0
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	423.023,8	493.115,6
Vorhersehbare Dividende	0	-97.505,4
Andere Basiseigenmittel	-191.957,3	-106.524,0
Ausgleichsrücklage	231.066,5	289.086,2

Wesentliche Unterschiede zwischen dem Eigenkapital nach HGB und dem berechneten Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten ergeben sich aus den Bewertungsdifferenzen der Kapitalanlagen, der Rückversicherung, den versicherungstechnischen und nichtversicherungstechnischen Rückstellungen sowie den latenten Steuern. Eine detaillierte Darstellung ist dem Kapitel D. zu entnehmen.

Die Ausgleichsrücklage setzt sich zusammen aus dem Eigenkapital nach HGB und den Bewertungsunterschieden der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten sowie dem Abzug der sonstigen Basiseigenmittelbestandteile. Diese bestehen aus dem Grundkapital und dem auf das Grundkapital entfallende Emissionsagio sowie den latenten Steuern.

Für den Rückgang des Bewertungsunterschiedes in den Assets im Vergleich zum Vorjahr ist die Sonderausschüttung aus dem Spezialfonds von rd. 10 Mio. EUR maßgeblich.

Die gestiegenen Bewertungsunterschiede in den versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen ergeben sich größtenteils durch die unterschiedlichen Erhöhungen der Schadenrückstellungen nach HGB und Best Estimate.

Der Rückgang der Bewertungsunterschiede bei den nichtversicherungstechnischen Rückstellungen, speziell den Pensionsverpflichtungen, im Vorjahresvergleich resultiert hauptsächlich aus den unterschiedlichen Rechnungszinssätzen. Eine detaillierte Darstellung ist dem Kapitel D.3. zu entnehmen.

Ergänzende Eigenmittel (Ancillary Own Funds, AOF)

Für die Basler Sachversicherungs-AG bestehen keine ergänzenden Eigenmittelbestandteile zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderungen.

Abzugsposten

Bei der Gesellschaft gibt es keine von den Eigenmitteln abgezogene Posten und wesentliche Beschränkungen die sich auf Verfügbarkeit und Übertragung von Eigenmitteln innerhalb des Unternehmens auswirken.

E.1.3. Übergangsregelungen

Von der Basler Sachversicherungs-AG werden keine Übergangsregelungen genutzt.

E.1.4. Bedingter Betrag der Eigenmittel, um Solvenzkapitalanforderungen (SCR) und Mindestkapitalanforderungen (MCR) zu bedecken

Für die Basler Sachversicherungs-AG besteht kein bedingter Betrag der Eigenmittel.

E.2. Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

E.2.1. SCR und MCR: Überblick und hauptsächliche Änderungen

Die Berechnung der Kapital- und Eigenmittelanforderung zum 31.12.2017 erfolgte mit der Solvency II Standardformel auf der Grundlage von Marktwerten. Die Ermittlung des versicherungstechnischen Risikos wurde wie vorgeschrieben auf Nettobasis, also nach Rückversicherung vorgenommen.

Zum 31.12.2017 beträgt das SCR 248,7 Mio. EUR. Damit ergibt sich eine Bedeckungsquote von 159,1 Prozent. Das MCR beträgt 111,9 Mio. Euro und wird deutlich überdeckt.

Eine Zusammensetzung der Berechnung zum Stichtag 31.12.2017 nach Risikomodulen liefert die folgende Übersicht:

2017	Brutto-Solvenzkapitalanforderung
in TEUR	
Marktrisiko	95.351,5
Gegenparteausfallrisiko	22.691,2
Lebensversicherungstechnisches Risiko	3.164,5
Krankenversicherungstechnisches Risiko	56.654,2
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	219.173,0
Diversifikation	-112.450,7
Risiko immaterieller Vermögenswerte	-
Basissolvenzkapitalanforderung	284.583,7
Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	
Operationelles Risiko	25.250,9
Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	-
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern	-61.173,4
Solvenzkapitalanforderung	248.661,3

Die bedeutendsten Komponenten des SCR sind das versicherungstechnische Risiko Schadenversicherung und das Marktrisiko. Der Haupttreiber für das versicherungstechnische Risiko ist das Prämien- und Reserverisiko. Das Marktrisiko wird zum größten Teil durch das Spreadrisiko und Aktienrisiko bestimmt. Dagegen weniger relevant sind die Anteile für das Ausfallrisiko (9,1 Prozent) und das Operationelle Risiko (10,2 Prozent).

Das MCR beträgt 111,9 Mio. Euro, das entspricht 45,0 Prozent des SCR.

Die einzelnen Komponenten des MCR lassen sich der folgenden Tabelle entnehmen:

2017	in TEUR
Lineare MCR	119.495,6
SCR	248.661,3
MCR-Obergrenze	111.897,6
MCR-Untergrenze	62.165,3
Kombinierte MCR	111.897,6
Absolute Untergrenze der MCR	3,7
Mindestkapitalanforderung	111.897,6

Die Überdeckung des SCR beträgt 146,9 Mio. EUR und die des MCR beträgt 283,7 Mio. EUR.

Wesentliche Änderungen des SCR und MCR

Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum steigt die **Solvenzkapitalanforderung** um 36,8 Mio. EUR bzw. 17,4 Prozent. Die wesentliche Änderung ist das gestiegene versicherungstechnische Risiko infolge höherer Netto-Schadenrückstellungen, insbesondere in der Sparte Haftpflicht sowie einem gestiegenen Naturkatastrophen-Risiko.

Die **Mindestkapitalanforderung** steigt im Vorjahresvergleich um 16,6 Mio. EUR bzw. 17,4 Prozent, ebenfalls wesentlich beeinflusst durch den Anstieg der versicherungstechnischen Netto-Schadenrückstellungen.

E.2.2. Vereinfachte Berechnungen und unternehmensindividuelle Parameter

Die Kapitalanforderung des Langlebigkeitsrisikos der Rentenverpflichtungen wurde mit der Formel aus der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 Artikel 92 berechnet.

Die Basler Sachversicherungs-AG hat keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG bei der Solvency II Berechnung verwendet.

E.3. Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung der Basler Sachversicherungs-AG wurde das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko gemäß Artikel 304 der Richtlinie 2009/138/EG nicht verwendet.

E.4. Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell wurde von der Basler Sachversicherungs-AG bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht verwendet.

E.5. Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

E.5.1. Minderbetrag für MCR und SCR

In Bezug auf das SCR und MCR besteht zum Stichtag 31.12.2017 keine Unterdeckung. Auch in allen unterjährig durchgeführten Berechnungen lagen die Bedeckungsquoten immer über 100 Prozent.

E.6. Sonstige Angaben

Gemäß § 301 VAG kann die Aufsichtsbehörde in Ausnahmefällen mittels eines begründeten Beschlusses einen Kapitalaufschlag auf die Solvabilitätskapitalanforderung für ein Versicherungsunternehmen festsetzen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des vorliegenden Berichts lagen der Gesellschaft weder eine Festsetzung für einen Kapitalaufschlag durch die Aufsichtsbehörde noch eine ausdrückliche Bestätigung der Aufsichtsbehörde, dass die Solvabilitätskapitalanforderung nicht beanstandet wird, vor.

Weitere sonstige relevante Informationen liegen nicht vor.

F. Anhang

F.1. Betriebene Versicherungszweige und –arten

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Allgemeine Unfallversicherung

- Einzelunfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
- Gruppen-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
- Probandenversicherung
- Luftfahrtunfallversicherung
- Kraftfahrtunfallversicherung
- übrige und nicht aufgegliederte Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung (einschließlich Sportboot- und Hundehalter-Haftpflichtversicherung)
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Öltankgewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Umwelt-Haftpflichtversicherung
- Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
- Strahlen- und Atomanlagen-Haftpflichtversicherung
- Pharma-Haftpflichtversicherung
- Feuerhaftungsversicherung
- See-, Binnensee- und Flussschiffahrtshaftpflichtversicherung (ohne Kollisionshaftpflichttrisiko)
- Luftfahrt-Haftpflichtversicherung (einschließlich der Luftfrachtführer-Haftpflichtversicherung)
- übrige und nicht aufgegliederte Haftpflichtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherung

- Fahrzeugvollversicherung
- Fahrzeugteilversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuer-Industrie-Versicherung
- Landwirtschaftliche Feuerversicherung
- sonstige Feuerversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Wohngebäudeversicherung
- Einbruchdiebstahl- und Raub(ED)-Versicherung
- Leitungswasser(Lw)-Versicherung
- Glasversicherung
- Sturmversicherung

Technische Versicherungen

- Maschinenversicherung
- Elektronikversicherung
- Montageversicherung
- Bauleistungsversicherung

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage [EC]-Versicherung)

Sonstige Schadenversicherung

- Ausstellungsversicherung
- Kühlgüterversicherung
- Valorenversicherung (privat)
- Reisegepäckversicherung
- Arbeitslosigkeitsversicherung

Transportversicherung

- Transportgüterversicherung
- Kaskoversicherung
- Verkehrshaftungsversicherung
- Valorenversicherung
- Filmversicherung
- übrige und nicht aufgliederte Transportversicherung

Luftfahrtversicherung

- Luftfahrzeug-Kaskoversicherung

Kredit- und Kautionsversicherung

- Mietkautionsversicherung

Betriebsunterbrechungs-Versicherung

- Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung
- Technische Betriebsunterbrechungs-Versicherung
- sonstige Betriebsunterbrechungs-Versicherung

sonstige Vermögensschadenversicherung

- Maschinengarantieversicherung
- Mietverlustversicherung

sonstige gemischte Versicherung

- Tank- und Fassleckageversicherung
- Allgefahrenversicherung
- Schausteller-Landkaskoversicherung

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Allgemeine Unfallversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Haftpflichtversicherung

Feuerversicherung

Technische Versicherungen

Rechtsschutzversicherung

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage [EC]-Versicherung)

sonstige gemischte Versicherung

- Allgefahrenversicherung
- Lebensversicherungen
- Lebensversicherung mit Kapitalzahlung
- Rentenversicherung
- Unfall-Zusatzversicherung
- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- Heirats-Zusatzversicherung

F.2. Risk Map

RISK MAP

Geschäftsrisiken

Versicherungstechnische Risiken Leben

- ▶ Parameterrisiken
- ▶ Katastrophenszenarien

Versicherungstechnische Risiken

Nichtleben

- ▶ Prämien
- ▶ Schaden
- ▶ Katastrophenszenarien
- ▶ Reservierung

Rückversicherung

- ▶ Prämien / Tarifierung
- ▶ Rückversicherungs-Ausfall
- ▶ Aktive Rückversicherung

Anlagerisiken

Marktrisiken

- ▶ Zinsen
- ▶ Aktien
- ▶ Währungen
- ▶ Immobilien
- ▶ Marktliquidität
- ▶ Derivate
- ▶ Alternative Anlagen

Kreditrisiken

Finanzstrukturrisiken

Asset-Liability-Risiken

- ▶ Zinsänderungsrisiko
- ▶ (Re-)Finanzierung, Liquidität

Risikokonzentration

- ▶ Kumulrisiken
- ▶ Klumpenrisiken

Bilanzstruktur- und Kapitalanforderungen

- ▶ Solvenz
- ▶ Sonstige regulatorische Auflagen

Geschäftsumfeldrisiken



Normenänderung

Wettbewerbsrisiken

Externe Ereignisse

Investoren

Operationelle Risiken



IT-Risiken

- IT-Governance
- IT-Architektur
- IT-Betrieb
- Cyber Security

Personalrisiken

- Fähigkeiten / Kapazitäten
- Verfügbarkeit von Wissen
- Anreizsysteme

Rechtsrisiken

- Verträge
- Haftung und Prozesse
- Steuern

Compliance

Geschäftsprozesse

- Prozessrisiken
- Projektrisiken
- In- / Outsourcing

Risikoanalyse und -Berichterstattung

- Risikoanalyse und -bewertung
- Risiko-Berichterstattung

Führungs- / Informationsrisiken



Organisationsstruktur

Unternehmenskultur

Geschäftsstrategie

- Geschäftsportfolio
- Risikosteuerung

Merger&Acquisitions

Externe Kommunikation

- Externe Berichterstattung
- Reputationsmanagement

Abschluss, Hochrechnung, Planung

Projektportfolio

Interne Fehlinformation

F.3. Bilanz

S.02.01.02. Bilanz: Vermögenswerte

in TEUR	Solvabilität-II-Wert	
		C0010
Vermögenswerte		
Geschäfts- oder Firmenwert	R0010	
Abgegrenzte Abschlusskosten	R0020	
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	-
Latente Steueransprüche	R0040	83.032,2
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	-
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	14.077,3
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	1.349.523,3
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	6.570,0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	56.229,1
Aktien	R0100	905,3
<i>Aktien – notiert</i>	R0110	905,3
<i>Aktien – nicht notiert</i>	R0120	-
Anleihen	R0130	867.195,8
<i>Staatsanleihen</i>	R0140	286.039,6
<i>Unternehmensanleihen</i>	R0150	581.156,1
<i>Strukturierte Schuldtitel</i>	R0160	-
<i>Besicherte Wertpapiere</i>	R0170	-
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	399.623,1
Derivate	R0190	-
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	19.000,0
Sonstige Anlagen	R0210	-
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	-
Darlehen und Hypotheken	R0230	268,8
<i>Policendarlehen</i>	R0240	-
<i>Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen</i>	R0250	-
<i>Sonstige Darlehen und Hypotheken</i>	R0260	268,8
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	242.391,7
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	199.420,3
<i>Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen</i>	R0290	191.634,9
<i>Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen</i>	R0300	7.785,5
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	42.971,3
<i>Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen</i>	R0320	10.152,0
<i>Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen</i>	R0330	32.819,3
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	-
Depotforderungen	R0350	168,0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	47.801,5
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	1.694,7
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	110.688,6
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	-
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	-
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	14.292,5
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	758,9
Vermögenswerte insgesamt	R0500	1.864.697,6

S.02.01.02. Bilanz: Verbindlichkeiten

in TEUR	<u>Solvabilität-II-Wert</u>	
		C0010
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	850.021,1
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	790.554,7
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0530	-
<i>Bester Schätzwert</i>	R0540	759.628,2
<i>Risikomarge</i>	R0550	30.926,4
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	59.466,4
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0570	-
<i>Bester Schätzwert</i>	R0580	55.867,2
<i>Risikomarge</i>	R0590	3.599,2
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	191.803,7
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	125.102,9
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0620	-
<i>Bester Schätzwert</i>	R0630	110.678,3
<i>Risikomarge</i>	R0640	14.424,6
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen)	R0650	66.700,8
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0660	-
<i>Bester Schätzwert</i>	R0670	63.998,5
<i>Risikomarge</i>	R0680	2.702,3
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	-
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0700	-
<i>Bester Schätzwert</i>	R0710	-
<i>Risikomarge</i>	R0720	-
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	R0730	0
Eventualverbindlichkeiten	R0740	-
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	10.623,8
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	162.462,4
Depotverbindlichkeiten	R0770	4.130,1
Latente Steuerschulden	R0780	61.448,2
Derivate	R0790	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	-
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	-
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	39.794,3
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	3.908,0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	47.388,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	-
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	-
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	-
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	2,0
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	1.371.581,9
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	493.115,6

F.4. Prämien, Forderungen, Aufwendungen nach Geschäftsbereichen und Ländern

S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen: Nichtleben und Rückversicherung (Teil 1 von 3)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)					
		Krankheits- kostenver- sicherung	Einkommens- ersatzver- sicherung	Arbeitsunfall- versicherung	Kraftfahr- zeughaft- pflichtver- sicherung	Sonstige Kraftfahrtver- sicherung	See-, Luftfahrt- und Transportver- sicherung
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060
in TEUR							
Gebuchte Prämien							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	-	96.078,0	-	47.436,9	57.233,9	48.197,0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	-	171,9	-	-	-	11,2
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130						
Anteil der Rückversicherer	R0140	-	4.318,6	-	3.147,8	2.899,5	5.348,6
Netto	R0200	-	91.931,3	-	44.289,1	54.334,4	42.859,6
Verdiente Prämien							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	-	96.377,8	-	47.434,7	57.220,4	48.428,4
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	-	171,9	-	-	-	11,2
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230						
Anteil der Rückversicherer	R0240	-	4.318,6	-	3.147,9	2.899,7	5.347,4
Netto	R0300	-	92.231,1	-	44.286,7	54.320,8	43.092,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	-	52.137,1	-	43.122,2	42.418,1	25.524,6
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	-	143,2	-	-	-	-1,7
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330						
Anteil der Rückversicherer	R0340	-	8.191,8	-	7.830,1	4.126,2	1.930,3
Netto	R0400	-	44.088,6	-	35.292,1	38.291,9	23.592,6
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	-	258,1	-	-42,2	149,8	1.430,7
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420	-	-	-	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430						
Anteil der Rückversicherer	R0440	-	-	-	-	-	50,3
Netto	R0500	-	258,1	-	-42,2	149,8	1.380,4
Angefallene Aufwendungen	R0550	-	47.984,2	-	19.092,6	18.762,3	17.700,6
Sonstige Aufwendungen	R1200						
Gesamtaufwendungen	R1300						

S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen: Nichtleben und Rückversicherung (Teil 2 von 3)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)					
		Feuer- und andere Sachver- sicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Kredit- und Kautions- versicherung	Rechts- schutzver- sicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste
		C0070	C0080	C0090	C0100	C0110	C0120
in TEUR							
Gebuchte Prämien							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	284.598,5	94.368,3	2.876,6	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	994,3	131,2	-	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130						
Anteil der Rückversicherer	R0140	34.583,1	4.616,7	-	-	-	-
Netto	R0200	251.009,7	89.882,7	2.876,6	-	-	-
Verdiente Prämien							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	285.491,6	94.509,4	2.875,6	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	1.044,4	131,2	-	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230						
Anteil der Rückversicherer	R0240	34.468,1	4.612,8	-	-	-	-
Netto	R0300	252.067,9	90.027,7	2.875,6	-	-	-
Aufwendungen für Versicherungsfälle							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	162.733,0	134.478,9	700,7	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	371,4	23,8	-	-563,1	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330						
Anteil der Rückversicherer	R0340	15.119,4	39.684,5	-	-	-	-
Netto	R0400	147.985,0	94.818,2	700,7	-563,1	-	-
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen							
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	-582,5	2.393,6	4,0	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420	-	2,2	-	-	-	-
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430						
Anteil der Rückversicherer	R0440	-	-	-	-	-	-
Netto	R0500	-582,5	2.395,8	4,0	-	-	-
Angefallene Aufwendungen	R0550	119.341,3	60.298,5	1.711,4	19,9	-	-
Sonstige Aufwendungen	R1200						
Gesamtaufwendungen	R1300						

S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen: Nichtleben und Rückversicherung (Teil 3 von 3)

		Geschäftsbereich für:				Total
		in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				
		Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
		C0130	C0140	C0150	C0160	C0200
in TEUR						
Gebuchte Prämien						
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	-				630.789,2
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	-				1.308,5
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130	-	3.329,0	131,7	16.187,3	19.648,0
Anteil der Rückversicherer	R0140	-	1.678,0	69,4	9.882,2	66.544,0
Netto	R0200	-	1.651,0	62,3	6.305,0	585.201,7
Verdiente Prämien						
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	-				632.337,9
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	-				1.358,7
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230	-	3.329,0	131,7	16.187,3	19.648,0
Anteil der Rückversicherer	R0240	-	1.678,0	69,4	9.882,2	66.424,2
Netto	R0300	-	1.651,0	62,3	6.305,0	586.920,4
Aufwendungen für Versicherungsfälle						
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	-				461.114,7
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	-				-26,5
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330	-	194,0	-4,0	536,6	726,5
Anteil der Rückversicherer	R0340	-	-166,2	-4,0	-1.746,9	74.965,1
Netto	R0400	-	360,2	-	2.283,5	386.849,7
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen						
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	-				3.611,5
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420	-				2,2
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430	-	-	-	-	-
Anteil der Rückversicherer	R0440	-	-	-	-	50,3
Netto	R0500	-	-	-	-	3.563,4
Angefallene Aufwendungen	R0550	-	119,8	0,0	68,3	285.098,9
Sonstige Aufwendungen	R1200					48.157,5
Gesamtaufwendungen	R1300					333.256,4

S.05.02.01 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern: Nichtleben Verpflichtungen

Für die Basler Sachversicherungs-AG ist der Meldebogen nicht relevant.

F.5. Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Teil 1 von 4)

Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung			Sonstige Lebensversicherung			
	Alle Verträge Index- und fonds- gebundene Versicherung	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	Alle Verträge Sonstige Lebens- versicherung	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080
in TEUR							
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-	-		-		
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	-	-		-		
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge							
Bester Schätzwert							
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	-	-	-	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	-	-	-	-	-	-
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	-	-	-	-	-	-
Risikomarge	R0100	-	-	-	-	-	-
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen							
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110	-	-	-	-	-	-
Bester Schätzwert	R0120	-	-	-	-	-	-
Risikomarge	R0130	-	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	-	-	-	-	-	-

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Teil 2 von 4)

		Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)
		C0090	C0100	C0150
in TEUR				
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge				
Bester Schätzwert				
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	63.998,5	-	63.998,5
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	32.819,3	-	32.819,3
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	31.179,2	-	31.179,2
Risikomarge	R0100	2.702,3	-	2.702,3
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen				
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110	-	-	-
Bester Schätzwert	R0120	-	-	-
Risikomarge	R0130	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	66.700,8	-	66.700,8

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Teil 3 von 4)

		Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		
		Alle Verträge Kranken- versicherung (Direkt- versicherung s-geschäft)	Alle Verträge Index- und fonds- gebundene Versicherung	Verträge mit Optionen oder Garantien
		C0160	C0170	C0180
in TEUR				
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-		
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	-		
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge				
Bester Schätzwert				
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	-	-	-
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080		-	-
Bester Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	-	-	-
Risikomarge	R0100	-		
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen				
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110	-		
Bester Schätzwert	R0120	-	-	-
Risikomarge	R0130	-		
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	-		

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Teil 4 von 4)

		Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen, die mit Krankenversicherungs- verpflichtungen in Zusammenhang stehen	Krankenrück- versicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)
		C0190	C0200	C0210
in TEUR				
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge				
Bester Schätzwert				
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	110.678,3	-	110.678,3
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	10.152,0	-	10.152,0
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	100.526,2	-	100.526,2
Risikomarge	R0100	14.424,6	-	14.424,6
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen				
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110	-	-	-
Bester Schätzwert	R0120	-	-	-
Risikomarge	R0130	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	125.102,9	-	125.102,9

F.6. Versicherungstechnische Rückstellungen Nichtlebensversicherung

S.17.01.02. Versicherungstechnische Rückstellungen Nichtlebensversicherung (Teil 1 von 3)

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft					
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070
in TEUR							
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-	-	-	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050	-	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge							
Beste Schätzwert							
Prämienrückstellungen							
<i>Brutto</i>	R0060	-	-10.668,4	-	1.326,0	-2.568,9	5.021,3
<i>Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen</i>	R0140	-	-449,2	-	93,6	-184,7	499,0
<i>Beste Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen</i>	R0150	-	-10.219,1	-	1.232,4	-2.384,2	4.522,3
Schadenrückstellungen							
<i>Brutto</i>	R0160	-	66.535,6	-	133.765,9	7.956,4	13.165,0
<i>Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen</i>	R0240	-	8.234,7	-	33.236,6	1.067,2	1.608,5
<i>Beste Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen</i>	R0250	-	58.300,9	-	100.529,3	6.889,3	11.556,5
Beste Schätzwert gesamt – brutto	R0260	-	55.867,2	-	135.091,9	5.387,5	18.186,3
Beste Schätzwert gesamt – netto	R0270	-	48.081,7	-	101.761,7	4.505,1	16.078,8
Risikomarge	R0280	-	3.599,2	-	4.286,8	737,3	1.423,0
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen							
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0290	-	-	-	-	-	-
<i>Beste Schätzwert</i>	R0300	-	-	-	-	-	-
<i>Risikomarge</i>	R0310	-	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt							
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320	-	59.466,4	-	139.378,6	6.124,8	19.609,3
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330	-	7.785,5	-	33.330,2	882,4	2.107,5
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340	-	51.681,0	-	106.048,4	5.242,3	17.501,8

S.17.01.02. Versicherungstechnische Rückstellungen Nichtlebensversicherung (Teil 2 von 3)

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft					
		Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste
		C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130
in TEUR							
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-	-	-	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050	-	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge							
Bester Schätzwert							
Prämienrückstellungen							
<i>Brutto</i>	R0060	48.580,0	9.769,6	36,2	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0140	5.509,4	607,9	-	-	-	-
<i>Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen</i>	R0150	43.070,5	9.161,6	36,2	-	-	-
Schadenrückstellungen							
<i>Brutto</i>	R0160	133.167,8	361.852,3	315,2	4.149,7	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0240	42.518,9	67.230,8	-	-	-	-
<i>Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen</i>	R0250	90.648,9	294.621,5	315,2	4.149,7	-	-
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260	181.747,7	371.621,8	351,4	4.149,7	-	-
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270	133.719,4	303.783,1	351,4	4.149,7	-	-
Risikomarge	R0280	7.042,1	16.081,6	83,6	135,8	-	-
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen							
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0290	-	-	-	-	-	-
<i>Bester Schätzwert</i>	R0300	-	-	-	-	-	-
<i>Risikomarge</i>	R0310	-	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt							
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320	188.789,8	387.703,4	435,0	4.285,5	-	-
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330	48.028,3	67.838,7	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340	140.761,5	319.864,7	435,0	4.285,5	-	-

S.17.01.02. Versicherungstechnische Rückstellungen Nichtlebensversicherung (Teil 3 von 3)

		In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Nichtlebensversicherungspflichten gesamt
		Nichtproportionale Krankenrück- versicherung	Nichtproportionale Unfallrück- versicherung	Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrück- versicherung	Nichtproportionale Sachrück- versicherung	
		C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
in TEUR						
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	-	-	-	-	-
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge						
Beste Schätzwert						
Prämienrückstellungen						
<i>Brutto</i>	R0060	-	171,6	7,6	261,3	51.936,2
<i>Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen</i>	R0140	-	97,2	4,8	157,2	6.335,2
<i>Beste Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen</i>	R0150	-	74,4	2,8	104,1	45.601,0
Schadenrückstellungen						
<i>Brutto</i>	R0160	-	26.907,1	1,0	15.743,2	763.559,3
<i>Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen</i>	R0240	-	25.508,8	1,0	13.678,7	193.085,2
<i>Beste Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen</i>	R0250	-	1.398,3	0,0	2.064,5	570.474,1
Beste Schätzwert gesamt – brutto	R0260	-	27.078,7	8,6	16.004,5	815.495,5
Beste Schätzwert gesamt – netto	R0270	-	1.472,7	2,8	2.168,6	616.075,1
Risikomarge	R0280	-	615,5	1,9	518,9	34.525,7
Umfang der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen						
<i>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</i>	R0290	-	-	-	-	-
<i>Beste Schätzwert</i>	R0300	-	-	-	-	-
<i>Risikomarge</i>	R0310	-	-	-	-	-
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt						
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320	-	27.694,2	10,5	16.523,4	850.021,1
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330	-	25.606,0	5,8	13.835,9	199.420,3
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340	-	2.088,2	4,8	2.687,5	650.600,8

F.7. Bezahlte Bruttoschäden und bester Schätzwert nach Schadenjahr

S.19.01.21. Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen: Bezahlte Bruttoschäden nach Schadenjahr

Gesamtes Nichtleben Geschäft
Schadenjahr

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											Im laufenden Jahr	Summe der Jahre (kumuliert)	
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +			
in TEUR	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0160	C0170	C0180	
Vor R0100											1.331.497,6	R0100	2.771,6	1.331.497,6
N-9 R0160	169.679,9	88.807,6	19.197,8	9.337,2	3.480,5	2.476,7	1.747,3	720,6	762,1	710,3		R0160	710,3	296.920,1
N-8 R0170	168.271,4	88.051,7	16.494,3	11.134,5	4.774,1	2.794,4	2.432,4	788,0	1.072,1			R0170	1.072,1	295.812,9
N-7 R0180	175.020,5	87.794,3	23.000,7	10.041,6	3.341,2	2.827,4	2.258,1	2.012,0				R0180	2.012,0	306.295,7
N-6 R0190	171.584,8	96.981,5	19.774,8	9.419,0	5.865,2	3.140,8	2.641,5					R0190	2.641,5	309.407,5
N-5 R0200	175.012,6	90.842,3	19.338,3	9.339,9	5.049,8	2.062,8						R0200	2.062,8	301.645,8
N-4 R0210	192.232,5	110.747,5	23.780,6	12.010,7	5.830,2							R0210	5.830,2	344.601,5
N-3 R0220	144.983,1	102.088,3	29.646,1	10.001,8								R0220	10.001,8	286.719,3
N-2 R0230	157.944,6	79.037,3	24.429,9									R0230	24.429,9	261.411,9
N-1 R0240	143.099,4	86.187,6										R0240	86.187,6	229.287,0
N R0250	136.929,5											R0250	136.929,5	136.929,5
Total R0260												R0260	274.649,4	4.100.528,7

S.19.01.21. Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen: Bester Schätzwert nach Schadenjahr

Gesamtes Nichtleben Geschäft
Schadenjahr

Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											Im laufenden Jahr	
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +		
in TEUR	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0160	C0360	
Vor R0100											106.781,3	R0100	77.119,4
N-9 R0160	-	-	-	-	-	-	-	-	14.282,5	11.169,1		R0160	11.009,4
N-8 R0170	-	-	-	-	-	-	-	16.108,4	27.933,8			R0170	27.569,8
N-7 R0180	-	-	-	-	-	-	24.718,0	28.416,5				R0180	28.016,5
N-6 R0190	-	-	-	-	-	34.756,3	36.846,4					R0190	36.291,7
N-5 R0200	-	-	-	-	33.164,0	36.144,8						R0200	35.665,4
N-4 R0210	-	-	-	52.462,1	50.116,2							R0210	49.393,8
N-3 R0220	-	-	59.418,1	56.569,8								R0220	55.743,4
N-2 R0230	-	85.479,4	63.472,1									R0230	62.658,4
N-1 R0240	183.191,8	96.034,8										R0240	95.001,8
N R0250	215.896,0											R0250	214.069,7
Total R0260												R0260	692.539,4

F.8. Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

S.22.01.21. Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

Für die Basler Sachversicherungs-AG ist der Meldebogen nicht relevant.

F.9. Eigenmittel

S.23.01.01. Eigenmittel: Basiseigenmittel

		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
in TEUR						
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne des Artikels 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35						
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	15.080,0	15.080,0		-	
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030	167.365,3	167.365,3		-	
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040	-	-		-	
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050	-		-	-	-
Überschussfonds	R0070	-	-			
Vorzugsaktien	R0090	-		-	-	-
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110	-		-	-	-
Ausgleichsrücklage	R0130	191.580,9	191.580,9			
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140	-		-	-	-
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160	21.584,0				21.584,0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180	-	-	-	-	-
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen						
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	R0220	-				
Abzüge						
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230	-	-	-	-	
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	395.610,3	374.026,2	-	-	21.584,0

S.23.01.01. Eigenmittel: Ergänzende Eigenmittel

		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
in TEUR						
Ergänzende Eigenmittel						
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300	-			-	
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310	-			-	
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320	-			-	-
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330	-			-	-
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340	-			-	
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350	-			-	-
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360	-			-	
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370	-			-	-
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390	-			-	-
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400	-			-	-

S.23.01.01. Eigenmittel: Verfügbare und anrechnungsfähige Eigenmittel

		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
in TEUR						
Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel						
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	395.610,3	374.026,2	-	-	21.584,0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	374.026,2	374.026,2	-	-	
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	395.610,3	374.026,2	-	-	21.584,0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	374.026,2	374.026,2	-	-	
Solvenzkapitalanforderung	R0580	248.661,3				
Mindestkapitalanforderung	R0600	111.897,6				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	159,1%				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	334,3%				

S.23.01.01. Eigenmittel: Ausgleichsrücklage

		C0060
in TEUR		
Ausgleichsrücklage		
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	493.115,6
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710	-
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720	97.505,4
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	204.029,4
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740	-
Ausgleichsrücklage	R0760	191.580,9
Erwartete Gewinne		
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	-
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780	28.111,6
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	28.111,6

F.10. Solvenzkapitalanforderung

S.25.01.21. Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

		Brutto- Solvenzkapital anforderung	USP	Vereinfachungen
		C0110	C0080	C0090
in TEUR				
Marktrisiko	R0010	95.351,5		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020	22.691,2		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	3.164,5		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	56.654,2		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050	219.173,0		
Diversifikation	R0060	-112.450,7		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	-		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100	284.583,7		
Berechnung der Solvenzkapitalanforderung				
		C0100		
Operationelles Risiko	R0130	25.250,9		
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	-		
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-61.173,4		
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	-		
Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	248.661,3		
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	-		
Solvvenzkapitalanforderung	R0220	248.661,3		
Weitere Angaben zur SCR				
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	-		
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen	R0410	-		
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	-		
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	-		
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände für Artikel 304	R0440	-		

S.25.02.21 Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel und ein partielles internes Modell verwenden

S.25.03.21 Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die ein internes Vollmodell verwenden

Für die Basler Sachversicherungs-AG sind diese Meldebögen nicht relevant.

F.11. Mindestkapitalanforderung

S.28.01.01. Mindestkapitalanforderung: MCRNL Resultat

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010
in TEUR		
MCRNL-Ergebnis	R0010	116.370,1

S.28.01.01. Mindestkapitalanforderung: Hintergrundinformation

Hintergrundinformation

		Bester Schätzwert (nach Abzug von Rückversicherung/ Zweckgesell- schaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug von Rückversicherung) in den letzten 12 Monaten
		C0020	C0030
in TEUR			
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	-	-
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	48.081,7	92.091,2
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	-	-
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	101.761,7	46.127,9
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	4.505,1	44.453,8
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	16.078,8	42.914,5
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	133.719,4	257.653,9
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	303.783,1	91.063,8
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	351,4	2.876,6
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	4.149,7	-
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	-	-
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	-	-
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	-	-
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	1.472,7	1.651,0
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	2,8	62,3
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	2.168,6	6.306,7

S.28.01.01. Mindestkapitalanforderung: MCRL Resultat

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040
in TEUR		
MCRL-Ergebnis	R0200	3.125,5

S.28.01.01. Mindestkapitalanforderung: Gesamtes Risikokapital

Gesamtes Risikokapital aller (Rück-)Versicherungsverpflichtungen

		Bester Schätzwert (nach Abzug von Rückversicherung/ Zweckgesell- schaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug von Rückversicherung/ Zweckgesell- schaft)
		C0050	C0060
in TEUR			
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	-	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	-	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	-	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	148.832,4	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		-

S.28.01.01. Mindestkapitalanforderung: Berechnung des gesamten MCR

Berechnung der gesamten MCR

		C0070
in TEUR		
Lineare MCR	R0300	119.495,6
SCR	R0310	248.661,3
MCR-Obergrenze	R0320	111.897,6
MCR-Untergrenze	R0330	62.165,3
Kombinierte MCR	R0340	111.897,6
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3,7
Mindestkapitalanforderung	R0400	111.897,6

S.28.02.01. Mindestkapitalanforderung für Versicherungsunternehmen, die sowohl Leben- als auch Nichtleben-Versicherungstätigkeiten ausüben

Für die Basler Sachversicherungs-AG ist der Meldebogen nicht relevant.

G. Abkürzungen

ADM	Application Development and Maintenance
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
ALM	Asset Liability Management
AOF	Ancilliary Own Funds
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BCM	Business Continuity Management
BL AG	Basler Lebensversicherungs-AG
BS AG	Basler Sachversicherungs-AG
BSCR	Basis-Solvenzkapital
BVD	Basler Versicherungen Deutschland
BVG DfD	Basler Versicherung AG Direktion für Deutschland
CFO	Chief Financial Officer
CIO	Chief Information Officer
DCF	Discounted Cash Flow
D&O	Directors- and Officers-Versicherung
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ELC	Entity-level controls
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FLSP	Forward Looking Solvency Position

GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GIA	Group Internal Audit
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GwRMS	Group wide Risk Management Standards
HGB	Handelsgesetzbuch
iBISS	Immediate Baloise Internal Solvency System
IFRS	International Financial Reporting Standards
IIA-Standards	Internationale Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision
IKS	Internes Kontrollsystem
IT	Informatik
ITGC	IT general controls
MCR	Mindestkapitalanforderung
nAd SV	Nach Art der Schadenversicherung
NL	Nichtleben
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
PRT	Pro Rata Temporis
PUC	Projected Unit Credit
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattungen
RICO	Risk Committee
RMF	Risikomanagement-Funktion
RSR	Regular Supervisory Reporting
RV	Rückversicherung/Rückversicherer
SBU	Selbstständigen Berufsunfähigkeits-Versicherung
SCR	Solvenzkapitalanforderung
SFCR	Solvency and Financial Condition Report

SGE	Strategische Geschäftseinheit
SHU	Sach-, Haftpflicht-, Unfallversicherung
Solvency II	Solvabilität II, englisch Solvency II, ist eine Richtlinie in der Europäischen Union für Versicherungsunternehmen, mit der das europäische Versicherungsaufsichtsrecht grundlegend reformiert wurde. Pendant zum Schweizer Solvenztest (SST)
SST	Schweizer Solvenztest
UWR	Underwriter/Underwriting
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VIS	Verbands-Informationen-System des GDV
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VT	Versicherungstechnik
YE	Year End